

exklusiv in der WELT



Verlieren wir den Drogen-Krieg?

Der letzte weiße Fleck auf der europäischen Drogenkarte ist verschwunden: Die Dealer haben jetzt auch Kunden in den osteuropäischen Staaten entdeckt. Bisher waren Drogen als Transit-Schmuggelware vom „DDR“-Zentralfriedhof Berlin-Schönefeld nur in den Westen gelangt. Das zweite Thema des letzten WELT-Seriens: Ratschläge eines Elternpaares, dessen Sohn rauschgiftsüchtig war. Seite 6

Heute in der WELT

Herbert Wehner 80 Jahre

Wo stünde die Bundesrepublik, wo stünde Deutschland, wäre der sozialdemokratische Politiker Herbert Wehner in Bonn Kanzler geworden? Das Zeug zur „Nummer eins“, wie er Kanzler Brandt zu nennen pflegte, hatte Wehner. Aber in Bonn, auch in der SPD, blieb Wehner der ewige Zweite. Das biblische Alter hüllt ihn in die Stille. Morgen wird er 80 Jahre alt. Wilfried Hertz-Eichenrode zeichnet die Lebensstationen Herbert Wehners nach. Seite 7

POLITIK

Optimismus: US-Präsident Reagan hat den jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschlag als „ungewöhnlich detailliert“ gelobt. Er enthält Prozentangaben über die zur Verhandlung stehenden Waffen. Washington werde im Geiste der Verhandlungsbereitschaft darauf zurückkommen.

Mittelland: Am dritten Tag seines Moskauer Besuchs traf der französische Staatspräsident erneut mit Parteichef Gorbatschow zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen Fragen der Abrüstungs- und Sicherheitspolitik und der Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

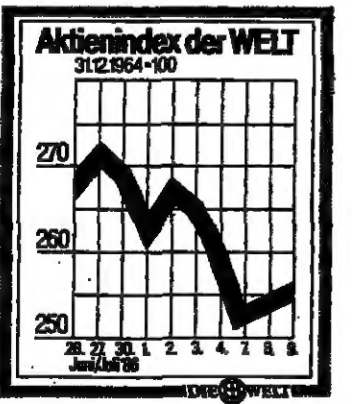
Nicaragua: Die Sandinisten haben auch dem Primas der katholischen Kirche, Kardinal Miguel Obando Bravo, mit Ausweisung gedroht. Ihn könne gleiches widerfahren wie Bischof Vega und Pater Carballo, wenn er die Gesetze der Revolution nicht beachte.

Philippinen: Der Politiker Arturo Tolentino und 24 weitere Teilnehmer der gescheiterten Revolte gegen die Präsidentin Aquino dürfen das Land nicht verlassen. Die Präsidentin will auf einen Prozess verzichten, wenn die Auführer Loyalität bekunden.

WIRTSCHAFT

Springer: Einen Gewinn nach Steuern von 61 Mio. DM weist der Axel Springer Verlag für das Geschäftsjahr 1985 aus. Vorstandschef Peter Tamm konnte der Hauptversammlung in Berlin mitteilen, dass dies ein besseres Ergebnis sei als im Emissionsprospekt für die Springer-Aktie angekündigt. Entsprechend notierte der Börsennotierung gestern mit 425 Mark um 27 Prozent über seinem Ausgabekurs (335). (S. 10)

Börse: Stabil zeigte sich der deutsche Aktienmarkt, leichter der Rentenmarkt. WELT-Aktien-Index 256,90 (255,50), BHF-Rentenindex 106,646 (106,733), BHF-Performance-Index 105,163 (105,220).



KULTUR

Schätze: Der königliche Besitz an Zeichnungen umfasst etwa 30 000 Blätter. In der Londoner „Queens Gallery“ einen Teil der ehemaligen königlichen Kapelle, sind davon derzeit 149 ausgestellt. Kurioses und Kostbares. (S. 19)

Verleger: Wenn er etwas hält von der ursprünglichen Verständigungskraft der Worte und von der Gedanken-Vermittlung, dann setzt er sich als Buchfreund und Kaufmann ständiger Schizophrenie aus. (S. 19)

SPORT

Segeln: Willy Kuhweide (43), der erfolgreichste deutsche Segler aller Zeiten, ist aus beruflichen Gründen vom Wettkampfsport zurückgetreten. (S. 17)

Radsport: Der Italiener Guido Bontempi gewann die sechste Etappe der Tour de France, der Holländer Johan van der Velde verteidigte das gelbe Trikot.

AUS ALLER WELT



Blühender Fleck: Die Modeschöpfer von Mailand bis Paris und Düsseldorf haben sich für einige ihrer schönsten Kreationen einer alten Kulturpflanze erinnert. Haben Flachs anbau und -verarbeitung (Foto) wieder Zukunft, weil Leinen edel knittert? (S. 20)

Capri: Verschönerung und Vermarktung der Trauminsel hat Capri neuer Bürgermeister Frederico den Kampf angesagt. Er setzt sein Motto „Capri den Capresen“ mit Nachdruck durch. (S. 20)

Leserbriefe und Personalien Seite 6
Umwelt - Forschung - Technik Seite 7
Fernsehen Seite 18
Wetter: Wechselhaft und kühl Seite 20

Die Bombe wurde ferngezündet

Beckurts Name stand auf einer Liste der RAF / Parallele zu versuchtem Anschlag auf Haig?

DW, München

Terroristen der Rote Armee Fraktion (RAF) haben gestern morgen das Siemens-Vorstandsmitglied Karl Heinz Beckurts (56) und dessen Fahrer Eckart Groppler (42) am Stadtrand von München mit einer ferngezündeten Bombe getötet. Die Zehn-Kilo-Bombe hing nach Angaben der Polizei in einer Esche und wurde offenbar über Kabel zur Detonation gebracht. Der Wagen, ein silbergrauer BMW, schleuderte über die Straße und einen Radweg in einen Maschen-drahtzaun. Bei der Explosion gab es, so Augenzeugen, eine 30 Meter hohe Stichflamme. Beckurts, der sich auf dem Weg zur Arbeit befand, und sein Fahrer waren auf der Stelle tot. Am Tatort wurde später ein Schreiben eines RAF-Kommandos „Mara Cagol“ gefunden, benannt nach der Frau des Mitbegründers der Roten Brigaden in Italien, Renato Curcio.

Der Wagen des Siemens-Managers wurde von einem Fahrzeug des Werksschutzes begleitet, das offenbar unbeschädigt blieb. Kurz nach dem Anschlag wurde in der Nähe des Tatortes ein VW-Kastenwagen beobachtet, der über eine Wiese in einen Wald fuhr. Die Polizei schließt nicht aus, daß dieses Fahrzeug den Terroristen als Fluchtwagen diente. Generalbundesanwalt Kurt Rebmann, der unmittelbar nach dem Anschlag das Bundeskriminalamt mit den Ermittlungen beauftragte, sprach im Hinblick auf die erstmals bei einem Anschlag in der Bundesrepublik verwendete ferngezündete Bombe von einer „Sprengfalle“.

Wie Rebmann in einem dpa-Interview sagte, sei die Anschlagswelle

nach dem Abbruch des Hungerstreiks inhaftierter Terroristen und dem Mord an MTU-Chef Ernst Zimmermann im Februar vergangenen Jahres nicht zusammengebrochen, sondern habe sich vielmehr als „Selbstläufer“ entwickelt. Bonner Sicherheitsexperten hatten sogar von einer „Ruhe vor dem Sturm“ im ersten Halbjahr 1986 gesprochen. Rebmann verwies auf die seit dem Mord an Zimmermann beobachtete Zusammenarbeit der Rote Armee Fraktion mit der französischen „Action Directe“ (AD), zu deren Zielgruppen auch der militärisch-industrielle Komplex gehöre.

Eine direkte Zusammenarbeit der RAF mit den Roten Brigaden gibt es nach Darstellung der Sicherheitsbe-

hörden aufgrund ideologischer Differenzen bislang nicht. Offenbar, so Bonner Sicherheitsexperten, strebt die RAF jetzt eine großangelegte Zusammenarbeit der Terroristen in Westeuropa an.

Schon vor Bekanntwerden jenes am Tatort gefundenen Briefes waren die Bonner Sicherheitsexperten sicher, daß es mit der RAF zu tun hatten. Beckurts Name war in Zeitungsartikeln erwähnt, die in zwei von mutmaßlichen RAF-Terroristen genutzten Wohnungen sichergestellt worden waren. Noch unbestätigt blieb vorerst die Vermutung des ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heribert Hellenbroich, wonach die „Macht“

des Anschlags auf eine Beteiligung der baskischen Untergrundorganisation ETA hindeute. Der Plan, einen hohen Repräsentanten des Staates oder der Wirtschaft mit Hilfe einer ferngezündeten Bombe zu ermorden, ist nicht neu. Im Juni 1979 entkam der damalige NATO-Oberbefehlshaber Alexander Haig in Belgien nur knapp einem ähnlichen Anschlag, wie ihm Beckurts zum Opfer fiel.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) nannte das Verbrechen heimtückisch und brutal. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau sagte, mit dem Anschlag sollte zugleich ein Teil unserer Industriegesellschaft getroffen werden.

Seite 3: Weitere Beiträge



Das Wrack des BMW, in dem Beckurts und sein Fahrer in Straßlach bei München ums Leben kamen. Die 10-Kilo-Bombe zerstörte das Fahrzeug. FOTO: DPA

Albrecht wiedergewählt Wirtschaft mahnt Botha

Der Ministerpräsident gibt dem Thema Arbeitsmarkt Vorrang

MICHAEL JACH, Hannover
Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, verstärkt durch eine intensive Förderung der technologischen und wirtschaftlichen Struktur des Landes, soll in den nächsten vier Regierungsjahren des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht und seiner CDU/FDP-Koalitionsregierung höchsten Vorrang erhalten. In seiner gestern vor dem am 15. Juni neu gewählten Landtag abgegebenen Regierungserklärung unterstrich der zuvor im Amt beständige Regierungschef diese Absicht mit der sozialpolitischen Zusage, sich besonders der Probleme von Langzeitarbeitslosen, der Chancenverbesserung von Arbeitsuchenden durch berufliche Weiterbildung und der Rückgliederung von Frauen in den Beruf anzunehmen.

Entgegen vielfältigen Gerüchten der letzten Wochen wählte das Landparlament Ernst Albrecht mit der absoluten 78,77-Mehrheit der CDU/FDP-Koalitionsabgeordneten wieder. Der Landtag war vollständig versammelt, keiner der 155 Abgeordneten gab eine ungültige Stimme ab oder enthielt sich. Die Ausschließung ergab für Albrechts SPD-Gegenkandidat Gerhard Schröder 66 Stimmen, exakt die Kopfzahl der SPD-Fraktion. Elf Stimmen erhielt Charlotte Garbe, die mandatslose Zählkandidatin der eiföpfigen Grünen-Fraktion. Anschließend bestätigte der Landtag die von den Koalitionspartnern vorgelegte Kabinettsliste mit nunmehr zwei FDP- neben acht CDU-Ressortchefs.

Die geschlossene Stimmabgabe signalisierte jedoch nicht nur einen Höhepunkt der Fraktionsdisziplin. Von

vielen Abgeordneten wurde auch der scharfe Stil registriert, mit dem die neuen Fraktionssprecher sich erstmals im Landtagsplenum begegneten. Beobachter rechnen für die nächste Legislaturperiode mit einer Form der parlamentarischen Arbeit, deren Härte in direktem Verhältnis zum knappen Mehrheitspolster der neuen Regierungskoalition steht.

In der Regierungserklärung bezog Albrecht noch einmal grundsätzlich Stellung zur Energiepolitik des Landes, die im Wahlkampf nach der Reaktoratastrophe von Tschernobyl zum beherrschenden Thema geworden war. Niedersachsen werde an der friedlichen Nutzung der Kernenergie festhalten, „so lange nicht aus anderen Energiequellen unter vertretbaren ökologischen und wirtschaftlichen Bedingungen“ ausreichender Ersatz verfügbar sei. Allerdings müsse diese Politik, „die auf Kernkraft, Kohle und Gas setzt“, jetzt „in der Bevölkerung neu begründet werden“. Zugleich kündigte Albrecht an, werde Niedersachsen im Rahmen seiner Forschungspolitik einen Schwerpunkt setzen bei der Suche nach „alternativen Energien“, die Gründung eines Instituts für Solarenergie in Hannover war bereits vor der Wahl erfolgt.

Ein Kapitel widmete der wiedergewählte Ministerpräsident der Umweltpolitik und ordnete damit dem neuen Ministerium unter dem früheren CDU-Fraktionsvorsitzenden Remmers besonderes Gewicht zu. Damit werde der Bürgermeinung Rechnung getragen, wonach Umweltschutz ähnlichen hohen Rang habe wie die Sicherung des Friedens. Seite 2: Die Hauptprobe

Deutsche Verbände fordern „glaubwürdige Reformen“

UR/mmc, Bonn
Die deutsche Wirtschaft hat in einem Brief an den südafrikanischen Staatspräsidenten Pieter Willem Botha ihre Enttäuschung über den verschärften Kurs gegenüber der schwarzen Bevölkerung zum Ausdruck gebracht, zugleich jedoch die reformpolitischen Ansätze Pretorias gewürdigt. Die Verhängung des Ausnahmezustandes und der Erlaß einschneidender Sicherheitsgesetze „sind Rückschritte auf dem Weg zu einer glaubwürdigen Reformpolitik in Südafrika“, heißt es in dem Schreiben, für das der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Bundesverband des Groß- und Außenhandels (BGA), der Bankenverband und der Deutsche Industrie- und Handelsstag (DIHT) verantwortlich zeichnen.

Aus dem Brief wird deutlich, daß die deutsche Wirtschaft ihrer Linie treu bleibt und einem Reformkurs in Südafrika den Vorzug vor einer Umwälzung revolutionären Stils gibt. So erblicken die Verbände in der Aufhebung der Zumskontrolle und der Paßgesetze „Zeichen der Bereitschaft, die Apartheid abzuschaffen“. Allerdings fehlen „nach wie vor die entscheidenden Schritte“. Bis heute vermisse die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland blinde und zeitlich präzise Zusagen Pretorias für die konkrete Verwirklichung der von Botha selbst Anfang des Jahres herausgestellten Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde sowie der Teilhabe der schwarzen Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen. Die Verbände mahnen Botha, auf den Weg eines Reformkurses zurück-

zukehren. Zwar seien deutsche Tochterunternehmen bereit, weiterhin durch betriebliche Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der nicht-weißen Arbeitnehmer den Reformprozeß „nachhaltig“ zu fördern, „für ihr Engagement bedürfen sie jedoch einer klaren politischen Perspektive der Regierung“. Zu einer Verschlechterung des Investitionsklimas zwischen der Bundesrepublik und Südafrika trägt möglicherweise die Verhängung des Betriebsratsvorsitzenden der Siemens-Kabelfabrik bei Pretoria, Jerry Thibede, am Dienstag bei.

Wirtschaftssanktionen lehnen die Verbände nach wie vor ab. Reformen könnten nur mit Hilfe einer leistungsstarken Wirtschaft gesichert werden. Gegen Sanktionen wendete sich auch der Oppositionsführer im Parlament der Republik Südafrika, Colin Eglin. Bei Gesprächen mit Vertretern der FDP vertrat er die Ansicht, „Druck von außen“ sei für die innere Entwicklung des Landes in Richtung auf politische, wirtschaftliche und soziale Gleichstellung aller Rassen eher schädlich und „kontraproduktiv“. Eglin, der in der von Weißen beherrschten Volksvertretung der „Progressive Liberal Party“ (PLP) vorsteht, machte in Bonn darauf aufmerksam, daß auch ohne wirtschaftliche Sanktionen die Gesellschaft Südafrikas im Umbruch begriffen sei.

Für Sanktionen sprach sich hingegen das Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes (LWB) aus. In einem einstimmig gefaßten Beschluß werden die Mitgliedskirchen aufgefordert, Gespräche mit den Regierungen ihrer Länder über Sanktionen zu führen. Seite 5: Geduld stößt an Grenzen

DER KOMMENTAR

Die Gewalt wächst

MANFRED SCHREIBER

Wieder haben Terroristen einen hinterhältigen Mord begangen. Professor Beckurts, hochangesehener Wissenschaftler und Vorstandsmitglied der Siemens-AG, wurde zusammen mit seinem Fahrer von einer Bombe zerrissen. Die Tat zeigt die verbrecherische Art der Roten Armee Fraktion. Sie schont keine Menschenleben, weder das des Repräsentanten des Staates oder der Wirtschaft noch das des „kleinen Mannes“. Der Anschlag erhebt erneut die Gefährlichkeit der Terroristen im Untergrund, die ihre verbrecherischen Ziele konsequent verfolgen und nach Phasen trügerischer Ruhe unvermehrt zuschlagen.

Die Trauer um ihre Opfer wird die Fahndung nach den Mördern nicht aufhalten. Nicht nur die Sicherheitsorgane des Staates - alle Bürger sind aufgerufen, dazu beizutragen. Mit „Jagdfieber“ selbsternannter Kriminalisten hat das nichts zu tun. 120 Millionen Augen können die Terroristen oder von ihnen hinterlassene Spuren entdecken: in ihren Schlupfwinkeln oder bei Fluchtbewegungen, bei Ausspähungsversuchen oder anderen Tatvorbereitungen. Hierauf sollten auch Politik und Medien die Aufmerksamkeit lenken, anstatt auf das Loch in der Mauer von Celle zu starren, das dazu verhelfen sollte, solche Verbrecher zu fassen. Für Hinweise, die zur Ergreifung der Mörder von Professor Beckurts und seinem Fahrer führen, hat der Bundesinnenminister eine Belohnung von 100 000 DM ausgesetzt.

Das Attentat wird in einer Zeit begangen, in der politisch motivierte Gewalt an der Tagesordnung ist. Auch wenn zwischen den Tatorten von Straßlach, Wackersdorf und Brokdorf kein unmittelbarer Zusammenhang besteht, sollte die hier wie dort auftretende Gewalttätigkeit endlich über alle politischen Grenzen hinweg Einigkeit herbeiführen - Einigkeit in der Verurteilung und Beendigung aller Arten von Gewalt, aller Angriffe auf unsere Bürger und unsere Sicherheit. Ministerialdirektor Professor Manfred Schreiber leitet die Polizeiteilung im Bundesinnenministerium.

Waldheim sucht engen Kontakt mit Bonn

cgs, Wien

Österreichs Bundespräsident Kurt Waldheim will die „sehr freundschaftlichen Beziehungen“ zur Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und weiter verbessern. Einen Tag nach seiner Vereidigung sagte er gestern in Wien, daß die Unruhe der österreichischen Bevölkerung „wegen Wackersdorf“ verständlich sei. Waldheim wehrte sich aber dagegen, die gegenwärtigen deutsch-österreichischen Verströmungen zu dramatisieren. Er habe die Absicht, seine persönlichen Beziehungen zu führenden deutschen Politikern einzusetzen, um hier helfend einzugreifen.

Gleichzeitig bekräftigte Waldheim, daß er bereit sei, seine militärische Vergangenheit mit einem internationalen Expertenaustrusch unter den Vorzeichen der neuen Bundespräsidenten zu lassen. Der neue Bundespräsident betonte, er betrachte es als „erstes Anliegen seiner Amtszeit, die Behebung der politischen Situation im In- und Ausland“ herbeizuführen, da es während des Wahlkampfes „zu einigen Spannungen“ gekommen sei. Ihm sei „an einem guten Verhältnis zu allen Staaten gelegen, besonders zu den Signatarstaaten des Staatsvertrages und den Nachbarstaaten Österreichs“.

Zu seiner Wahl erklärte Waldheim, in einer westlichen Demokratie müßten die Ergebnisse demokratischer Entscheidungen respektiert werden. Waldheim wies auf die humanitäre Rolle Österreichs bei der Aufnahme Hunderttausender von Flüchtlingen hin. Zum Problem des Antisemitismus meinte er, dieser sei in Österreich keineswegs so hervorgetreten, wie mehrfach im Ausland behauptet worden sei. Waldheim bekannte sich nochmals zu Toleranz und zum Leistungsprinzip. Er werde sich die Ernennungsakten, die als Bundespräsident unterschreiben solle, genau daraufhin ansehen, ob die Leistungskriterien eingehalten worden seien.

Bayern lehnt Richter Simon ab

DW, München

Die Bayerische Staatsregierung, die am Dienstag den Beitritt zu den beim Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahren wegen „Blockaden“ in Mutlangen und Neu-Ulm beschlossen hat, lehnt Verfassungsrichter Halmut Simon wegen Verdachts der Befangenheit ab. Dem entsprechenden Antrag liegen Reden Simons bei Evangelischen Kirchentagen und einem „Kulturforum“ der SPD zugrunde. Der Richter war unter anderem über „blockierende“ Demonstrationen mit den Worten zitiert worden: „Daß gerade sie ins Abschießen oder gar kriminalisiert werden könnten, erscheint mir irreführend wie um unseres Gemeinwesens willen unerträglich.“

Bei der Verfassungsbeschwerde geht es darum, ob derartige „Blockaden“, wie sie damals insbesondere als Protest gegen die NATO-Nachrüstung veranlaßt wurden, als Nötigung strafbar sind oder als „gerechtfertigt“ straflos bleiben sollten. Es wird damit gerechnet, daß unter diesen Umständen die für den 15. Juli vorgesehene mündliche Verhandlung über die Verfassungsbeschwerden nicht stattfindet.

Ersatzrichter per Los

DW, Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht hat zum erstenmal durch Los einen Ersatzmann für einen wegen Befangenheit ausgeschiedenen Richter bestimmt. Wie ein Sprecher des höchsten deutschen Gerichts gestern in Karlsruhe bestätigte, ist Ernst Gottfried Mahrenholz, Richter des Zweiten Senats, zum Ersatzrichter für Professor Roman Herzog ausgelost worden. Herzog hatte sich im Verfahren um die umstrittene Teststrecke von Daimler-Benz bei Boxberg (Main-Tauber-Kreis) selbst für befangen erklärt.

Der Vorsitzende des Ersten Senats und Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts hatte seine Entscheidung damit begründet, daß er als früherer Minister und Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg an verschiedenen Beschlüssen mitgewirkt hatte, mit denen Ministeriat und Landtag das Projekt begünstigt und durch Risiko-Absicherungsmaßnahmen gegenüber der Daimler-Benz AG gefördert hatten.

Im Boxberg-Verfahren wenden sich neun Grundstückseigentümer gegen Flurbereinigungsmaßnahmen zugunsten der Teststrecke. Seite 4: Lotteriespiel

Bremerhaven: Affäre um NH

dpa, Bremerhaven

Die Bremerhavener Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die Wohnungsgesellschaft Neue Heimat (NH) und gegen das Amt für Bauförderung im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Fördermitteln für Eigenheime. Das bestätigte die Staatsanwaltschaft auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur.

Ein Bremerhavener Anwalt, der die Interessen von 90 Eigenheimkäufern vertritt, war nach Durchsicht von rund 150 Ermittlungsakten zu dem Ergebnis gekommen, daß Anträge auf Bewilligung von Teil- oder Vollförderung vom Amt für Bauförderung nicht korrekt bearbeitet worden seien. Die Anträge seien von der Neuen Heimat an das Amt weitergeleitet worden, ohne daß die Hauswerber diese gesehen oder unterzeichnet hätten.

Für die Bewilligung von Fördermitteln müssen die angehenden Hauseigentümer mindestens 15 Prozent Eigenmittel nachweisen. Die NH habe dafür „Phantasiezahlen“ eingesetzt, meinte der Anwalt. Nach den Akten zu urteilen, richte sich der Hauptvorwurf gegen die Stadt, die in „gravierendem Maße unkorrekt gearbeitet hat“.

Tunis reagiert auf Wirtschaftskrise

DW, Tunis

Hauptaufgabe des neuen tunesischen Regierungschefs Raschid Sfar wird die Lösung der Wirtschaftskrise des Landes sein. Der 52jährige Finanzexperte wurde vom 83jährigen Staatschef Habib Bourguiba zum Premierminister und Generalsekretär der sozialistischen Destour-Partei berufen und behält sein bisheriges Amt als Wirtschaftsminister bei. Gleichzeitig ist er nun auch verfassungsmäßiger Nachfolger des „Obersten Kämpfers“ Bourguiba. 1971 war Sfar als Minister für Industrie, Bergbau und Energie ins Kabinett aufgenommen worden.

Sein Vorgänger an der Regierungsspitze, Mohamed Mzali, war am Dienstag von Bourguiba endgültig entmachtet worden, weil er die Wirtschaft des Landes nicht saniert und sich zu sehr um die innere Demokratisierung Tunesiens gekümmert hatte. Das Land hat bei sieben Millionen Einwohnern 3,9 Milliarden Dollar Auslandsschulden und ein Handelsbilanzdefizit von 734 Millionen Dollar (1984). Der Ölpreisverfall und bis 1984 abnehmende Tourismus-Einkünfte haben zu einer starken Devisenknappheit geführt. Seite 2 und 3: Weitere Beiträge

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Hauptprobe

Von Michael Jach

Die spekulative Spannung, die seit dem knappen Ausgang der niedersächsischen Landtagswahl vor dreieinhalb Wochen um Ernst Albrechts Wiederwahl zum Ministerpräsidenten erzeugt worden war, litt von Anfang an unter einer gewissen Künstlichkeit. Stand doch jedem Abgeordneten der beiden, durch Ein-Stimmen-Mehrheit geradezu aneinander gefesselt hannoverschen Koalitionspartner CDU und FDP nur zu deutlich vor Augen, wohin „Ausrutscher“ beim gestrigen Wahlgang im Landtag hätten führen müssen: Zu einem Klima des Mißtrauens mit der Folge fortgesetzt instabiler landespolitischer Vorzeichen. Von den Folgen für die Statur der Parteien vor dem Wähler nicht zu reden, geschweige denn von den Konsequenzen für das Land, das zur Zukunftssicherung einer entschlußkräftigen und -fähigen Regierung bedarf.

Gründe genug also für die Hannoveraner Koalition – in den Ländern außer Berlin die einzige nach Bonner Muster –, mit dem Bestehen der ersten großen Bewährungsprobe Markierungen zu setzen, die alle absichtsvollen Zweifler Lügen strafen. Jene zumal, die im Gefolge der neuesten Hamburger Dramaturgie Zweifel an der Zukunft der bürgerlich-liberalen Verbindung säten.

Indessen zielten die Spekulationen der vergangenen Wochen durchaus nicht einseitig auf CDU und FDP. Auch der sozialdemokratischen Landtagsfraktion waren Anti-Schröder-Abweicher zugetraut worden, die sich das Wahlgeheimnis zwecks Denkmittelverteilung und Begleichung alter Rechnungen mit ihrem neuen Oppositionsführer hätten zunutze machen mögen. Ob es den Grünen bewußt war, daß sie es Gerhard Schröder mit dem Aufgebot einer eigenen Zählkandidatin erleichtert haben, sich ein nach Parteierkunft eindeutiges Stimmenergebnis zu sichern?

„Wir werden den Beweis erbringen, daß wir zu jeder Zeit in der Lage sind, gemeinsam zu handeln“. In dieser Zuversicht beschloß Albrecht gestern seine Regierungserklärung. Die Hauptprobe dazu hat er immerhin bestanden.

Unerfüllbare Verheißung

Von Eberhard Nitschke

Bei Bundesinnenminister Zimmermann haben in den letzten Monaten mehrfach SPD-Oberbürgermeister vorgesprochen und ihn nach zugesagter Disziplin gebeten, wirksamer gegen den Asylantenzustrom vorzugehen. Die Diskussion um Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes, nach dem „politisch Verfolgte“ in der Bundesrepublik Asylrecht genießen, bekommt eine neue Dimension: eine Koalition der Betroffenen, so scheint es, formiert sich.

Denn obwohl soeben aus West-Berlin eine neue bedrohliche Welle asylsuchender Ausländer aus Ost-Berlin gemeldet wird, hat sich die SPD-Bundestagsfraktion darauf festgelegt, daß politischer Handlungsbedarf nur für eine zügigere Abfertigung von Asylanten in den einzelnen Verfahren durch Personalaufstockung in Verwaltungsgerichten nötig sei. Ihr ist sogar schon zu viel, daß Asylbewerber nach der im September im Bundestag zur Debatte stehenden Absprache der Koalition keine Gründe für ihre Anerkennung („Nachfluchtgründe“) mehr nachschreiben dürfen, die erst in der Bundesrepublik beispielsweise durch Proteste gegen ihre Heimatländer entstehen.

Es läßt sich trefflich immerdar behaupten, die Zahl der abgeschobenen oder wieder abgereisten Asylbewerber sei größer als die der Neuankünfte. Korrekte Angaben darüber sind selbst dem Bundesinnenministerium nicht möglich, weil die Abschiebung Ländersache ist und es kein Mittel gibt, zutreffende Angaben zu erzwingen. Möglicherweise, so ein Sprecher des Innenministeriums, sind die Länder hier so zurückhaltend, weil so wenig abgeschoben wird. Die hier so unterschiedliche Praxis hat schon die „Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände“ zu der Klage veranlaßt, die uneinheitliche Erlaßlage erzeuge eine „Binnenwanderung“ von Asylbewerbern, die kein Mensch mehr überblicken könne. Gern verweist man hier auf das Beispiel des Dorfes Marktshagen im Kreis Kulmbach, das bei 1500 Einwohnern 50 Inder zu betreuen hat.

Eine, wie im Bundesinnenministerium formuliert wird, „Verheißung, die das Grundgesetz nie erfüllen kann“, wartet auf Korrektur. Die Behauptung der SPD, die Union wolle das Asylrecht zum Wahlkampfthema machen, klingt plausibel.

Bourguiba sät Wind

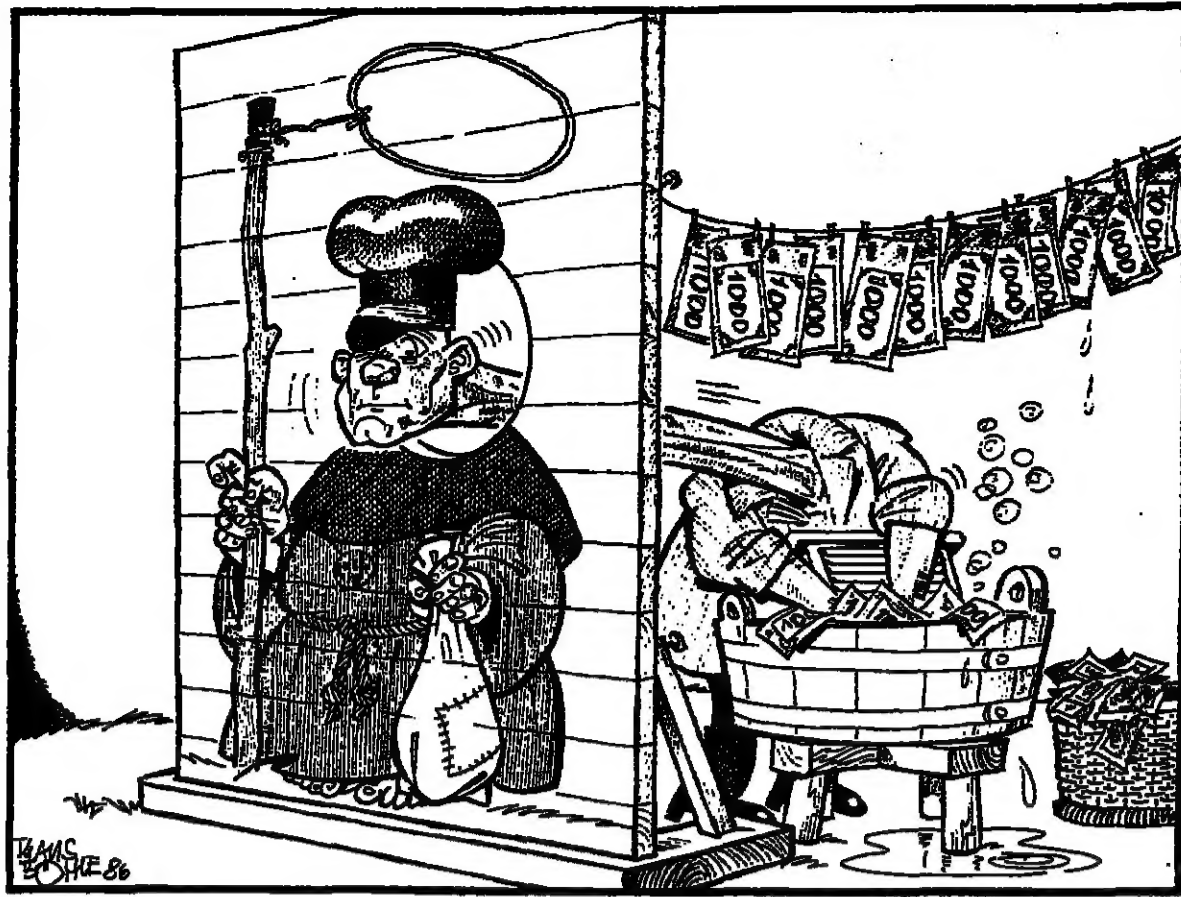
Von Rolf Götz

Neuerdings häufen sich Klagen über den greisen, fast blinden Staatschef von Tunesien, Habib Bourguiba. Der dreißigjährige alte „Oberste Kämpfer“ – einer seiner Titel ist wirklich „Combattant suprême“ – überraschte in den letzten Jahren mit den erstaunlichsten einsamen Entscheidungen. Und, wie es bei Patriarchen nur zu oft der Fall ist: Ihn veranlaßt nicht immer nur politische Motive dazu; vielmehr gilt die ganze List vornehmlich dem Sockel des eigenen Denkmal. Wer sich ihm nähert – auch wenn er selber es war, der den Weg dahin öffnete –, der muß fallen.

Vor einem Jahr und drei Monaten ernannte Bourguiba den Philosophenprofessor und Ministerpräsidenten seit 1980, Mohammed Mzali, zu seinem „gewünschten Nachfolger“ als Staatspräsident. Dies Amt hat der Chef der Neo-Destour-Partei seit neunundzwanzig Jahren inne. Jetzt plötzlich entließ Bourguiba den immerhin schon einundsechzig Jahre alten Dauphin und Generalsekretär der Regierungspartei, die inzwischen auf Geheiß des Oberkämpfers in die „Sozialistische Destour-Partei“ umgetauft wurde.

Mit Mzali aber fiel seine Frau Fatima, Ministerin für Frauenfragen. Der Doppelsturz läßt vermuten, daß – nicht zum erstenmal in Tunis – persönliche Fragen den Ausschlag für eine Entscheidung gaben, die bald äußerst schwerwiegende Folgen haben könnte. Mzali genoß Vertrauen im Westen. Frankreichs Chirac nannte ihn „mein Freund“; nicht zuletzt deshalb, weil Mzali gegen die von Libyen gesteuerten revolutionären Kräfte eine feste Position eingenommen hatte.

Der neue Ministerpräsident Raschid Sfar gehört dem „Karthago-Clan“ an, einer Vierergruppe, die seit Jahren zur engen Umgebung des greisen Staatspräsidenten gehört. Aber welche Politik sich auch immer durchsetzen wird, die Unruhe und Unsicherheit kommt allemal den revolutionären Fundamentalisten zugute. Diese aber wollen wirklich dem Denkmal Bourguibas eine Zeitbombe einbauen. Im November, wenn die Tunesier ein neues Parlament wählen, wird man voraussichtlich schon spüren, welchen Wind Bourguiba da säte.



Eine Stiftung, die sich gewaschen hat

KLAUS BÖHM

Warum fliehen sie?

Von Hans-Jürgen Mahnkne

Der philippinische Expräsident Marcos und sein Anhang sollen fünf bis zehn Milliarden Dollar veruntreut und ins Ausland gebracht haben, während Unzählige seiner ehemaligen Untertanen kaum mehr als das Existenzminimum decken kann. Ein Skandal – aber läßt sich damit alles was, was unter dem Stichwort Kapitalflucht abgehandelt wird, über einen Kamm scheren?

Nach vorsichtigen Schätzungen der amerikanischen Morgan Guaranty Trust Bank kletterte die Verschuldung der Dritten Welt in den vergangenen zehn Jahren um 450 Milliarden Dollar auf die schwindelerregende Gesamtsumme von 950 Milliarden Dollar. Gleichzeitig gelangten 200 Milliarden Dollar wieder ins Ausland. Das aber waren keineswegs alles Gelder à la Marcos. Die Auslandsschulden Mexikos hätten sich Ende vergangenen Jahres nicht auf 97 Milliarden Dollar belaufen, sondern nur auf zwölf Milliarden, wenn es keine „Kapitalflucht“ gegeben hätte. Und die Philippinen stünden um zwölf Milliarden besser da.

Das, was die Marcos, Duvalier usw. gemacht haben, ist nur die Spitze des Korruptions-Eisbergs. Es werden Rechnungen manipuliert, damit höhere Beträge ins Ausland fließen und ein Teil für die Konten des Auftraggebers abgezweigt werden kann. So lassen allein in der Bundesrepublik zwanzig Entwicklungsländer die Kalkulation von Gütern, die für sie bestimmt sind, von ausländischen Prüfungsgesellschaften unter die Lupe nehmen. Ohne ein entsprechendes Testat wird die Einfuhr nicht genehmigt.

Nur: So mancher Staat, der seit Jahren schon diese Prüfungen abhalten läßt, mußte gleichzeitig immer neue Wege suchen, die vereinbarten Zahlungen hinauszuschoben. Diese Länder haben ihre Verschuldung nicht in den Griff bekommen, auch nicht auf diesem Wege. Ob ohne solche fragwürdigen Eingriffe in den Außenhandelsverkehr, weil es sich faktisch um einen Hohlkauf auf fremdem Boden handelt – tatsächlich weniger Mittel im Land geblieben wären, ist bei den häufigen Machtwechseln ohnehin schwer zu beurteilen. Auf diesem Wege bekommt man die Korruption kaum in den

Griff. Da gibt es die leider wahre Anekdote von dem Staat, der ganz früh mit solchen Kontrollen anfang und inzwischen nach einem Machtwechsel auch einen Wechsel der Prüfungsgesellschaft vornahm, weil die neuen Machthaber fanden, daß die Prüfungsgesellschaft den Auftrag erhalten oder jedenfalls gehalten hatte, indem sie – die bisherigen Machthaber schmierte ...

Doch die Korruption der Machthaber, so spektakulär sie erscheinen mag, ist das eigentliche Problem der „Kapitalflucht“ nicht. Es gibt zwei entscheidende Faktoren für Kapitalbewegung: politische (Un-)Sicherheit und Rendite. Anleger meiden, völlig zu Recht, Räume, wo sie Zweifel hegen müssen, was aus ihrem Kapital wird. Wer sich in Ländern engagiert, von denen er nicht weiß, was übermorgen ist, der plant den Transfer für morgen. Die Renditen müssen so sein, daß sich das Kapital schnell umschlägt, was der längerfristigen Entwicklung des Landes nicht unbedingt nutzt. Unsicherheit treibt den Preis. Eine Nation, die „ihren“ Anlegern keine Sicherheit bieten kann, braucht über deren „Mangel an Patriotismus“ nicht zu klagen.

Freilich kann das Problem auch von außen kommen. Selbst in der Bundesrepublik Deutschland wurde der Anfang der achtziger Jahre von Kapitalflucht geredet, als nach den Ereignissen in Afghanistan, Iran und Polen Gelder in die USA flo-



Verkörpert nicht das eigentliche Problem: Marcos in Honolulu

FOTO: AP

sen – allerdings auch angelockt durch die höheren amerikanischen Zinsen.

Zum anderen aber: Warum soll ein Unternehmer, ob in einem Entwicklungsland oder wo immer, sein Geld nicht dort anlegen dürfen, wo er die beste Rendite erwartet? Wenn dies im Ausland der Fall ist, muß da nicht die eigene Regierung überlegen, was sie ändern sollte? Dazu gehört auch das weitverbreitete Problem, daß jemand zu Hause durch Auflagen behindert wird und sich ein neues Betätigungsfeld sucht.

Allerdings subsumieren manche Leute unter „Kapitalflucht“ auch Bewegungen, die keine Flucht, sondern Expansion sind. Wenn sich ein Textilproduzent aus einem asiatischen Land vom Aufbau eines eigenen Vertriebsnetzes in Europa einiges verspricht, so ist dies nicht nur legitim, sondern wahrscheinlich auch zum Vorteil seines Landes.

Kapitalflucht ist ein undifferenziertes Schlagwort und belastet die Diskussion um die stärkere Einbeziehung der Entwicklungsländer in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung. Sie ist keine Einbahnstraße. Auch der gekränkte Hinweis auf die Entwicklungshilfe klärt die Problematik nicht. Manche mögen nicht leicht einsehen, warum einem Land Mittel, finanziert durch die Steuerzahler, zur Verfügung gestellt werden, wenn gleichzeitig Gelder von dort zurückfließen. Dieses sind aber zwei Paar Schuhe. Selbst die sogenannte Kapitalhilfe ist an Projekte gebunden, die immer noch dem Fortkommen des Landes dienen sollen und genau geprüft werden. Die Gelder werden nicht irgend jemandem zur Anlage in die Hand gedrückt, der sie sofort in den Norden zurückleitet.

Stabilität und Rendite sind die Schlüssel dafür, daß nicht nur eigenes Kapital im Lande bleibt, sondern auch ausländisches hereinfließt. Brasilien ist zwar das Land mit der höchsten Verschuldung. Das Thema Kapitalflucht aber spielt dort eine vergleichsweise untergeordnete Rolle, wohl kaum wegen der vorhandenen Kontrollen, sondern wegen der Zukunftsperspektiven. Figuren wie Marcos und Duvalier wird es immer wieder geben; ausschlaggebend sind sie zum Glück nicht.

IM GESPRÄCH Sir Geoffrey Howe

Unmögliche Mission

Von Reiner Gatermann

Es tut derzeit etwas, was ihm gar nicht liegt. Er begibt sich aufs Glatteis, oder, treffender, in die Wüste; mit der Aussicht, sie nicht erfolgreich durchqueren zu können.

Sir Geoffrey Howe hegte erhebliche Bedenken gegen das Vorhaben seiner Chefin Margaret Thatcher, ihn als britisch/europäischen Vermittler ins brodelnde Südafrika zu schicken. Das Verhandlungsfeld war und ist schlecht vorbereitet, der Beschluß war überhastet, und die ganze Sache erscheint ihm von vornherein zu sehr auf Mißerfolg ausgerichtet zu sein.

Aber Sir Geoffrey wäre nicht der „größte Überlebende“ im Thatcher-Kabinett, stünde er nicht – in jeder politischen Lage – loyal an der Seite seiner Premierministerin. So machte er sich denn auch auf diese „unmögliche“ Reise, von der Parlamentarier in London behaupten, sie könnte für den Minister sogar zu einem Erfolg werden, wenn er in der Sache nur Minifortschritte erzielte – so hoffnungslos sei seine Ausgangsposition. Democh: wenn jemand in der Lage ist, ein Netz zwischen Botha und Tutu, zwischen Kaunda und Thatcher, zwischen ANC, Pretoria und Brüssel zu knüpfen, dann der neunundfünfzigjährige Brit. Trotz seiner Loyalität gegenüber der Premierministerin hat er sich viel Freiraum bewahrt. Dieser ist oft nur schwer von außen erkennbar. Kenner bewundern jedoch das diskrete Geschick, mit dem Sir Geoffrey die Beziehungen seiner Regierung pflegt.

Sein ruhiges Wesen, seine Geduld im Zuhören und Abwägen, seine nie laut werdende Stimme sowie seine juristische Nüchternheit in Kombination mit einem starken Verständnis für Minderheiten und Unterlegene scheinen ihn gerade in der explosiven Atmosphäre Südafrikas zum Vermittler zu prädestinieren – falls die Gegenseiten überhaupt dazu bereit sind. Die Afrikaner – insbesondere die



Mann des Ausgleichs: Sir Geoffrey Howe

FOTO: AP

schwarzen – machen den Fehler. Sir Geoffrey lediglich als Gesandten Frau Thatchers zu sehen. Sie unterschätzen damit jedoch seine Kapazität als hochkarätiges Kabinettsmitglied und natürlich auch die Tatsache, daß er weniger als Brite denn als Europäer zu ihnen kommt.

Dazu kommt sein moralisches Engagement. Das zeigte Sir Geoffrey, nach vier Jahren Schatzkanzler seit 1983 Chef des Außen- und Commonwealthressorts, in Osteuropa. In Prag schickte er während eines Abendessens mit seinem Kollegen von der CSSR-Regierung seine Beamten los, um Mitglieder der Charta 77 zu treffen. In Warschau und in Ost-Berlin erklärte er ohne Umschweife in offiziellen Reden, was er von Ausnahmezuständen, Mauer und Menschenrechtsverletzungen hielt.

Manche beschreiben den Minister als „graue Maus“ und achten ihn doch so sehr, daß sie sich Sir Geoffrey unter bestimmten Voraussetzungen als Thatchers-Nachfolger denken können. Dann nämlich, wenn ein Mann des Ausgleichs benötigt wird.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The New York Times

Hier heißt es zu Nakasones Wahltag:

Nakasones Sieg ist ein Votum des Vertrauens zu dem weltweiten Politiker der jüngsten Geschichte. Japan. Es wird allerdings mehr als einer Wahl bedürfen, um seine komplizierte Vision von der Zukunft Japans in einer voneinander abhängigen Welt zu verwirklichen.

General-Anzeiger

Die Bremer Zeitung meint zum EG-Haushalt:

Das Mitbestimmungsrecht über den EG-Haushalt ist praktisch der einzige Zipfel von „Macht“, den sie überhaupt haben. Weil in der gegenwärtigen prekären Brüsseler Finanzlage fast jede Haushaltsänderung gravierend ist, stellt sich am Ende der Woche wohl die Frage, ob der Ministerrat den Haushaltsbeschluß des Parlaments billigen wird. Das Urteil der Luxemburger Europa-Richter war zwar salomonisch, aber es hat die Haushaltsprozedur der Gemeinschaft noch komplizierter gemacht.

Lübecker Nachrichten

Sie trennen sich über das Fehlen der Benzolpreise:

Ungewohnt ist es für die Autofahrer schon: Statt wie bisher zu Uraltpreisen üblich, tiefer für den Kraftstoff in die Tasche greifen zu müssen, können sie in diesem Sommer manche Mark beim Stopp an den Zapfsäulen einsparen und anderweitig ausgeben. Daß gerade die Hauptreisezeit, in der erheblich mehr Kraftstoff getankt wird als sonst, trotz steigender Nachfrage bisher nicht zu ebenfalls steigenden Preisen geführt hat, ist den Exportierenden Län-

dem zu verdanken. Denn sie haben gerade auf der letzten Opec-Konferenz in Brioni wieder einmal bewiesen, daß das ehemalige Kartell derzeit nur noch ein Papier tiger ist.

Handelsblatt

Die Düsseldorf-Zeitung bemerkt zu den Wahlkampfkampagnen:

Perfektionistische Vorschläge haben allerdings keine Realisierungschancen. Die Parteien wehren sich zu recht gegen den Aufbau einer Kontrollbürokratie und eine den politischen Wettbewerb strangulierende Regulierung.

SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung kommentiert den Druck im Mittelmeerraum:

Die noch anstehenden Probleme scheinen fast übermächtig. Zwar werden den Kanalisations- und Kläranlagen in verstärktem Maß geholfen, gleichzeitig steigt die Einwohnerzahl der Küstenstädte, wächst der Strom der Touristen. 70 Prozent der Abwasser strömen noch ungeklärt in die einst klaren Fluten. Weiter fließen jährlich Hunderttausende von Tonnen Öl ins Mittelmeer. Zudem schaffen die Flüsse Schadstoffe weit aus dem Hinterland heran.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Er gibt Ratschläge für den Umgang mit Moskau:

In erster Linie darf man mit den Sowjets nicht aus einer Position der Schwäche heraus verhandeln. Man muß insofern vermeiden, daß politische Zwietracht in Frankreich sich auf die Außenpolitik des Landes auswirkt. Was die Verteidigung betrifft, so darf man nicht allzusehr auf den amerikanischen Regenschirm setzen.

Müssen es wirklich vierzehn Semester sein?

Die Ausbildungszeiten und die zögernden Minister / Von Paul F. Reitze

Nachdem vor Jahresfrist schon die FDP eine Verkürzung der Ausbildungszeiten anmahnte, hat nun auch der Ring Christlich-DEMOKRATISCHER Studenten (RCDS) an den Hamburger Parteitag beschlossen, der CDU von 1981 erinnert, dem kaum Taten folgten. Anfang der neunziger Jahre, so damals die Mehrheit der Delegierten, soll das Abitur nach Klasse 12 möglich sein, wie es in den allermeisten europäischen Ländern üblich ist. Die meisten Kultusminister der Union fühlten sich „überrollt“, da sie in Hamburg die nächste Beschlusshunde nicht abgewartet hatten, in Fehleinschätzung des Diskussionsstandes.

Soweit in den Bundesländern getrennte Wissenschafts- und Schulressorts bestehen, wird der Schwarze Peter zwischen den Ministern hin- und hergeschoben. Baden-Württembergs Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder ermuntert so seinen Hochschulkollegen Helmut Engler zum Handeln. Für das eigentliche Problem hält er die über-

langen Studienzeiten. Er verweist auf den Wissenschaftsrat, der seit 1966 dreimal eine Verkürzung gefordert hatte – vergeblich. Die Zeiten sind sogar länger geworden. Bis zum Diplom verbringt heute der durchschnittliche Student zwölf bis vierzehn Semester an der Universität.

Die Wissenschaftsminister ihrerseits sähen es gerne, wenn die Schulen mit gutem Beispiel vorangingen. Aus der Phalanx scheint nun immerhin der neue Hochschulsensator von Berlin, George Turner, ausschlagen zu wollen. Derzeit redet er den Wirtschaftswissenschaftlern der beiden ihm unterstellten Universitäten ins Gewissen. Er will Millionenbeträge umschichten, sofern plausible Konzepte für vierjährige Studienzeiten vorgelegt werden. Es sollen dann zusätzliche Stellen bewilligt werden, übrigens auch für studentische Hilfskräfte.

Ist damit die Schule aus dem Zugzwang entlassen? Niedersachsens Kultusminister Georg-Berndt

Schatz, der sich für ein Abitur nach zwölf Jahren eingesetzt hatte, hat inzwischen einen Rückzieher gemacht, obwohl er sich der Unterstützung seines Ministerpräsidenten Ernst Albrecht sicher sein konnte. Dieser gehörte neben Helmut Kohl zu den Vätern des Hamburger Parteitagbeschlusses.

Der RCDS befürwortet einen offenen und ehrlichen Schulversuch, der beweisen soll, daß ein Abitur nach zwölf (statt dreizehn) Jahren ohne Qualitätsverlust möglich ist. Parallel dazu soll der Lehrstoff an den Universitäten entrippt werden, unter der Parole des „exemplarischen Lernens“. Nicht nur der RCDS befürchtet schwere Nachteile für deutsche Absolventen, wenn im Zuge der angestrebten Niederlassungsfreiheit in der EG erheblich jüngere Bewerber aus anderen Ländern der Gemeinschaft auf den gut bezahlenden deutschen Arbeitsmarkt drängen.

Nun laufen ja bereits einige Schulversuche, etwa in Rheinland-Pfalz. Dort bildet man an aus-

gewählten Standorten für überdurchschnittlich Begabte „Sonderklassen“, und zwar in der Mittelstufe des Gymnasiums. Diese Schüler sollen den Lehrstoff der Klassen 7 bis 10 in drei Jahren erarbeiten. Klären möchte Kultusminister Georg Güter unter anderem zwei Fragen: Bis zu welchem Grad stimmt in der Sonderklasse die Gleichung: fördern ist fördern? Und: Gibt es durch Weggang der Zupferde in den Normalklassen Niveauverlust?

Doch selbst bei positiven Resultaten wäre noch nicht viel gewonnen. Baden-Württemberg verweist etwa darauf, daß jeweils nach Klasse 10 an Gymnasien wie Realschulen die Mittlere Reife zuerkannt wird. Sollen dafür, nach einer Reform, künftig Realschüler ein Jahr länger büffeln müssen? Hier stünde die Attraktivität einer Schulform auf dem Spiel, die sich als wirkungsvolle Abwehrwaffe gegen die Gesamtschule überall dort erwiesen hat, wo man ihr ein eigenes Profil ließ.

Falls also eines Tages gekappt werden müßte, dann doch lieber an der Oberstufe des Gymnasiums? Dafür macht sich vor allem der Chef der Stuttgarter CDU-Landtagsfraktion, Erwin Teufel, stark. Mit Hintergedanken. Er sieht die Probleme der vielen Hochschulen neugründungen des Landes, wenn erst die Studentenzahlen drastisch zurückgehen. Teufel möchte im Grunde die Oberprima zu den Universitäten umverlagern – zur Empörung der Lehrverbände und auch weiter Teile der Elternschaft, die ihre Kinder schon der Kosten wegen lieber zu Hause behalten.

Angesichts der drohenden Bewerberlawine aus der EG sind die Chancen gewachsen, daß die Abwehrfront der Hochschulen zu wanken beginnt. Ob das Gymnasium ebenfalls einen Opferbeitrag leisten muß, ist ungewiß. Wenn es die lange Zeit nutzen würde, um die Allgemeinbildung seiner Absolventen zu verbessern, könnte ihm der Reduktions-Speiseplan erspart bleiben.

Die RAF bekennt sich zum Anschlag von Straßlach – Die Bombe traf einen anerkannten Wissenschaftler und Manager

Bewältigung der Zukunft, das war Beckurts Beruf

Von DANKWARD SEITZ und LUDWIG KÜRTEN

Wir sind gewiß nicht am Ende unserer Zukunft oder auf dem Weg ins technologische Abseits. Aber nur mit erheblichen Anstrengungen wird es uns gelingen, alle Herausforderungen der Zukunft zu bestehen. Doch noch zu verbreitet ist die Haltung, daß man den technischen Wandel abbremsen und gleichzeitig seine vorteilhaften Wirkungen auf Beschäftigung und Wohlstand vernachlässigen kann.

Dies war das Bekenntnis eines Mannes, für den die stetige Suche nach dem technisch Machbaren nie Selbstzweck, sondern vielmehr eine Pflicht war, seinen bescheidenen Beitrag zum Wohl aller Menschen zu leisten. Gestern ist dieser Mann, Professor Karl Heinz Beckurts, Mitglied des Vorstands der Siemens AG und verantwortlich für den Zentralbereich Forschung und Technik, einem kalblütigen Terroranschlag zum Opfer gefallen.

Im Rampenlicht der Öffentlichkeit stand der 56jährige Physiker Beckurts nie. Doch unter Fachleuten genöß er hohe Anerkennung und war als Gesprächspartner und Berater gesucht. Dies nicht nur wegen seiner Funktion im größten deutschen Elektrokonzern, sondern auch aufgrund seines großen Engagements in allen Fragen der Technologie-Politik. Forschung und Industrie waren für ihn keine isoliert lebenden Organismen; er sah sie vielmehr stets eingebettet in den gesamten politischen und gesamtwirtschaftlichen Rahmen.

Er warnte vor einem Verzicht auf Kernenergie

So meldete er sich auch immer wieder in Diskussionen um das Für und Wider von Schlüsseltechnologien zu Wort. Oft bedauerte er dabei, wie irrational solche Fragen in der breiten Öffentlichkeit und von Politikern geführt werden. So vertrat er auch die Ansicht, daß ein Verzicht auf die Kernenergie einer „Selbstverstümmelung einer Industrienation“ gleichkomme, wobei er aber unermüdlich die größtmögliche Sicherheitsstandards forderte.

Von Anfang an verschaffte sich Beckurts innerhalb des Siemens-Konzerns den Ruf eines „Vorausdenkers“ für wichtige technologische Projekte. Uneingeschränkt gestanden seine Vorstandskollegen ein, daß Beckurts ein ganz erheblicher Anteil

am heutigen technologischen Stand von Siemens (Umsatz 1984/85: über 54 Milliarden Mark) gebührt. Unter seiner Verantwortung fielen die entscheidenden Weichenstellungen in den Bereichen Elektronik, Nachrichtentechnik, Digitalisierung und Integration von Kommunikations-Einrichtungen, Automatisierung und Sicherung der Energieversorgung sowie in der Medizintechnik.

Beckurts verstand es, den einst trägen Elektro-Riesen in Sachen Forschung und Innovation auf Fahrt zu bringen. In einer fast atemberaubenden Entwicklung wurde der Investitionsstock bei Siemens von knapp drei Milliarden Mark im Jahr 1979/80 auf weit über sechs Milliarden Mark im laufenden Geschäftsjahr 1985/86 aufgestockt. Und er setzte es durch, daß allein für die Entwicklung und Produktionsreife des 1-Megabit-Chips bis zum Jahr 1987 fast zwei Milliarden Mark aufgewendet werden. Das Tempo, das Beckurts vortrug, kommt auch in der Personal-Entwicklung zum Ausdruck. Beschäftigte Siemens in Forschung und Entwicklung 1979/80 knapp 30 000 Mitarbeiter, so sind es derzeit über 36 000 Wissenschaftler und Techniker, womit aber noch längst nicht der Bedarf gedeckt ist.

Warum wurde Beckurts Opfer eines Terroranschlags? Sollte er eine Führungskraft aus dem Rüstungssektor sein? Siemens kann kaum zu den Rüstungsbetrieben der Bundesrepublik gerechnet werden. Zwar produziert der Konzern einige wichtige Teile für Panzer, Marine und Luftwaffe, doch gemessen an den zivilen Bereichen dürfte das militärische Geschäft nur einen geringen Umsatz beisteuern. An Forschungsarbeiten zum amerikanischen SDI-Programm zeigten sich die Münchner zwar oft interessiert, sollen aber dem Vernehmen nach bislang noch keinen Auftrag erhalten haben.

Karl Heinz Beckurts, am 16. Mai 1930 in Rheindt bei Neuss geboren, begann 1949 mit einem Physik-Studium an der Universität Göttingen. Danach war er am Max-Planck-Institut für Physik in Göttingen tätig, wo er 1956 promovierte. An diesem Institut, das als die „Keimzelle“ der deutschen Reaktorphysik gilt, arbeitete auch Werner Heisenberg. Vor allem die Arbeitsgruppe um Professor Karl Wirtz, der auch Beckurts angehörte, widmete sich der Reaktorphysik. 1958 wurde das Institut aufgelöst, Heisenberg und seine Gruppe gingen nach München ins neue Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik.

Wirtz wechselte hingegen nach Karlsruhe: Seine Arbeitsgruppe bildete den Kern des neuen Kernforschungszentrums, an dem Beckurts die Leitung einer experimentellen Abteilung des Instituts für Neutronenphysik und Reaktorforschung übernahm. Von 1963 bis 1970 war er dann Direktor des Instituts für Angewandte Kernphysik. Zwischenzeitlich arbeitete er zwei Jahre (1964-66) am Institut Laue-Langevin (einem Neutronen-Hochstufenreaktor) in Grenoble. 1968/69 war er im Brookhaven National Laboratory tätig, dem amerikanischen Pendant zum Reaktor in Grenoble.

Zur Forschung kam das Management

1970 wechselte Beckurts an die Kernforschungsanlage (KfA) in Jülich, wo er wissenschaftlich-technischer Geschäftsführer wurde und von 1974 bis 1980 Vorsitzender des Vorstandes war. In dieser Funktion war er kaum noch selbst mit Forschung befaßt, sondern verantwortlich für das Management des Forschungszentrums. In seine Zeit fielen wichtige Entscheidungen, die das Forschungsspektrum der KfA umstrukturierten und von der Kernforschung wegführten. Die KfA wandte sich verstärkt der Biotechnologie, der Festkörper- und Grenzflächenforschung, der Vakuumphysik, der Nuklearmedizin und anderen Gebieten zu. 1980 wechselte Beckurts dann zur Firma Siemens.

Beckurts war an vorderster Stelle an der Entwicklung der deutschen Kernreaktoren beteiligt. Darüber hinaus hat er auch große Verdienste um die Fusionsforschung. Er gehörte in den letzten Jahren dem Kuratorium des Max-Planck-Institutes für Plasmaphysik in Garching an, wo seit 25 Jahren die Kernfusion als Alternative zur Kernspaltung erforscht wird. Zweimal leitete er Kommissionen der EG, die die europäische Kooperation auf diesem Sektor förderten. Neben seiner Tätigkeit im Bereich der Forschung und in der Industrie lehrte Beckurts an den Universitäten in Karlsruhe, Heidelberg und Bonn, wo er als Honorarprofessor tätig war. Die Königlich Schwedische Akademie der Ingenieur-Wissenschaften in Stockholm machte ihn zu ihrem Ehrenmitglied.

Professor Karl Heinz Beckurts war in zweiter Ehe verheiratet. Er hinterläßt neben seiner Frau zwei Töchter und einen Sohn.



Terroranschlag in Straßlach: Das Autowrack ist mit einer Plane bedeckt, Kripo-Beamte suchen nach Spuren

FOTO: DPA

Die Mörder lauerten im Wald

Von PETER SCHMALZ

Kaum einer der 2600 Einwohner von Straßlach überhörte gestern morgen um 7.30 Uhr den Knall. Den meisten von ihnen erging es dabei wie dem Schreiner in seinem blauen Overall. „Das war wieder einer von den Tieffliegern“, hat er gedacht. Sie kommen in letzter Zeit öfter über den Ort und stören die oberbayerische Idylle. „Da hat wieder einer die Schallmauer durchbrochen.“

Auch die Hausfrau im geräumigen Bungalow Nummer 43 in der Hugobühl-Strasse 43 wird ähnlich gedacht haben. Keine drei Minuten nach dem Knall war sie in der Küche, als sie sah, wie ein Mann verabschiedet, er war in den silbergrauen gepanzerten Firmen-BMW auf den Beifahrersitz gesunken, zwei Wachleute in einem beigen BMW sicherten seinen Weg. Den Vormittag der erste sonnige nach mehreren Regentagen, wollte die Frau für ein Tennisspiel nutzen.

Sie packte das Racket ein und ahnte nicht, daß ihr Mann nur 500 Meter weiter tot in seinem Fahrzeug liegt, neben sich den leblosen Chauffeur. Es war 40 Minuten nach dem Knall, als Männer vor ihrem Haus erschienen und einer von ihnen sagte, da sei eine Bombe gewesen, die ihren Mann und seinen Fahrer tötete.

Die Täter haben Professor Karl Heinz Beckurts, Vorstandsmitglied des Elektrokonzerns Siemens, mit erschreckender Präzision ermordet. Sie müssen lange Zeit ihm nachgestellt und Schwachstellen im Sicherheitssystem ausgeforscht haben. Sie wußten, daß ihn der tägliche Weg nach München hinein nur über die gut ausgebauten und schnurgerade Staatsstraße 2072 führen kann. Und dort haben sie zugeschlagen: Am Ortsausgang, wo ein Straßenschild die aus München kommenden Fahrer vor der Straßenverengung im Dorf warnt und wo sich am Fuß einer mächtigen Esche unauffällig ein tödliches Paket platzieren läßt.

„Das waren eiskalte Profis“, sagt ein Polizeibeamter. Er und seine Kollegen stehen betroffen an dem roten Seil, das den Tatort abriegelt, damit die Experten des Landeskriminalamtes und später auch das BKA ihrer mühsamen Spurensicherung nachgehen können. Der Baum hat der Explosion standgehalten, nur bis hinauf zu einem Meter ist die Rinde weggerissen. Die Spitze des Verkehrsschildes krümmt sich und im Untergrund

des Straßenrandes klappt ein Loch. Gras, Blätter, Erde und Metallsplitter bilden einen schmutzigen Teppich auf dem Asphalt.

Die Bombe, zehn Kilo, vermuten die Experten, wurde auf den Bruchteil einer Sekunde zu dem für die Tat günstigsten Zeitpunkt gezündet – entweder über ein Kabel oder per Funk.

Augenzeugen sahen eine 20 Meter hohe Stichflamme hochsteigen, die rechte Seite der Limousine wurde wie Konservenglas zerbröckelt, der tonnenschwere Wagen der Siebener-Serie schleuderte über die Straße, flog über einen Grasstreifen und über einen geteerten Radweg hinweg, bis er unter hohen Fichten in einem Maschendrahtzaun hängen blieb.

Die Türen des Wracks waren eingedrückt, die Fenster zersplittert. Professor Beckurts und sein Fahrer, der 43jährige Eckehard Groppler, lagen blutüberströmt auf den Vordersitzen. Sie waren sofort tot. Die beiden Männer vom firmeneigenen Sicherheitsdienst brachten ihren 5er-BMW ab, rollten noch über den Explosionsort hinaus und kamen drei Meter dahinter zum Stehen. Sie blieben unverletzt, allein ihre Windschutzscheibe ging zu Bruch. Polizisten erraten es als ein Wunder, daß im starken Berufsverkehr nicht weitere Autofahrer zu Schaden kamen.

Ein VW-Bus mit Weilheimer Nummer?

Inzwischen deckte eine graue Plane den zerfetzten Vorderteil des zerrümpelten Wagens im Straßengraben ab. Die beiden Toten sind noch nicht geborgen, die Spurensicherung ist noch am Werk. Von den Tätern glaubt man eine winzige Spur zu haben: Ein weißer VW-Bus mit dem Kennzeichen WM für Weilheim soll unmittelbar nach der Explosion nur wenige Meter von der Esche entfernt aus einem Gebüsch herausgeprescht und mit hoher Geschwindigkeit in Richtung München gefahren sein. Dunkler Reifenabrieb ist auf dem Asphalt erkennbar. Aber weder Hub-Schrauben noch Suchbünde führen auf die richtige Spur.

Aber ein Brief wird am Tatort gefunden: Das Kommando „Mara Cagol“ der Roten Armee Fraktion be-

kennt sich zu dem Verbrechen. Die 30jährige Mara war die Ehefrau des Chefs und Mitbegründers der italienischen Roten Brigaden, Renato Curcio; sie wurde am 6. Juni 1973 bei einem Feuergefecht mit der Polizei getötet. Auch drei Polizisten starben bei dem Gefecht.

Bereits im vergangenen Jahr gab sich ein Mordkommando der RAF den Namen eines ausländischen Terroristen. Es war am 1. Februar 1985, als in Gauting, nur elf Kilometer Luftlinie vom gestrigen Tatort, ein Terrorpärchen am Bungalow des MTU-Vorsitzenden Ernst Zimmermann klinkelte und den Manager kaltblütig erschoss. In einem Anruf bei einem Lokalblatt meldete sich das Kommando „Patrick O'Hara“. Der irische Terrorist war im Mai 1981 im Maze-Gefängnis von Belfast nach einem Hungerstreik gestorben.

Wieder wurde ein Wirtschaftsführer das Opfer eines Terrormordes, wieder war die Gegend südlich von München vom Tatort. Parallelen sind erkennbar, zugleich aber auch Unterschiede. Zimmermann schien arglos, sein Haus war nicht besonders gesichert, er ließ sich täglich in einem Firmen-Mercedes abholen, der die Initialen des Betriebs trug: M - TU 5300.

Anders Professor Beckurts: Er wußte, daß er auf einer Todesliste der RAF stand und hatte für seinen Schutz ausgiebige Maßnahmen getroffen. Sein BMW war gepanzert und wurde von Begleitschutz gesichert. Seine Villa inmitten eines weiten Grundstücks am Ortsende von Straßlach ähnelt im Vergleich zu Zimmermanns Haus einer Festung. Kräftige Gitter schirmen die Grundstückskante rechts und links ab, alle von der Straßenseite sichtbaren Fenster des eingeschossigen Hauses sind vergittert, sogar der schmale Fensterstreifen auf dem Dach. Zu den Feldern im Süden schützt ein hoher, nach innen gewölbter Stacheldraht vor unbefugten Eindringlingen. Keiner der Nachbarn hat sich zumindest sichtbar ähnlich stark abgesichert. Der Mord an Ernst Zimmermann, der Münchens Top-Manager zutiefst erschreckte, hat hier deutlich Wirkung gezeigt.

Doch dadurch ließen sich die Terroristen nicht von ihrem Mord-Trip abbringen. Waren sie bei Zimmermann noch frech aus Haus herangegangen, so respektierten sie diesmal

die umfangreichen baulichen Sicherheitsmaßnahmen und griffen zum Sprengstoff, dem teuflischsten und heimtückischsten Mordinstrument, das immer häufiger verwendet wird.

Das sichere Haus, wo der 56jährige Manager mit seiner Frau und seinen drei Kindern – einem Sohn und zwei Töchtern – wohnte, hatte er gestern morgen verlassen und war in den Wagen gestiegen, hinter dessen Panzerung er sich ebenfalls sicher fühlen konnte.

Gegen den Sprengsatz gab es keinen Schutz

Der Wagen fuhr durch die Römer- und durch die Frundsbergstraße und bog dann in die Südliche Münchner Straße ein. Keine hundert Meter weiter warteten die Mörder. Sie lauerten in einer Fichtenschonung, vermutet die Polizei. Und sie zündeten einen Sprengsatz, gegen dessen tödliche Wirkung es keinen Schutz gab.

Noch ist nicht bekannt, ob sich die Terroristen ihr jüngstes Opfer wegen dessen persönlicher Fachkompetenz und Führungsautorität ausgewählt haben, also nach einer Symbolfigur des von ihnen bekämpften Systems Ausschau gehalten hatten, oder ob sie sich eine – wie sie selbst sagen – „Funktionsmaske“ ausgesucht haben, einen Menschen also, dessen Arbeitsbereich als Manager sie treffen wollen, ohne an der Person unmittelbares Interesse zu haben.

Der Kreis der gefährdeten Manager ist so groß, daß eine lückenlose Überwachung nach Ansicht von Sicherheitsexperten unmöglich ist. Einer von ihnen meint: „Das einzige, was wir machen können, ist, die Mitarbeiter der Unternehmen ständig auf das Erkennen von Gefährdungsmomenten hinzuweisen und sie dafür zu sensibilisieren.“

Professor Beckurts würde jedoch auch als Symbolfigur in das Feindbild der RAF passen, nachdem sich die deutschen Terroristen auch die Atomangst zum Mittel ihres Kampfes machten, und der Siemens-Manager zur friedlichen Nutzung der Kernenergie eine deutliche und feste Haltung hatte. Der Verzicht auf Kernenergie wäre die „Selbstverstümmelung einer Industrienation“, war seine Meinung.



Als Exponent der Industrie wurde er ein Opfer des Terrors: Professor Karl Heinz Beckurts

FOTO: NORBERT NORDMANN

Terror gegen „Schlüsselpersonen des Imperialismus“

Von WERNER KAHL

Das Attentat auf Karl Heinz Beckurts ähnelt dem mißglückten Attentat auf Alexander Haig, den früheren Oberbefehlshaber der NATO in Europa. Nur um Bruchteile einer Sekunde entging damals der amerikanische General am 25. Juni 1979 auf der Straße in Mons/Brabant dem Tod durch eine ferngezündete, unter dem Straßenpflaster deponierte Bombe.

Mit dem späteren US-Außenminister Alexander Haig verband Professor Karl Heinz Beckurts die hochrangige Einstufung in die Liste von Persönlichkeiten, denen die Linksextremisten in der Bundesrepublik und Westeuropa Kampf auf Leben und Tod erklärt haben.

Kriegserklärung aus Frankfurt

Diese Kriegserklärung wurde auf dem Mobilisierungskongreß terroristischer Gruppen und ihrer Angehörigen zu Beginn dieses Jahres in einer Frankfurter Fach-

schule evident. In einem dort verabschiedeten und anschließend in der militanten Szene verteilten achtzehnstündigen Dossier wird zur Offensive '86 getrommelt. Das Kennwort heißt „MIK“.

Hinter dieser Abkürzung verbirgt sich in der Diktion der „Rote Armee Fraktion“ der „Militärisch-Industrielle Komplex“. Als akutes Ziel geben die Verfasser das amerikanische Weltraum-Raketen-Abwehrprogramm SDI an. Damit reiht sich in die Strategie der UdSSR als ungeliebte, aber nicht unwillkommene Akteure ein.

Alexander Haig, heute Manager von United Technologies, einem der führenden elektronischen Konzerne, wird in dem Dossier zitiert: „Die hochentwickelte Technologie ist heute ein Faktor der Weltpolitik, der noch stärker zur Geltung gebracht werden muß!“

Für terroristische Aktionen im Bereich der Industrie wurde die Parole ausgegeben: „Die großen Elektronik-, Automobil- und Computerkonzerne, 'strategische Industrien', reißen sich alles unter

den Nagel, was in den sogenannten High-Tech-Bereichen expandiert. Und bilden heute den MIK.“

Diese Konzerne – so heißt es – besetzen „systematisch die wissenschaftlichen und industriellen Schlüsseltechnologien (= moderne und traditionelle Rüstungsindustrie): Luft- und Raumfahrt, Mikroelektronik, Hochtechnologie, Informatik, Gentechnologie...“

Gegen Forschung für SDI

Zur Illustration zählt das Strategiepapier ausländische und deutsche Unternehmen von Welt-rang auf General Motors, Chrysler, Ford, Fiat, Daimler, Nissan, Siemens und MBW. Die „Durchdringung der Metropolengesellschaft durch High-Tech soll eine neue Dimension imperialistischer Herrschaft einleiten.“

Die Forschung dieser Unternehmen, für die der getötete Siemens-Manager repräsentativ erschien, wurde auf der RAF-Ver-

anstaltung in Frankfurt als Dienstleistungszweig des SDI-Programms bezeichnet.

Notizen und Biografien von Personen aus der Wirtschaft hatte die Polizei seit Beginn des terroristischen Kleinkrieges in Deutschland immer wieder entdeckt. Seit Anfang der achtziger Jahre fanden sich besondere Aufstellungen im „Strategiepapier“ eines RAF-Bandenversteckes in Heidelberg-Rohrbach und in Erd-Depots, die im Jahr 1982 enttarnt worden waren.

Daß Persönlichkeiten aus Industrie und Wirtschaft grundsätzlich Zielpersonen terroristischer Anschläge sein können, so heißt es in einer Analyse der Sicherheitsbehörden, belegten bereits die in der RAF-Schrift „Guerilla, Widerstand und Antimperialistische Front“ 1977 nach den Morden an BDI-Präsident Hanns Martin Schleyer und dem Bankier Jürgen Ponto verfaßten Ziellisten.

Der Name des Forschers Karl Heinz Beckurts tauchte in einer im Juni 1984 in der Bergerstraße 344 in Frankfurt am Main ausge-

hobenen „konspirativen Wohnung“ auf. Sechs RAF-Mitglieder wurden dort gefaßt. Darunter auch die bereits vorbestrafte Terroristin Christa Eckes, die früher zu einem „revolutionären kommunistischen Jugendverband“ gerechnet worden war.

Widerstand in Westeuropa

Mitte Januar dieses Jahres stieß die Polizei in Hannover bei der Festnahme von Anneliese Becker, der Schwester der als Terroristin abgeurteilten Verena Becker, erneut auf den Namen Beckurts. Die junge Frau wurde inzwischen mangels Beweisen, daß sie in die Verbrechenplanung der RAF verwickelt war, wieder freigelassen.

Zwei Wochen nach ihrer Festnahme wurde in Frankfurt der internationale Kongreß „Anti-imperialistischer und anti-kapitalistischer Widerstand in Westeuropa“ (31.1.86-4.2.86) eröffnet. Den Versammelten wurde erklärt, daß die Zusammenkunft zur Entwick-

lung einer neuen Strategie für den bewaffneten Kampf dienen solle. Als „vorbildlich“ wurden gemeinsame Aktionen der RAF und der französischen Untergrundorganisation „Action directe“ (AD) bezeichnet.

Unter zeitweise frenetischem Beifall setzte sich der Sprecher der portugiesischen marxistisch-leninistischen Partei für den Aufbau einer marxistischen Untergrundbewegung nach dem Vorbild ähnlicher Organisationen in Lateinamerika auch in Westeuropa ein.

In der Diskussion wurde festgestellt, daß gezielte Anschläge mit militärischen Methoden gegen „Schlüsselpersonen des Imperialismus“ durchaus zur Verunsicherung von Militärs und Politikern beitragen könnten. Langfristig bliebe in Europa keine andere Lösung als der bewaffnete Kampf.

Daraus geht hervor, daß sich die Angriffsziele der Rote Armee Fraktion 1986 nicht geändert haben.

Die Ruhe nach dem Frankfurter Treffen war, wie sich gestern zeigte, trügerisch.



Anneliese Becker: Bei ihr fand die Polizei im Januar '86 Notizen über Karl Heinz Beckurts

FOTO: DPA

Schäuble sieht Beziehung zu Ost-Berlin belastet

Asylanten-Strom soll gestoppt werden / WELT-Gespräch

E. NITSCHKE, Bonn
Der weitere Zustrom von Asylbewerbern auf dem Umweg über Ost-Berlin ist nach den Worten von Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble für die Bundesregierung ein „völlig inakzeptabler Zustand“, der bei Fortdauer mehr und mehr zu einer Belastung für die deutsch-deutschen Beziehungen wird. Die Bundesregierung habe die „DDR-Führung schon von Beginn des verstärkten Asylbewerberzustroms an aufgefordert, dieses „Durchschleusen“ zu verhindern. Im Falle der Zuwanderung von Tausenden aus Ost-Lanka habe die „DDR“ auch unter Beweis gestellt, daß sie in der Lage ist, Scheinasylanten mit geeigneten Maßnahmen fernzuhalten. Minister Schäuble im Gespräch mit der WELT: „Wir können schon aufgrund der verfassungsmäßigen Situation nichts tun. Es ist jetzt Sache der DDR, zu handeln.“

Über den Zustrom von Asylbewerbern über die „DDR“ und Berlin (Ost) hatte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Karl Miltner, neue Zahlen genannt. Danach sind allein im Juni 1988 bereits 5531 Personen via „DDR“ nach Westen eingereist, so daß in diesem Jahr nach den ersten fünf Monaten von 34 000 Asylbewerbern ein Drittel, nämlich laut Miltner 11 622, sich Behörden in Berlin (West) zur Einleitung des Asylverfahrens stellen.

Alarmruf aus Berlin

Anlaß für den Alarmruf aus Berlin (West) war die Tatsache, daß am vergangenen Wochenende der Grenzschutz-Einzeldienst an Grenzbahnhöfen zur „DDR“ fast 400 als Asylbewerber einreisende Ausländer registrierte. Dabei waren, wie Karl Miltner weiterbekundete, unter 277 Personen auf dem Bahnhof Helmsdorf 142 Libanesen, 36 Palästinenser und 65 Ghanaer. Die Anerkennungsquote bei diesen Personengruppen liegt seit langem bei etwa einem Prozent. Wie dazu allerdings das Bundesinnenministerium auf Anfrage der WELT mitteilte, werden Asylbewerber aus dem Libanon jetzt fast überhaupt nicht mehr abgeschoben, weil sich bei den

verworrenen Verhältnissen im Lande nicht widerlegen läßt, daß sie möglicherweise politisch verfolgt sind. Miltner: „Ein großer Teil der Libanesen und Palästinenser stellt keine Asylanträge mehr, sondern erklärt offen, man komme wegen der schlechten Lebensbedingungen im Libanon zur Gründung einer neuen Existenz ins Bundesgebiet.“

Eine Abschiebung dieser Personen ins Herkunftsland sei meist nicht mehr möglich, weil sie die Pässe nach den Grenzkontrollen der „DDR“ fortgeworfen haben, und so vom Libanon nicht ohne weiteres als seine Staatsangehörigen anerkannt würden.

Für schärfere Kontrollen

Nach Ansicht des Bundesinnenministeriums läßt sich das Problem mit aussichtslos. Asyl-Antragsteller „nur noch an der Grenze lösen“. Ein Sprecher des Ministeriums erklärte dazu auf Anfrage, Anspruch und Wirklichkeit bei dem Asylverfahren nach Artikel 16, Absatz 2 des Grundgesetzes gingen „weit auseinander“. Die Väter des Grundgesetzes hätten 1949 an Einzel- und Familien-Asylfälle gedacht, aber niemals an ganze Flugzeugladungen voll Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann habe vor allem in letzter Zeit immer wieder quer durch die Parteien Hilferufe von Städten und Gemeinden bekommen, die eine schärfere Kontrolle bei der Einreise von Asylantragstellern forderten. Das Ministerium gibt an, daß sich heute rund 600 000 „Flüchtlinge“ in der Bundesrepublik und Berlin (West) befinden, bei den Verwaltungsgerichten liegen zur Zeit rund 100 000 Anträge auf Anerkennung als Asylantrag.

Als Grund für das Verhalten der „DDR“ in der Asylanfrage wird in Bonn angenommen, daß Ost-Berlin ein Interesse daran haben könnte, daß auf westlicher Seite normale Grenzkontrollen wie an den Landesgrenzen der Bundesrepublik eingerichtet werden. Das würde im Widerspruch zu dem Rechtsstatus stehen, den die alliierten Schutzmächte in Berlin (West) aufrechterhalten.

Lotteriespiel im Gericht

Diskussion um Parteizugehörigkeit der Verfassungshüter

Von HENNING FRANK

Im Boxberg-Verfahren wird Ernst-Gottfried Mahrenholz im ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts den Platz von Vizepräsident Professor Roman Herzog einnehmen. Der Ersatzrichter für den Vorsitzenden des Grundrechtssenates, der sich im Streit um den geplanten Bau einer neuen Teststrecke der Daimler-Benz AG in der Nähe des nordbadischen Städtchens Boxberg als langjähriges Mitglied der Landesregierung in Stuttgart selbst wegen der Besorgnis der Befangenheit abgelehnt hatte, wurde am Dienstag im Losverfahren ermittelt.

So erleichtert Gerichtspräsident Professor Zeidler, der die „Glücksgöttin“ spielen mußte, darüber war, daß das Los nicht das in zweieinhalb Monaten ausscheidende Mitglied des Staatsgerichtshofes Hans Justus Rinck getroffen hatte, mit Ernst-Gottfried Mahrenholz erhalten die Progressisten in diesem Prozeß auf der Richterbank ein Übergewicht. Auch wenn es kaum einen Einfluß auf die Entscheidung im Boxberg-Verfahren haben dürfte, daß von den acht Richtern vier SPD-Mitglieder (Hermann Heussner, Ernst-Gottfried Mahrenholz, Giesela Niemeyer und Helmut Simon) sind, dürfte das zu Beginn des Jahres bei begründeten Befangenheitsanträgen gegen Mitglieder des zuständigen Senates eingeführte Losverfahren die Zusammensetzung der Richterbank zu einem reinen Lotteriespiel. Sein Ausgang wird in erster Linie von der politischen Einordnung des durch den Losentscheid gefundenen Ersatzrichters aus dem anderen Senat des Karlsruher Zweiggerichts abhängen.

Verständlich, daß unter diesen Umständen die Diskussion über die Parteizugehörigkeit der sechs obersten Verfassungshüter neuen Auftrieb erhält. Daß nur vier keine Partei angehören, mag man bedauern. Bei der „großen Wahlenlösung“ in den nächsten sechs Monaten dürfte sich kaum etwas daran ändern, daß im ersten Senat drei Richter der SPD (Heussner, Niemeyer und Simon), zwei der CDU (Professor Herzog und Katzenstein) und einer der FDP (Henschel) angehören und im Zweiten Senat drei SPD- (Gerichtspräsident Zeidler, Professor Bockförde und Mahrenholz), ein CSU- (Niebler) und zwei CDU-Mitglieder (Professor Klein und Träger) sitzen.

Und es wird auch niemand den Unionsparteien das Recht streitig machen, den Nachfolger für den parteilosen Vizepräsidenten Helmut Steinberger im zweiten Senat zu benennen, während die Sozialdemokraten den neutralen Richterplatz, der nach dem Ausscheiden des Freiberger Staatsrechtlers Konrad Hesse im kommenden Jahr frei wird, neu besetzen können. Bis heute hat die SPD allerdings noch keinen gleichwertigen

gen Ersatz für Professor Hesse gefunden. Da der von ihr favorisierte Verfassungsrechtler Hans-Peter Schneider von der Universität Hannover als eingeschriebenes SPD-Mitglied nicht präsentiert werden kann, wird von einigen Sozialdemokraten neuerdings erwogen, den „Hesse-Platz“ im ersten Senat zu „politisieren“ und dafür den Bundesrichterplatz, auf dem Ende November 1987 Helmut Simon sitzt, zu „neutralisieren“. Das würde einen Wunsch des Präsidiumsmitglieds des Evangelischen Kirchentages zunichte machen. Helmut Simon sieht seit langem den Vorsitzenden des Freirechtssenates des Bundesgerichtshofes Erich Steffen (SPD) als seinen Nachfolger im Bundesverfassungsgericht. Und da auch das Mitglied des zweiten Senates Ernst-Gottfried Mahrenholz seiner Partei für diesen „Posten“ nicht zur Verfügung steht, sind die Chancen des Richters am Bundesverwaltungsgericht in Berlin Everhard Franzen erheblich gestiegen. Mit seinen 48 Jahren wäre der langjährige wissenschaftliche Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion, der zeitweise auch bei der Stadt Essen tätig war, nicht nur wegen seiner von allen Seiten anerkannten hohen fachlichen Qualifikation der geeignete Nachfolger des Vorsitzenden des zweiten Senates. Wenn Professor Roman Herzog, der im Dezember nächsten Jahres Präsident des Bundesverfassungsgerichts werden soll, 1995 aus dem Amt scheidet, wäre Franzen als siebter Präsident des Bundesverfassungsgerichts auch noch jung genug.

Naftali-Stiftung – Statt „Spenden“ nur „Zusammenarbeit“

EPHRAIM LAHAV, Tel Aviv
Durch reinen Zufall trafen sich die Ständigen Vertreter der drei jüdischen Parteistiftungen in Israel – Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung und Naumann-Stiftung – mit einigen Korrespondenten deutscher Medien fünf Tage bevor die neuesten Gerüchte über eine Geldwäsche der SPD auf dem Umweg über die israelische Peretz-Naftali-Stiftung veröffentlicht wurden.

Der Chef der Friedrich-Ebert-Stiftung, ein junger Mann namens Hans H. Duncke, nannte eine eindrucksvolle Liste von kulturellen Projekten in Israel, erwähnte aber mit keinem Wort die Peretz-Naftali-Stiftung.

„35 Millionen verausgabt“

Das war seltsam, denn einige Tage später erzählte der geschäftsführende Leiter der Peretz-Naftali-Stiftung, Chaim Krupski, der WELT in Tel Aviv, daß seine Stiftung seit ihrer Gründung im Jahre 1987 „in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung mehr als 35 Millionen Mark für große erzieherische und gesellschaftliche Zwecke im Staate Israel verausgabt hat“. So steht es auch

Spione warten auf den großen Ringtausch. Die Aktion ist überfällig



Ohne Prozeß nach Moskau? Margarete Höke FOTO: TEUTOPRESS
Wartet bereits seit zehn Jahren: Lothar Erwin Lutze FOTO: DIE WELT
Im Ostberliner Sondergefängnis: Christo-Karin Schumann FOTO: DW

Sogar Königin Silvia wurde in die große Agenten-Rochade eingeschaltet

WERNER KAHL, Bonn

In ihren Zellen im Schweizer Kantonsgefängnis Luzern warten der „DDR“-Fernsehtechniker Johann Karmazin alias Hübner und seine Frau auf ein Signal des Ostberliner Geheimdienstes. Die Eheleute waren „Briefträger“ der als Spionin verhafteten Sekretärin im Bonner Bundespräsidialamt, Margarete Höke. Jetzt wollen sie wissen, ob sie ein Jahr nach ihrer Verhaftung in den großen Agenten-Ringtausch einbezogen werden, den Bonner und Ostberliner Bevollmächtigte in diesen Tagen auszuhandeln und vor dem geplanten Gipfeltreffen Reagan-Gorbatschow über die Bühne bringen wollen.

Ermittlungen in Luzern abgeschlossen

Wie Kantons-Untersuchungsrichter Kaufmann der WELT mitteilte, sind die Ermittlungsakten gegen die Mitbeschuldigten in dem Bonner Spionagefall abgeschlossen und der Staatsanwaltschaft in Luzern zur Anklageerhebung übergeben worden. Ihre Aussagen belasten die heute 50-jährige Sekretärin, über deren Schreibweise bei einem Abteilungsleiter des Bundespräsidialamts vor dem Einzug Richard von Weizsäckers Staatsgeheimnisse aus den Beratungen des Bundesratsrates weitergeleitet worden waren.

Gewährsleute der sowjetischen Geheimdienste, die diese „Quelle“ abschöpfen und den Ostberliner Geheimdienst die Führung des Kurierpaares überließen, lassen deshalb nichts unberücksichtigt, daß die Spionin nach Abschluß des Ermittlungsverfahrens ohne Prozeß durch Austausch freigesetzt wird. Die Ermittlungen stehen in den nächsten Wochen vor dem Abschluß, erfuhr die WELT. Anschließend werden die Akten Generalbundesanwalt Kurt Rehmann zur Ent-

scheidung über die Anklageerhebung vorgelegt.

Um einen Prozeß zu vermeiden, argumentiert die östliche Seite, eine Gerichtsverhandlung werde auf eine blamable Vorstellung der Behörden hinauslaufen. Mit diesem ausgeworfenen Köder verbinden Staatssicherheitsdienst und KGB zugleich den Gedanken, unter ihren Agenten im Westen die bittere Erfahrung des Falles Lutze zu verdrängen. Der ehemalige Agenten-Chef im Bundesverteilungsmuseum, Lothar Erwin Lutze, wartet in diesem Monat seit zehn Jahren auf die Einlösung des Versprechens, ihn so rasch wie möglich auszutauschen. Niemand, am allerwenigsten Lutze selbst, weiß einen Grund für sein Warten anzugeben, hätte sich doch für den „DDR“-Geheimdienst längst die Möglichkeit geboten, den Militär-Spion vorzeitig freizubekommen.

Aus der WELT erfuhr Lutze in seiner Zelle in der Strafanstalt Geldern am Niederrhein, in der auch ein Farbfernseher steht, daß die Bundesregierung ihn bereits vor einem Jahr zum Austausch angeboten hatte – als Gegenleistung für die Ostberliner Ärztin Christo-Karin Schumann. Die Ärztin für Hals, Nasen-, Ohrenkrankheiten an der Poliklinik der Ostberliner Charité verliert als frühere Lebensgefährtin des ehemaligen „DDR“-Kontrollrats Winfried Baumann eine fünfzehnjährige Freiheitsstrafe. Baumann war unter der Beschuldigung, mit der Ärztin 1979 in den Westen fliehen zu wollen, als „imperialistische Agent“ ohne Prozeß nach der Verhaftung erschossen worden. In die humanitären Bemühungen von mehreren Seiten, die schwer kranke Christo-Karin Schumann aus ihrer Isolationshaft in einem Sondergefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) herauszubringen und schließlich durch Austausch freizubekommen, ist nach Informationen

der WELT aus Stockholm auch die schwedische Königin Silvia eingeschaltet worden. Der „DDR“-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker traf am 26. Juni dieses Jahres im Stockholmer Schloß mit Königin Silvia und König Carl XVI. Gustav zusammen. Die Königin stammt aus Heidelberg, wo ein Bruder der inhaftierten Ärztin lebt.

Der früher verschwiegene Agententausch ist seit der Amtsübernahme von Gorbatschow mit wichtigen Ost-West-Gesprächen kombiniert worden. Es geht dabei um Einflüsse auf die Bevölkerung, vor allem in der USA und Westeuropa, erklärt ein Experte aus dem Sowjetblock der WELT. Den höchsten Aufmerksamkeitswert könnte nur der Kreml-Entschluß erzielen, die Verhängung des Friedensnobelpreises aufzuheben. Außer für Sacharow setzt sich die westliche Seite für die Freilassung des Physikers Juri Orlov und der Bürgerrechtlerin Irina Rat-schinskaja im Rahmen eines Gefangenenaustausches ein, wie er zuletzt am 11. Februar dieses Jahres in Berlin stattfand.

Moskau pocht auf Tausch des Flottenadmirals

Zu dem Tauschpaket, das jetzt geschnürt wird, gehören mehrere Ost-Agenten in den USA, ein in London entkamtes Kurier-Ehepaar aus der „DDR“ sowie einige in der Bundesrepublik zu Strafen bis zu sechs Jahren verurteilte Spione. Moskau sieht es als humanitären Bemühungen von mehreren Seiten, die schwer kranke Christo-Karin Schumann aus ihrer Isolationshaft in einem Sondergefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) herauszubringen und schließlich durch Austausch freizubekommen, ist nach Informationen

Kelly fordert klare Absage an Gewalt

DW, Bonn
Die grünen Bundestagsabgeordneten Gert Bastian und Petra Kelly fordern eine klare Distanzierung ihrer Partei von gewalttätigen Ausschreitungen. Beide zeigten sich betroffen, daß der Bundesvorstand der Grünen noch „kein klares Wort“ zur Gewaltfreiheit gesprochen hat. Frau Kelly sah die „Glaubwürdigkeit der Ökologie- und Friedensbewegung“ bedroht, wenn auf einem „gewaltsamen Weg“ versucht würde, ein „gewaltfreies Ziel“ zu erreichen. Die Gewalttäter in unseren Reihen müssen wissen, daß sie nicht uns helfen, wenn sie mit bezahlten Provokateuren agieren, als wären sie eine Hilfstuppe der Atomlobby“, sagte der General a.D. Bastian.

CDU-Politiker zu Gast bei Jaruzelski

dpa, Warschau
Der Präsident des Interparlamentarischen Rates und Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Hans Stercken, ist gestern in Warschau mit dem polnischen Parteivorsitzenden Wojciech Jaruzelski zusammengetroffen. Dabei sei „präzise“ über „alle Bereiche der Beziehungen“ zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland gesprochen worden. Auch die Frage einer Amnestie für politische Gefangene in Polen habe man erörtert, teilte Stercken mit. Von seinen polnischen Gesprächspartnern sei der Eindruck vermittelt worden, daß die anläßlich des Nationalfeiertages zum 22. Juli erwartete Amnestie „weite Kreise“ ziehen werde.

Einmütigkeit beim Haushalt

geo, Kiel
Der Etat des Landes Schleswig-Holstein wird ohne Schwierigkeiten der parlamentarischen Hürde nehmen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Klaus Kribben, sagte, Landesregierung und Fraktion trügen einmütig den Haushalt. Kribben ging in diesem Zusammenhang auf einen Bericht in der WELT ein, in dem von Unstimmigkeiten zwischen der Landesregierung und der Fraktion die Rede war. Hierzu meinte der Fraktionsvorsitzende, alle wichtigen Entscheidungen im vergangenen halben Jahr seien einmütig getragen worden. Die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der Fraktion sei konstruktiv. Auch werde die Fraktion in die Entscheidungsfindung eingebunden.

Wenn die Planer der Kohle hinterher hinken

RALPH LORENZ, Düsseldorf

Dem nordrhein-westfälischen Städtebauminister Christoph Zöpel (SPD) steht neuer Ärger ins Haus. Nachdem sein Kabinettskollege Justizminister Rolf Krummiek unlängst auf die Anfechtbarkeit der von Zöpel im Alleingang betriebenen Notkäufe von 2400 Neue-Heimat-Wohnungen hingewiesen hatte, präsentiert nun der Landesrechnungshof seine Rechnung zur „Entwicklungsgesellschaft Wulfen mbH“. Von einer „fehlgeschlagenen“ und „liquidationsreifen“ Stadtentwicklungsmaßnahme ist da die Rede und mit bitterer Ironie vermerkt der Landesrechnungshof, der Minister habe nunmehr „die Kommunalisierung der Maßnahme endlich herbeigeführt, allerdings auf Kosten weiterer Zuschüsse von 47,3 Millionen Mark“.

Und dies, obwohl seit Gründung der Entwicklungsgesellschaft Wulfen 147 Millionen Mark aus Städtebaumitteln in dieses Defizitunternehmen gepumpt wurden und nunmehr als Verlust angesehen werden.

Was im Jahre 1980 als mustergültig ins Leben gerufen wurde, mit dem Auftrag in der ländlichen Gemeinde Wulfen – heute Teil der Stadt Dostern – eine „neue Stadt zu planen und zu entwickeln“, entpuppte sich in einem ganz anderen Sinn als beispielhaft: Als Modell für städtebaulichen Größenwahn, Irweg des sozialen Wohnungsbau und Geldverschwendung.

Wulfen war als Bergarbeiterstadt konzipiert – doch als die „Nordwand“ der Steinkohle“ begann, sprach sich das überall herum, nur nicht bei den angeblich volksnahen Planern. Die Folge: Es gab Wohnungen, aber keine Arbeit in der „Metastadt“.

Die Gesellschaft ließ – obwohl mit zwei Geschäftsführern, zwei Prokuristen, fünf Handlungsbevollmächtigten und 40 Beschäftigten ausgestattet – mit Vorliebe Freiberufler gegen Spitzenhonorare planen, wenn „Innovation“ gefordert war.

Dem wohnungsbaupolitischen Sprecher der Düsseldorfer CDU-Fraktion, Hubert Doppe, fällt da nur der Begriff „großkotzig“ ein, zumal die Geschäftsführer jahrelang besser bezahlt wurden als die Staats-

sekretäre der Landesregierung. Mit Blick auf die Tatsache, daß die Regierung Rau den Vorsitz in dieser Entwicklungsgesellschaft innehatte und die Feilplaner ihr Retortenkind Wulfen grobfräslässig misbildeten, bemerkt Doppe: „Das Land hat hier gezeigt, daß es noch unfähiger ist als die unfähige Neue Heimat.“ Aber auch Doppe muß sich fragen lassen, wann denn die mahnenden Worte seines wohnungsbaupolitischen Fraktionsvorgängers Suenus zu vernehmen waren. Außerdem ist einer der Feilplaner, der frühere Geschäftsführer Georg Witzner, ausgerechnet von Dieppen in Berlin zum Bausektor gekürt worden.

Sachlich-trocken listet der Rechnungshof das Stündenregister der Entwicklungsgesellschaft auf:

- Geplant waren in der Trabantenstadt 50 000 Einwohner. Dann sollten es nur 30 000 sein. Tatsächlich zählt Wulfen aber nur 15 132 Einwohner.
- Weil die Arbeitsplätze fehlten, verkleinerte Wulfen zur Schlafstadt. Die Auspendelquote erreichte das Vierfache der Eingpendelquote.
- 20 000 Arbeitsplätze sollten geschaffen werden. Doch das wurde weit verfehlt.
- Fehlentwicklung auch beim sozialen Mietwohnungsbau: 20,3 Prozent der öffentlich geförderten Wohnungen stehen leer. Ein Demonstrationsobjekt für „modernes Wohnen“ (182 Wohnungen) gilt als abbruchreif.
- Gravierende Finanzmisse: Die Gesellschaft Wulfen hinterließ 1984 ein Defizit von 173,6 Millionen Mark. Der Rechnungshof spricht von „großem Wirtschaftlichkeitsverlust“. So wird „überflüssiger und überbezahlter Grunderwerb“ beanstandet.

Der Generalsekretär des Zentralverbandes der deutschen Hauseigentümer, Volker Gierth, zur WELT: „1982 wurde ein Quadratmeter Wohnfläche im sozialen Wohnungsbau mit 1,26 Mark monatlich bezuschußt, 1989 waren es 1,95 Mark. Heute werden bis zu 18 Mark je Quadratmeter subventioniert. Da wäre es billiger, Wohnungen anzumieten und Bedürfnisse kostenfrei zur Verfügung zu stellen, als weiterhin sozialen Wohnungsbau zu betreiben.“

Dialog geriet zum Streit

Dohnanyis Wahlkampfkonzept im Ansatz gescheitert

H. SCHÜTTE, Hamburg

Die sommerliche Ruhe im Hamburger Vorwahlkampf „zwischen Grillabenden, Frauentreffen und einer „Fahrradtour durch Marsch und Geest mit Hans-Ulrich Klose“ ist trügerisch: Heute trifft sich Bürgermeister Klaus von Dohnanyi mit der Spitze der SPD-Wahlkampftruppe im Kurt-Schumacher-Haus, um über eine geänderte Wahlkampfstrategie zu beraten. Die Unerschütterlichkeit des Hamburger Rathauses als Bastion einer sozialdemokratischen Alleinregierung erscheint nicht mehr so selbstverständlich wie bei dem Landesparteitag vor sechs Wochen, der trotz der heißen Debatte über die Folgen nach Tschernobyl den Eindruck der Geschlossenheit und der klaren Führung durch Dohnanyi hinterlassen hatte.



Fünf Monate vor der Wahl in Schwierigkeiten: Bürgermeister Klaus von Dohnanyi FOTO: DPA

Die SPD muß sich also auf Entlassungs-Offensiven einstellen, falls es zu Teilen der Partei zur Verweigerung beim Wahlkampf kommt – gemeint sind Anzeigen-Kampagnen, die unabhängig von der Einsatzbereitschaft Plakat-klebender Genossen für Klaus von Dohnanyi werben. Der Bürgermeister wird in der Plakatierung im Mittelpunkt stehen als ein Politiker, der keinen „blauen Dunst vormacht“. Dohnanyi will keine leeren Versprechungen abgeben, auch nicht zu den Zeitvorstellungen für einen Ausstieg aus der Kernenergie.

Im Wahlkampf will der Spitzenkandidat sehr stark die bundespolitische Karte spielen („in Hamburg werden die Tore für die bundespolitische Entscheidung im Januar 1987 aufgestoßen“). Er holt sich mit Helmut Schmidt (zur Eröffnungsgedankung am 17. Oktober) mit Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel die Bundesprominenz seiner Partei nach Hamburg, zum Abschluß spricht am 6. November Johannes Rau. Hauptgegner ist die CDU – Dohnanyi will seine Wähler in der Mitte suchen, während er sich bei den GAL-Sympathisanten kaum einen Einbruch verspricht.

An der Motivation besteht bei den hanseatischen Christdemokraten nicht der geringste Zweifel, der Landesverband hat mit 15 000 Mitgliedern kürzlich die Nachkriegs-Rekordmarke erreicht. Bürgermeister-Kandidat Hartmut Perschus setzt ebenfalls auf bundespolitische Themen. Hier kann er den seit fast drei Jahrzehnten regierenden SPD-Senat ausvorführen, etwa nach dem Motto: „Der Aufschwung geht bisher an uns vorbei, wir holen ihn nach Hamburg.“

Wahlkampfleiter Jürgen Echter nach wirft zwölf Bundesministern von CDU und CSU fast das gesamte Kabinett an die Front, zur Eröffnung tritt Gerhard Stoltenberg an, bei der Abschlußkundgebung spricht Bundeskanzler Helmut Kohl. Übrigens am 6. November, an dem auch Rau nach Hamburg kommt.

Für den von einem großen Teil seiner Partei in Stich gelassenen Innenminister Rolf Lange bedeutet der Auftritt des Kanzlers und möglicherweise des CSU-Chefs mit den dann zu erwartenden Störungen ein zusätzliches Risiko. „Jede Tomate, die Kohl oder Strauß trifft“ – so urteilt ein bundespolitisch gestandener Genosse im Kurt-Schumacher-Haus – „kostet uns bei der Wahl ein halbes Prozent Sympathieverlust“.

Tunesien will sich weiter eng an den Westen halten

WELT-Interview mit Außenminister Kaid Essebsi

Tunesiens Präsident Bourguiba hat überraschend den bisherigen Wirtschaftsminister Sfar zum Regierungschef ernannt. Ändert sich nun die Außenpolitik? Außenminister Kaid Essebsi beschreibt die Position seines Landes. Die Fragen stellte Achim Remde.

WELT: Eine Konstante der Politik Bourguibas war immer die Freundschaft zu den USA. Ist sie inzwischen in Frage gestellt?

Essebsi: Wir sind mit den USA befreundet, weil sie die Führungsmacht der freien Welt sind und in ihrer Politik die Prinzipien verfolgt, die auch wir verfolgen. Die USA haben uns in unserem Freiheitskampf und im Bemühen um die Entwicklung unseres Landes unterstützt. Die privilegierten Beziehungen, die dadurch entstanden sind, wollen wir fortsetzen. Aber es gibt auch in privilegierten Beziehungen Krisen. Eine solche Krise entstand durch den israelischen Angriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis. Denn Israel ist ein Verbündeter der USA. Die Frage war, ob die USA über die israelischen Angriffsabsichten informiert waren. Wir haben darüber mit den USA ausführlich geredet. Die Diskussion ist abgeschlossen. Was den amerikanischen Angriff auf Libyen angeht, so haben wir uns jeder Stellungnahme enthalten. Wir haben zu Libyen herzlich schlechte Beziehungen – die diplomatischen Beziehungen mußten wir wegen libyscher Destabilisierungsmaßnahmen in unserem Lande abbrechen.

WELT: Wo steht Tunesien im Konflikt zwischen Algerien und Marokko?

Essebsi: Das Ziel eines vereinten „Großen Arabischen Maghreb“, auf das wir alle Führer des Maghreb seit der Unabhängigkeit hinarbeiten, wird leider durch zwei Probleme behindert. Das eine ist die subversive Politik Libyens, das andere der Westsaharakonflikt. Wir sind seit längerem bemüht, eine maghrebische Gipfelkonferenz in Tunis zustandzubringen.

WELT: Ist Tunesien wirtschaftlich in der Krise?

Essebsi: Zum Teil sind es die Auswirkungen einer weltweiten Wirtschaftskrise, zum Teil die einer zunehmend protektionistischen Wirtschaftspolitik seitens der EG-Länder, vor allem seit der Erweiterung auf

Spanien und Portugal, deren Produkte mit unseren konkurrieren. Schließlich hat uns auch der Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen mit Libyen getroffen. Darüber hinaus hat der Fall der Ölpreise und die diesjährige schlechte Ernte Schwierigkeiten mit sich gebracht. Zu allem Überfluß haben die Ereignisse in Libyen den für uns so wichtigen Tourismusmarkt durcheinander gebracht. All dies hat zu einer negativen Wirtschaftsentwicklung geführt, die wir jedoch mit unserer Wirtschaftspolitik aufzuheben hoffen.

WELT: Marokko hat ein Beitrittsgebot zur EG gestellt. Erwarten Sie den gleichen Schritt?

Essebsi: Marokko hat mit seinem Beitrittsgebot daran erinnert, daß die Maghrebländer durch das Mittelmeer mit Europa verbunden sind. Tunesien hat seit den Zeiten Karthagos sein Olivenöl nach Europa exportiert. Doch wir fallen nicht unter die Definition Europas, wie sie sich aus den römischen Verträgen ergibt. Wir sehen uns als arabisches, afrikanisches und Mittelmeerland an und gehen davon aus, daß wir als solches privilegierte Beziehungen zu Europa haben.

WELT: Seit geraumer Zeit manifestiert sich im Maghreb eine Bewegung, die eine Rückbesinnung auf die Werte des Islam propagiert. Worauf ist das zurückzuführen?

Essebsi: Um es klar zu sagen: Es ist keine Frage der Religion, sondern der Politik. Dahinter stecken fanatische politische Minderheiten, die nach der Macht streben. Tunesien ist ein islamisches Land. Es ist vom sunnitischen Islam malekitischen Ritus einheitlich geprägt. Minderheiten spielen keine Rolle. Wir haben seit der Unabhängigkeit eine besondere tolerante Form des Islam praktiziert. Wir sind eine pluralistische, demokratische Gesellschaft. Wir haben Meinungs- und Pressefreiheit. Es gibt eine Oppositionsgruppe, auch wenn die Opposition sich beklagt. Wir glauben deshalb, daß die fanatische Minderheit in Tunesien weniger gefährlich als anderswo ist.

WELT: Wie sehen Sie die deutsch-tunesischen Beziehungen?

Essebsi: Die Bundesrepublik ist ein privilegierter Partner Tunesiens. Wir haben hervorragende Beziehungen, die wir weiter ausbauen wollen.

Südafrika: Amerikas Geduld stößt an Grenzen

Harte Kritik aus dem Kongreß an Reagans Politik „konstruktiven Engagements“ / Kompromisse? / Auswirkungen auf Europa

Fritz Wirth, Washington

Die amerikanische Südafrika-Politik steht vor ihrem bisher schwersten Test. Innerhalb der nächsten Tage werden wichtige Entscheidungen fallen. Die Politik des „konstruktiven Engagements“ steht auf dem Prüfstand. Der Druck aus dem Kongreß zwingt zu Kompromissen und Zugeständnissen. Auf dem Spiel steht jedoch nicht nur die Zukunft dieser Strategie, der Kurs der künftigen amerikanischen Südafrika-Politik dürfte auch beträchtliche Auswirkungen auf die Strategie europäischer Bündnispartner und besonders auf die innenpolitische Position der britischen Premierministerin Margaret Thatcher haben. Es gibt seit Wochen in dieser Frage enge Konsultationen mit London und auch Bonn.

Den Stein zu einer Revision der Südafrika-Politik hat am 18. Juni das Repräsentantenhaus mit seinen rigorosen Sanktionsbeschlüssen ins Rollen gebracht. Sie sehen vor, daß die 284 amerikanischen Firmen, die in Südafrika operieren, sechs Monate nach Inkrafttreten der Sanktionsbeschlüsse das Land verlassen. Die direkten Investitionen dieser US-Firmen in Südafrika betragen 1894 1,8 Milliarden Dollar, die indirekten Investitionen 6,4 Milliarden Dollar.

Der Sanktionsbeschuß des Reprä-

sentantenhauses sieht ferner die Einstellung des gesamten Handels zwischen den USA und Südafrika mit Ausnahme einiger strategisch wichtiger Mineralien vor. Im letzten Jahr exportierten die USA Güter im Werte von 1,2 Milliarden nach Südafrika, das wiederum Güter im Werte von zwei Milliarden Dollar in die USA exportierte. Zugleich sollen die Landrechte für südafrikanische Fluggesellschaften aufgehoben werden.

Die republikanische Fraktion im Repräsentantenhaus ließ seinerzeit diese radikalen Vorschläge aus taktischen Gründen ohne Opposition passieren in der Gewißheit, daß sie vom Senat zurückgewiesen werden, und um zugleich mildere Sanktionsmaßnahmen zu stoppen, die dem Repräsentantenhaus vorlagen, und die durchaus eine Chance gehabt hätten, das Wohlwollen einer Senats-Mehrheit zu finden.

Shultz vor dem Senat

Der Senat hat bis heute noch keine eigenen Vorschläge formuliert. Er hat stattdessen für den 22. bis 24. Juli Anhörungen vor seinem außenpolitischen Ausschuss angesetzt, an denen auch Außenminister Shultz teilnehmen wird. Richard Lugar, der Vorsitzende dieses Ausschusses, hat die Administration gedrängt, bereits vor

dieser Anhörung einige Aktionen zu verkünden, um die Spannung und die Atmosphäre dieser Anhörungen zu entschärfen. Abgesehen davon möchte Lugar verhindern, daß es zu einer neuen außenpolitischen Konfrontation zwischen dem Kongreß und der Administration kommt, wie es in der Nicaragua-Frage der Fall war. Lugar ist der Meinung, daß die amerikanische Außenpolitik von der Administration und nicht vom Kongreß formuliert werden sollte.

Reagan wird voraussichtlich noch vor der Anhörung im Senat am 22. Juli das Ergebnis einer wochenlangen Überprüfung der amerikanischen Südafrikapolitik durch leitende Beamte des State Departments und des nationalen Sicherheitsrates bekanntgeben. Mit Sicherheit kann erwartet werden, daß diese Überprüfung zu keiner radikalen Änderung der Südafrikapolitik führen wird. Das Prinzip des „konstruktiven Engagements“ wird weiterhin gültig bleiben.

Dagegen ist mit Maßnahmen zu rechnen, die den Dialog Washingtons mit Führern der farbigen Mehrheit fördern sollen und zugleich Druck auf Pretoria ausüben, einen ernstzunehmenden Dialog mit ihnen zu beginnen. Es wird erwartet, daß die Reagan-Administration zu diesem Zweck einen Sonderbotschafter nach

Südafrika entsendet. Obwohl Präsident Reagan nach wie vor Sanktionen für ein ungeeignetes Mittel zur Lösung des Konflikts in Südafrika hält, ist nicht auszuschließen, daß er einige mildere Sanktionsformen vorschlagen wird, wie er es vor einem Jahr tat, um den Druck aus dem Kongreß abzubauen.

Spürbare Verärgerung

Außenminister Shultz, ebenfalls ein Gegner von Sanktionen, begrüßt andererseits gewisse Maßnahmen, um den politischen Druck auf Pretoria zu verschärfen und der Politik des „konstruktiven Engagements“ mehr Erfolgchancen zu geben. Es herrscht im State Department spürbare Verärgerung über den Mangel an Flexibilität in der südafrikanischen Regierung. Diese Verärgerung ist im übrigen auch in wachsendem Maße bei sonst den Südafrikanern wohlgesonnenen Senatoren spürbar.

Mag sein, daß die gemäßigten Kräfte im Senat im Augenblick noch die Oberhand behalten, es ist jedoch unübersehbar, daß die wohlmeinende Taktik des „konstruktiven Engagements“ nur eine Politik mit begrenzter Dauer ist. Die Zeit des amerikanischen Goodwill läuft langsam, aber doch spürbar aus.

Sarney erhofft Machtwort aus Rom gegen linke Priester

Werner Thomas, Miami

Wenn der brasilianische Präsident José Sarney heute den Papst besucht, wird ein gemeinsames Problem der Diskussion dominieren: Der soziale Aktivismus linker Priester und der fortgesetzte Konflikt zwischen Kirche und Staat in der größten katholischen Nation der Welt. 16 Monate nach der Rückkehr zur Demokratie hat diese Konfrontation wieder so explosive Ausmaße erreicht wie während der Militärdiktatur.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stehen heute die Agrarreformen und der blutige Kampf um den Boden. Mehr als 300 Landarbeiter sind in den letzten zwei Jahren bei Feuergefechten getötet worden. Auch drei Priester starben. Die Regierung des konservativen Präsidenten hatte sich letztes Jahr zum Ziel gesetzt, bis 1989 mehr als 43 Millionen Hektar ungenutztes Land unter 1,4 Millionen besitzlose Bauernfamilien zu vertei-

len. Sarney ließ schon per Dekret 37 Latifundien enteignen.

Die ungerechte Verteilung des Landes schuf oft soziale Konflikte: Zwei Prozent der 135 Millionen Brasilianer kontrollieren 52 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens. Die Kirche begrüßte diese Absichten, kritisierte jedoch bald eine ihrer Meinungen nach mangelnde Initiative Brasiliens.

Bisher erhielten nur 10 000 mittellose Familien Land. In allen Teilen des Staates kam es zu illegalen Besetzungen, die oft von Priestern organisiert worden waren. Großgrundbesitzer gingen zum Gegenangriff über. Sie schlossen sich ihrerseits zusammen und gelobten, illegale Besetzungen mit Waffengewalt zu bekämpfen. Heute vergeht kaum ein Tag ohne Gefechte. Der Finca-Besitzer Bolivar Annoni vermutet, ein von Kuba und Nicaragua gesteuertes marxistisches Komplott gegen Brasilien (seit Ende

Juni unterhält Brasilien wieder diplomatische Beziehungen zu Kuba).

Die von dem „progressiven“ Prälaten Ivo Lorscheiter präsidierte Bischofskonferenz unterstützt das weitere soziale Engagement der Priester, obgleich Brasilien in der Zwischenzeit von Zivilisten regiert wird. „Wir müssen uns weiter engagieren, weil die versprochenen sozialen Veränderungen nie durchgeführt wurden“, erläuterte der stellvertretende Generalsekretär der Bischofskonferenz, Canon Celso Pedro a Silva. Lorscheiter urteilt ähnlich.

Präsident Sarney, ein vorsichtig taktischer Politiker, wollte bisher keine öffentliche Kritik an der Kirche üben. Er führte jedoch in den letzten Wochen zwei Unterredungen mit Lorscheiter. Die Öffentlichkeitsarbeit überließ Sarney seinem Justizminister Paulo Brossard und dem Chef der Bundespolizei, Romeu Tuma. Beide mahnten die Kirche, „Angele-

genheiten des Staates dem Staat zu überlassen.“ Tuma erregte den Ärger Lorscheiters, als er erklärte: „Man muß für diese Priester beten, daß sie wieder zum Beten zurückkehren.“

Der bittere Streit kann die Regierung Stimmen kosten. Im November entscheiden die Brasilianer über die neue Zusammensetzung des Kongresses. „Sarney tut alles, um den Konflikt zu entschärfen“, sagte ein diplomatischer Beobachter in Brasília, „er reist selbst nach Rom.“ Es ist jedoch fraglich, ob der Papst dem bedrängten Präsidenten Schützenhilfe leisten will – oder zu leisten vermag. Die brasilianische Bischofskonferenz (CNBB), die wie keine andere Organisation dieser Art unter dem Einfluß linker Geistlicher steht, läßt sich ungern fernsteuern. Ein CNBB-Vertreter meint, daß es lediglich beim Meinungsaustausch zwischen den beiden Herren bleibt. „Der Papst hält sich da heraus. Er kennt die Brisanz.“

Premier Langes Glaubwürdigkeit ist erschüttert

J. C. Sydney/Wellington

Die bevorstehende Übergabe der beiden wegen Totschlags verurteilten französischen Agenten hat in Neuseeland offene Empörung ausgelöst. Der „New Zealand Herald“, größte Tageszeitung des Landes, sprach von einem „schmutzigen Geschäft“ und bezeichnete die Regierung Lange als „feige“. Das Blatt bezweifelt, daß Frankreich sich an die Vereinbarung halten und die beiden Offiziere nicht in die Heimat entlassen werde. Der „Auckland Star“ nennt den Kompromiß eine „politische Heuchelei niedrigster Art“. Neuseelands Rechtsstaatlichkeit schwünge jetzt für 7 Millionen Dollar Mordgeld die Seine herunter. Keine Fernsehstation in

Anzeige
Jetzt –
HALLOO-WACH
In Apotheken und Drogerien.

Neuseeland und Australien ließ es sich nehmen, mehrfach Premierminister Langes vorjährige Erklärung („Die Häftlinge stehen nicht zum Verkauf“) zu wiederholen. Alle Kommentatoren sind sich einig, daß nur wirtschaftliche Gründe Lange zum Nachgeben zwingen. Ein Teil der Vereinbarung ist die Abnahme neuseeländischer Butter durch die EG.

Im neuseeländischen Parlament kam es zu erregten Auseinandersetzungen. Drei ehemalige Minister wurden aus dem Saal gewiesen, darunter Exministerpräsident Muldoon. Er hatte Lange vorgeworfen, sich Erpressung gebeugt und die Rechtsstaatlichkeit aufgegeben zu haben. Der neue Oppositionsführer Bolger nannte Lange einen Betrüger, dessen Glaubwürdigkeit zerstört sei. Der Versuch der Opposition, aus Langes Gesichtsausdruck politisches Kapital zu schlagen, dürfte gelingen. 80 Prozent der Neuseeländer hatten sich kürzlich gegen die vorzeitige Entlassung der Agenten ausgesprochen. (SAD)

DIE WELT (USPS 405-500) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

H HONDA

Mut zur Eigenständigkeit. Honda Accord EX Aero Deck

Die Aero Deck-Variation der Honda Accord EX Limousine gilt heute bereits als das Beispiel einer zukunftsweisenden Automobil-Generation: ein komfortabler Viersitzer mit hochwertiger Technologie in kompakten Dimensionen. Das „Double Wishbone“-Hochleistungsfahrwerk entstammt der Formel 1. Der drehmomentstarke 2.0 l-12 Ventil-Motor mit 78 kW (106 PS) zieht seidenweich und kraftvoll durch.

Im großzügigen Innenraum bieten variable Rücksitzlehnen und ein umfangreiches Ausstattungspaket individuellen Komfort.

Mit DM 22.690,-* läßt man herkömmliche Coupé-Formen hinter sich: Der Pionier sucht seinen Fahrer. Honda Deutschland GmbH, Offenbach/M.

* Unverbindliche Preisempfehlung (inkl. 14% MwSt.) ab Auslieferungsteil der Honda Deutschland GmbH, zuzügl. Überführungskosten.

**HONDA
ACCORD**



Verlieren wir den Drogen-Krieg? / Die Rauschgift-Geographie / Schluß der WELT-Serie

Der letzte weiße Fleck auf der europäischen Drogenkarte ist verschwunden: Die Dealer haben jetzt auch Kunden in den osteuropäischen Staaten entdeckt. Bisher waren die harten Drogen als Transitschmuggelware vom „DDR“-Zentralflughafen Berlin-Schönefeld nur in den Westen gelangt.

Jetzt erobern die Dealer die Märkte der Sucht in Osteuropa

Von WERNER KAHL

Das Schild an der Friedrichstraße hinter der viersprachigen Information „Sie verlassen den amerikanischen Sektor“ gebietet dem Autofahrer beim Überqueren des weißen Grenzstreifens im Mauerdurchlaß 10 Stundenkilometer Geschwindigkeit. Schleicherfahrt im innerstädtischen Berliner Straßenverkehr zwischen Ost und West in doppelter Bedeutung. Denn bei Stichproben von Westberliner Zöllnern hüben und Soldaten drüben, die Tag und Nacht am bekanntesten internationalen Grenzübergang, Checkpoint „Charly“, Posten stehen, taucht Rauschgift immer häufiger auf. Gelangen in vergangenen Jahren Rauschmittel und harte Drogen nur als Transit-Schmuggelware wie auf einer Einbahnstraße vom „DDR“-Zentralflughafen Berlin-Schönefeld oder mit LKWs und auf dem Schienenweg in den Westen – streng abgegrenzt vor der eigenen Bevölkerung –, so zweigen jetzt Organisatoren des illegalen internationalen Drogenmarktes „Stoff“ auch für Konsumenten in der „DDR“ und anderen osteuropäischen Staaten ab. Damit ist der letzte weiße Fleck in der europäischen Drogen-Geographie verschwunden. Rauschgift ist nicht mehr allein ein westeuropäisches Problem.

Dem Bundeskriminalamt in Wiesbaden und der Zentrale der Internationalen Polizeiorganisation (Interpol) in Paris sind als Transportmittel für Rauschstoffe bekannt: Frachtflugzeuge, Schiffe, Flugdampfer und Barkassen, Eisenbahnzüge, Kleinflugzeuge, Fischerboote, kleinere seetüchtige Boote, Lastwagen, private Kraftfahrzeuge und Tiere. Aus Argentinien wurde berichtet, daß dort abgerichtete Esel Säcke mit Kokainblättern selbständig über die Grenze bringen, in Iran verrichteten dressier-



Kampf gegen eine Hydra: Festnahme von Dealern in West-Berlin

FOTO: PETER RONDOLZ

te Schafe den Transport von Opium. Und an den europäischen Grenzen müssen die Rauschgiftfahnder hollisch aufpassen, daß die Transporteur ihnen nicht mit „Drogen“, elektronisch gesteuerten Flugobjekten unterschiedlicher Größe, die bisher nur im militärischen Bereich eingesetzt wurden, ein Schnippchen schlagen.

Bis Anfang der siebziger Jahre funktionierte die „French Connection“ vor allem aus der Türkei nach Marseille. In versteckten Labors im südfranzösischen Umland wurde es zu Heroin verarbeitet – für die USA und für die umliegenden westeuropäischen Staaten und damit auch für die Bundesrepublik Deutschland. Mit dem Verbot des freien Mohnanbaus in der Türkei, erlaubt sind nur noch staatlich kontrollierte Anbauflächen für medizinische Zwecke, wechselten die Rauschgiftdealer nach Mexiko, bis auch hier der Staat eingriff. Daraufhin wurden neue Quellen in Südostasien, Burma, Laos, Thailand und im Mittleren Osten, in Pakistan, Iran und Afghanistan erschlossen. In Afghanistan blühen ungeachtet der schweren Kämpfe zwischen Sowjets und Widerständlern die Erzeugung und der Vertrieb des Rauschgiftes. Von dort suchen die Großhändler immer neue verschlungene Wege für den Absatz in Europa.

Fahndung nach Kurieren

Eine der Hauptadern des Einkaufs der Drogen auf den europäischen Markt ist bis zum heutigen Tag die Balkan-Route. Jeder, der bereit ist, die hohen Risiken des Schmuggels zu tragen, wird für die Transporter eingesetzt. Lange haben die Hintermänner des Geschäftes vorzugsweise türkisch-kurdische Gastarbeiter benutzt. Inzwischen stellen sie nur noch eine Gruppe unter vielen anderen.

Der amerikanische Standpunkt war und ist ein politischer und lautet: One Cuba is enough. Jeder muß für sich entscheiden, ob er diesen politischen Standpunkt teilt. Nur kann man ihn nicht in einen völkerrechtlichen ummünzen. Die Entscheidung über das Gesellschaftssystem ist Sache jedes Staates. Wenn der IGH dies nun feststellt hat, so ist das kein völkerrechtlich falsches Urteil, der IGH hat keine Rechtsbeugung begangen und sich auch nicht über das Gesetz gestellt, sondern der Kommentator hat Völkerrecht und Politik verwechselt.

Professor Michael Schweitzer,
Lehrstuhl für Staats- und
Völkerrecht, Universität Passau

Nicht erkannt

„Die Ost denkt, die Agentur leckt, und der Betrieb bläht.“ Gelächter WELT vom 25. Juni

Liebe Redaktion,
es ist zu begrüßen, wenn führende Bildungspolitik wie Herr Maier erkennen, daß es auch in Zeiten allgemeinen Sparsens Studienbereiche gibt, wo man besser nicht streicht, ja, wo eine Investition in Forschung und Lehre sogar wirtschaftlich lohnend ist. Zu diesen Bereichen gehört – ein Blick in den Stellenmarkt jeder Tageszeitung beweist es – auch die Betriebswirtschaftliche Datenverarbeitung.

Nicht erkannt hat dies offenbar der Hamburger Senat. Diese einst für ihren Weitblick berühmte Landesregie-

„Hiwis“. Fahnder aus allen an der Bekämpfung interessierten Balkan-Staaten arbeiten jetzt in speziellen Gruppen mit dem Bundeskriminalamt und dem Zoll der Bundesrepublik Deutschland sowie Österreichs zusammen. Jugoslawien, das früher den Drogen-Transit um horrender Profite willen duldet, erlebt jetzt das Ausbreiten der Suchtsucht unter den eigenen Landsleuten. Auch Bulgarien hat jetzt sein Drogen-Problem. Die (west-)deutsche Zollfahndung, für ihre stille, effektive Arbeit bekannt, hält ferner Kontakte zu Kollegen der Tschechoslowakei, über deren Gebiet ein Abzweig der Balkan-Route in die Bundesrepublik und weiter in die Benelux-Staaten, nach Frankreich und Skandinavien führt. In den Niederlanden sorgen seit vielen Jahren Angehörige der vielstimmigen Auslandskolonie aus Ostasien für Tarnung und Verteilung.

Neben der Balkan-Route werden Rauschgifte auf dem Luftweg und über See nach Europa transportiert. Der größte Teil der aus dem „Goldenen Dreieck“, den Grenzregionen von Thailand, Burma und Laos, stammenden Drogen nimmt nach wie vor seinen Weg zu uns über Kambodscha, die Philippinen, Indonesien, Indien und Nepal. Das Flugziel vieler Schmuggler, Frankfurt am Main, bedeutet jedoch nicht, daß von der Main-Metropole die Ware innerhalb Deutschlands zur Verteilung kommt. Nach Ermittlungen der Behörden verließen in den letzten Jahren nur etwa zehn bis fünfzehn Prozent der Drogen aus dem „Goldenen Dreieck“ in Westdeutschland, verglichen mit 60 Prozent in Frankreich und 40 Prozent in den Niederlanden. Dabei muß allerdings die Dunkelziffer berücksichtigt werden.

Ein weiterer großer Teil des Stoffes wird mit Schiffen in europäische Häfen transportiert. Die ungeheuren

Schwierigkeiten für die Fahnder, Drogen unter der Ladung beim Lösen der Frachten zu entdecken, machen die Umschlagzahlen der Häfen deutlich. In Hamburg, etwa, werden jedes Jahr knapp hundert Millionen Tonnen Fracht umgeschlagen. Rotterdam meldet das Dreifache, nicht zu zählen die Anlandungen riesiger Containerschiffe in anderen großen Häfen Europas, etwa in Southampton, Lissabon, Genua, Triest und im schon genannten Marseille.

Harte Preisschlachten

Von der organisierten Rauschgift-Kriminalität in Amerika droht Europa jetzt nach Angaben der deutschen Fahnder ein noch nicht erlebter Angriff auf den Markt. Südamerikanische Kokainproduzenten liefern sich mit asiatischen Heroin-Exporteuren härteste Preisschlachten und Verdrängungskämpfe. Die Drogen-Geographie Europas muß sich auf neue Zuführungsstraßen aus dem außereuropäischen Bereich einstellen: Die Ware wird auf dem Luft-, See- oder Landweg nach China und in die Sowjetunion eingeschmuggelt und dann von hier aus zu den europäischen Abnehmern transportiert.

Die Polizei in den einzelnen europäischen Ländern sieht übereinstimmend mit den deutschen Behörden drei verschiedene Bereiche im Kampf gegen die Rauschgift-Kriminalität, nämlich Anbau und Produktion, so dann den Transport und schließlich den Konsum. Die deutschen Fahnder versuchen, möglichst gleich an den Anfang des langen Weges zu gelangen, das heißt, in die Erzeugerländer zu gehen, wo Rauschgift hergestellt wird, dann den Transitbereich nach Europa zu kontrollieren, um anschließend im Zusammenwirken mit den nationalen Polizei- und Zolldiensten im Bereich der Konsumenten vorzugehen.

In Schnepfenthal, Vorort von Waltershausen bei Gotha, Guts Muths begann damit bereits 1785 und erweiterte den Platz mit neuen Geräten 1793. „Turnvater Jahn“ ist bekannt, doch sollte man Guts Muths nicht vergessen.

Erich Leiber,
Solingen 1

Kursänderung

Sehr geehrte Damen und Herren,
das Gespräch von Peter Ruge mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses in der französischen Nationalversammlung, François Fillon, zeigt erneut, daß in die französische Sicherheitspolitik Bewegung gekommen ist. Frankreich ist dabei, seine Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu europäisieren. Die Verteidigung Frankreichs soll nicht erst am Rhein, sondern an der Elbe beginnen.

Für Frankreich ist dieses ein revolutionärer Schritt, wenn man bedenkt, daß die Franzosen bisher ihr eigenes Territorium als „Sanktuarium“ bezeichneten.

Aus dieser gedanklichen Neuorientierung der französischen Sicherheitspolitik müssen nun aber auch die praktischen Konsequenzen gezogen werden. Den Worten müssen Taten folgen. Dieses bedeutet insbesondere eine Mitsprache der Bundesrepublik Deutschland bei der nuklearen Einsatzplanung der französischen Streitkräfte, soweit sie deutsches Territorium betreffen. Im Verhältnis Frankreich-Bundesrepublik Deutschland muß es wenigstens eine Zusammenarbeit geben, wie sie in der nuklearen Planungsgruppe der NATO seit langem gegeben ist.

Im Gegenzug sollte sich die Bundesrepublik gegenüber den Plänen der französischen Regierung für die Weltraumfähre „Hermes“ und einen militärischen Beobachtungssatelliten aufgeschlossen zeigen. Nur so können wir Europas Rolle im Bündnis – in Sicherheitspartnerschaft mit den USA – stärken. Auch wir Deutschen müssen zu europäischen Lösungen bereit sein.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Hans-Gert Poettering,
MAEP, CDU

Wort des Tages

„Eine Regierung ist so schlecht, wie die Bürger es zulassen, und so gut, wie sie es erzwingen.“

Pierre Salinger, Journalist und Manager (geboren 1925)

Was die betroffenen Eltern auf keinen Fall tun sollten

Ise und Josef Meyer aus Oberdörfel bei Bonn gründeten einen „Elternkreis drogengefährdeter Jugendliche“, nachdem ihr eigener Sohn süchtig geworden war.

Von HORST STEIN

WELT: Allenbach hat ermittelt, daß das Bewußtsein um die Drogengefahr sehr schwach ausgebildet ist, mit am schwächsten in der Bundesrepublik.

Ise Meyer: Wir müssen einfach sehen, daß das Wissen um Gefahren, und darauf hatte man ja bei uns gebaut, noch lange kein Bewußtsein hervorruft. Im Gegenteil: Die Jugend in einem bestimmten Alter sucht die Gefahr, das ist immer schon so gewesen. Bewußtsein von Gefährdung entsteht erst dadurch, daß man um die eigene Manipulierbarkeit weiß, um die eigene Schwäche auch, daß man Kritikfähigkeit entwickelt gegenüber Verlockungen und Verführungen. Das ist bei uns nicht passiert. Hierzulande hat man Informationen über die Gefahren der Drogen in die Jugend hineingepumpt und geglaubt, nun habe man das Notwendige getan. Das Beispiel dafür ist Christiane F. und der Film „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“. Da ist, wenn auch ungewollt, eher eine Idealfigur produziert worden. Viele Schuldirektoren haben mit Recht lieber nichts getan als das Falsche. Weil die noch gefühlt haben, daß Erziehen gegen etwas nicht geht. Daß man vielmehr Vorbeugung so verstehen muß, daß man für etwas erzieht, zu etwas hinführt: zu einem sinnvollen Erleben, zu einem bewußten Sichentwickeln, zu einem Stolz auf die eigene Persönlichkeit, auf die Einmaligkeit eines jeden Menschen. Man muß vermitteln, daß dieses Ich, und da sind Kinder sehr ansprechbar, einmalig ist in der Weltgeschichte, etwas, das es nie zuvor gegeben hat und nicht noch einmal so geben wird.

WELT: Was sollen Eltern tun, was sollen sie nicht tun?

Ise Meyer: Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet. Die gute Familie ist auch diejenige, die vorbeugend wirken kann, indem sie ihren Kindern hilft, stolz auf sich zu sein und die eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten zu entwickeln. Damit sie lernen, nicht nur das Negative, das Perverse und Kaputte, das über die Medien vermittelt wird, als unser Leben zu sehen, sondern auch das Schöne, das Gute zu erkennen, das, was man an Harmonie selber bewahren und erzeugen kann.

Ich habe auch für ganz, ganz wichtig, daß Kinder auch Mangelerscheinungen, zumindest im Spiel, kennenlernen. Familien sollten überhaupt wieder mehr selber spielen, anstatt spielen zu lassen. Denn jedes selbst-erfundene Spiel ist eine selbst-erfundene Regel. Das sich Unterwerfen un-

ter selbst erfindende Regeln ist ein wichtiger Lernprozeß. All diese Dinge müssen mal wieder bewußt gemacht werden. Da findet Vorbeugung statt. Ich bin überzeugt, wenn das die Familien, die sensibel sind, feststellen und tun, erreichen sie jeweils die Familien der Freunde ihrer Kinder damit. Eine gute Familie ist nicht nur für die eigenen Kinder ein Gravitationspunkt, sondern sie ist es ja auch für die Freunde ihrer Kinder und wieder für deren Familien. Da muß etwas in Gang kommen. Hoffen wir es.

WELT: Was nimmt man wahr, wenn ein Kind süchtig wird? Gibt es Faustregeln?

Ise Meyer: Patentrezepte gibt es in diesem Bereich nicht. Denn die Süchtigkeit ist eine Erkrankung der Persönlichkeit, also immer auch genauso einmalig wie die Person. Deswegen kann man keine allgemeingültigen Dinge sagen. Aber: Wenn ein Kind von sich von seiner bisherigen Verhaltensweise abweicht, dann ist höchste Wach-

ter das eine Möglichkeit gewesen, ihn davon loszubekommen. Aber das Gerichtsverfahren kam erst eineinhalb Jahre später in Gang. Und da war er schon tief in die Sucht verstrickt.

WELT: Manche plädieren dafür, Kinder von einem bestimmten Punkte an bei der Polizei selber zu denunzieren. Einfach, damit sie aus dem Teufelskreis herauskommen.

Ise Meyer: Es kann eine Situation eintreten, daß das letzte Ausweg ist. Es ist immer dann noch eine Chance gegenüber der Straße, das heißt, besser, als die Süchtigen total verkommen zu lassen. Wir haben im Elternkreis in der letzten Zeit häufiger diesen Fall gehabt, daß das Anzeigen das kleinere Übel war. Es ist hart für Eltern, sehr hart. Sie müssen mit Unverständnis, fast Haß rechnen. Und immer wieder geht es dann so, daß junge Polizisten den jungen Leuten dann sagen, weißt du, wem du das zu verdanken hast? Deine eigene Mutter hat dich angezeigt. Im übrigen: Drogenfreiheit bedeutet ja noch nicht Lebensfähigkeit. Deswegen haben wir große Probleme, den Punkt zu nennen, wo es sinnvoll ist, zum Beispiel per Anzeige einzugreifen. Wenn wir mehr gute Therapien wüßten, dann könnten wir das heute machen, vom Gesetz her besteht die Möglichkeit um weitere Therapie statt Strafe.

WELT: Was dürfen betroffene Eltern auf keinen Fall tun? Es gibt wohl auch eine Fehlertypik?

Ise Meyer: Absolut richtig. Wir haben in einem „Elternbuch“ deswegen die „Zehn Gebote“ für betroffene Familien aufgeführt. Wichtig ist eben, daß man Gelassenheit erreicht, daß man sich nicht mehr auf Intuition, nicht mehr auf direkte Liebe verlassen darf. Das ist das Schwerste überhaupt, das man von Eltern verlangen kann. Daß sie nicht mehr nach ihrem Gefühl handeln dürfen, denn dann werden sie zum Suchthelfer und werden aus Angst um das Leben ihres Kindes erpressbar, total – bis zur Beschaffung der Drogen. Der Suchtkranke ist ja sofort kein Liebender mehr. In dem Moment, wo er die Drogen hat, ist er unfähig, zumindest seine Eltern zu lieben.

WELT: Gibt es einen Punkt ohne Wiederkehr?

Ise Meyer: Gibt es nicht, gibt es weder für Eltern noch dürfte es ihn für Theologen geben. Wenn der Kern der Persönlichkeit die Fähigkeit des Menschen ist, sich durch Erkenntnis jederzeit vom Sanktum zum Paulus ändern zu können, dann besteht für jeden Suchtkranken zu jedem Zeitpunkt die Möglichkeit, die Sucht zu überwinden und die freie Entscheidungsfähigkeit wiederzuerlangen. Das ist etwas, was wir aufrechterhalten sollen: soll doch um Gottes willen keiner hingehen und sagen, weil unsere bisher angebotene Hilfsmöglichkeit nicht reicht, ist dem nicht mehr zu helfen. Unser eigener Sohn war aufgegeben von Fachleuten.

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Drogen widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet.“

Personen

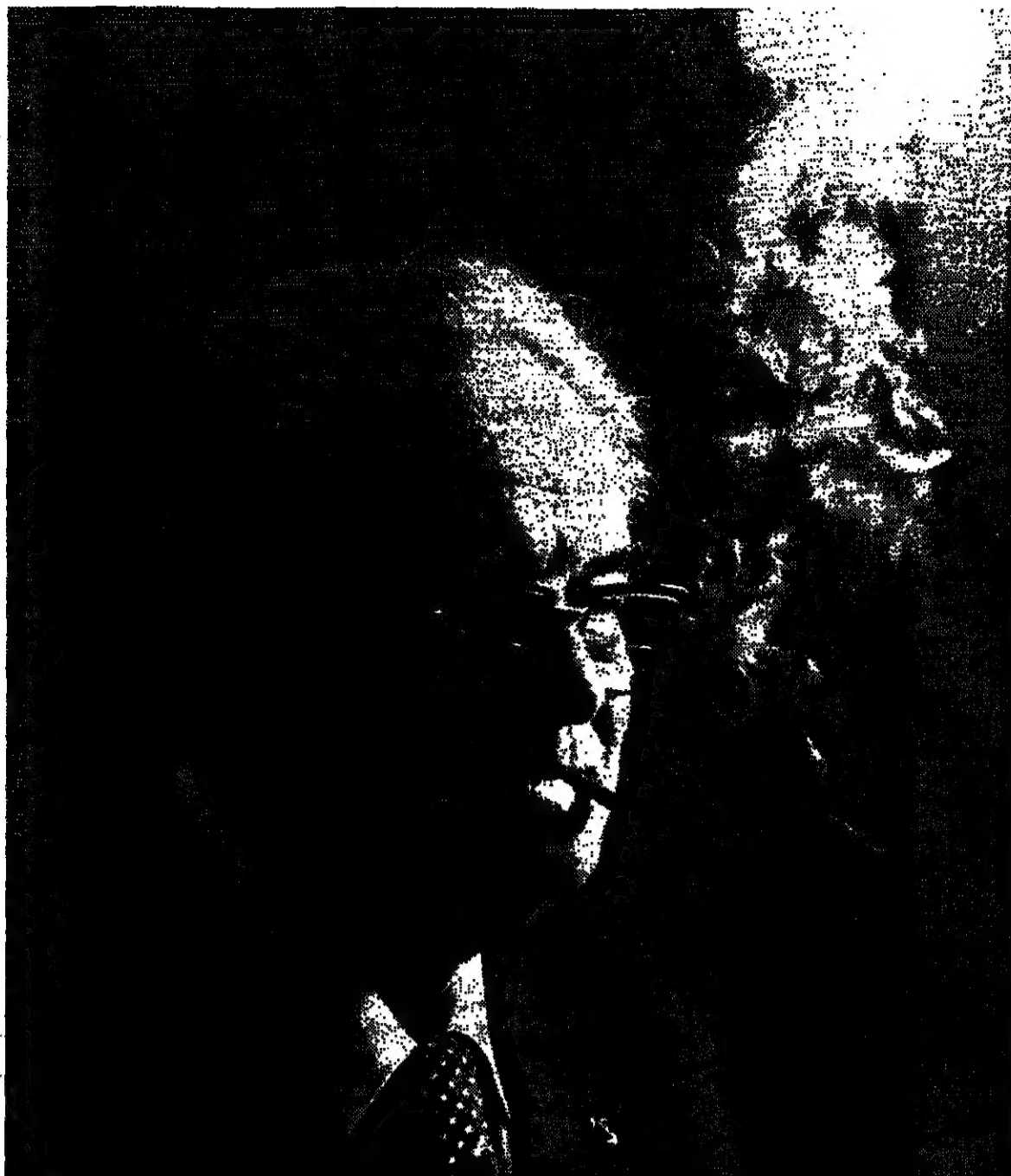
GEBURTSTAG

Deutschlands ältester Kommunalpolitiker, Paul Riegger aus Villigen-Schweningen in Baden-Württemberg,

Der Lebensweg Herbert Wehners muß hier nicht noch einmal erzählt werden. Zu würdigen bleibt die Ernte seiner politischen Lebensarbeit. Den Ertrag mißt man am genauesten, wenn man die Frage zu beantworten sucht: Wo stünde die Bundesrepublik, wo stünde Deutschland, wäre Herbert Wehner in Bonn Kanzler geworden?

Herbert Wehner, wie ihn jeder kennt: Mit qualmen- der Pfeife. Zur Zeit der Großen Koalition schrieb Heinrich Krone, der Vertraute Konrad Adenauers, in sein Tagebuch: „Der stärkste Mann im Kabinett ist Wehner.“ Morgen wird der damalige Minister für gesamtdeutsche Fragen, der jahrzehntelang die Politik der Sozialdemokratie und der Bundesrepublik Deutschland prägte, 80 Jahre alt.

FOTO: RICHARD SCHULZ-VORBERG



Seit seiner Jugend war er auf dem Weg, die Nummer eins zu werden. Es blieb ihm versagt

Von WILFRIED HERTZ-RICHENRODE

Bundeskanzler kam er niemals werden. Mit diesem Satz begann Günter Gaus 1986 sein Buch über Gespräche mit Herbert Wehner.

Er blieb in Bonn, auch in der SPD, der ewige Zweite, obwohl er, der deutsche Kommunist, 1942 im Wortsinne hinter schwedischen Gardinen radikal mit Stalin gebrochen und die kommunistische Partei in Westdeutschland hatte. Als im Frühjahr 1983 mit Helmut Kohl die Wende kam, ging Wehners Bonner Zeit zu Ende. Das bühnische Alter hilft ihm ein in Stille. Am Freitag wird er 80 Jahre alt.

Das Zeug zur „Nummer eins“, wie er Kanzler Brandt zu nennen pflegte, hatte Wehner. Als von Ende 1988 bis 1989 am Tisch der Großen Koalition Kanzler Kiesinger, der Emigrant Brandt als Außenminister und der „Gebrannte“ Wehner als Minister für gesamtdeutsche Fragen die Dreieinigkeit einer inneren Aussöhnung unseres Volkes nach Hitler, Krieg und Orkus verkörperten, schrieb Heinrich Krone, der Vertraute Konrad Adenauers, in sein Tagebuch: „Der stärkste Mann im Kabinett ist Wehner.“

Seit seinen jungen Jahren war Wehner allezeit auf dem Wege, der stärkste Mann zu werden, von 1942 in der KPD nicht anders als von 1949 an in der SPD. In der Sozialdemokratie war er streckenweise nach Einfluss und Durchsetzungskraft der „Mischlingste“. Das erklärt zu einem wesentlichen Teil sein zerrüttetes Verhältnis zu Willy Brandt.

Folgt man Klaus Harpprecht, der Wehner mit den Augen Brandts sah, dann hat Wehner es nie verwunden, daß Brandt, „der Unterwerfung unter den Moloch einer totalitären Ideologie und der Versklavung an einen totalitären Apparat entgangen“, daß ihm das unheilbare Trauma des Bruchs mit der Vergangenheit und der peinvolle Prozeß einer Konversion erspart“ geblieben war. Harpprecht zieht noch 1981 Wehner einer Art von „Urbau“ gegen den Genossen“, weil an Brandt der „Makel des Glücklichen haften“.

Sollte Wehner an dem sein, was Harpprecht der Empfindsamkeit Wehners an Menschlich-Allzumenschlichem zuschrieb, es gab eines Menschen Schicksals, das Wehner mit der eigenen Lebensnot und mit dem Leben Brandts hätte aussöhnen müssen. Es war das exemplarische Schicksal eines Mannes, von dem Wehner sagt, er habe ihn verehrt und geliebt: Kurt Schumacher. Wehner selbst würdigte ihn als den „leidigsten Mann mit der Armpartition im Ersten Weltkrieg, mit elf schrecklichen Gefangnis- und Konzentrationslagerjahren und mit der Beinamputation von 1948“. Bis zu seinem Tod 1952 blieben Geist und Wille Kurt Schumachers ungebrochen.

Nach dem Krieg hätte Wehner der Versuchung zur Patentlösung erliegen können, sich mit seiner Vergangenheit zu arrangieren, indem er dem Sozialistenraum von der Einheitspartei nachließ - wie so viele Sozialdemokraten, wie auch Willy Brandt. Doch seine Erfahrungen peitschten ihn zu einer anderen Konsequenz. An der Seite Schumachers kämpfte

er gegen die Kommunisten, um sie daran zu hindern, die Sozialdemokratische Partei - wie er es ausdrückt - zu okkupieren oder auszulöschen mit ihrer „Einheitspartei“. Es ist das historische Verdienst Kurt Schumachers, die SPD im freien Teil Deutschlands vor der Selbstauflösung bewahrt zu haben, die sie in der Sowjetzone unter Kusek der „Sozialistischen Einheitspartei“ (SED) zu vollziehen hatte.

Hier setzt jene Entwicklungsbahn im politischen Handeln Wehners an, die Kanzlerformat ausweist. Die Aufgabe, die er sich stellte, hieß: Versöhnung der Arbeiterklasse mit dem demokratischen Staat, Beendigung des zerstörerischen Feind-Feind-Verhältnisses zwischen den beiden großen Parteien Union und SPD im noch wenig gefestigten freien Gemeinwesen der Deutschen.

Eine zweite Entwicklungsbahn nahm ebenfalls bei Schumacher ihren Anfang. Sie bündelte die erregbaren Energien Wehners auf das Ziel der Einheit Deutschlands; in der Kompression seines Willens auf dieses Ziel offenbarte sie zugleich die Grenzen des Politikers Wehner. Kurt Schumacher verstand die Wiedervereinigung als unmittelbare Aufgabe. Auf sie schwor er sich selbst und die SPD ein.

Zum ersten Mal verknüpfte sich die beiden Linien in den Jahren 1959 und 1960. Auf dem Godesberger Parteitag 1959 erreichte Wehner als Anführer des Zweifelhins, überloyalen Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer die erste Station zur Aussöhnung der in der Arbeitertradition stehenden Partei mit dem demokratischen Staat.

Im gleichen Jahr paukte er in der SPD seinen Deutschlandplan durch, mit dem er die Zukunft Deutschlands in einem neutralisierten Mitteleuropa dem Clinch der SPD mit der SED anheimgeben wollte, wohl in der Vorstellung, daß als gesamtdeutsches Ergebnis irgendeine, jedenfalls sozialistische Konvergenz herauskommen werde. Dabei achtete er gering, daß der SPD ohne Absicherung im Westen eine Kraftprobe nicht nur mit der SED, sondern vor allem mit der Sowjetunion, ihren machtpolitischen Mitteln und Methoden zumutete.

Am 30. Juni 1960 warf Wehner mit einer unvergessenen Parlamentsrede seinen Deutschlandplan eigenhändig in den Papierkorb der Geschichte. Nach der geplatzten Pariser Gipfelkonferenz erklärte er zur Überraschung aller seiner Genossen, die SPD gebe fortan davon aus, daß das europäische und atlantische Vertragsystem „Grundlage und Rahmen für alle Bemühungen der deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik ist“. Im Alleingang zwang Wehner die SPD auf den Kurs Konrad Adenauers.

Diese Rede war ein Meisterstück. Ihr politischer Sinn erschloß sich erst im nachhinein. Ohne diese Rede wäre 1968 die Beteiligung der SPD an der Regierung in der Großen Koalition

nicht möglich gewesen, folglich 1969 auch nicht die Kanzlerschaft Brandts. Ohne diese Rede wäre auch die Ostpolitik Brandts nicht möglich gewesen; denn sie schuf die Voraussetzung zur Absicherung im Westen.

Um auf die beiden Linien der Politik Wehners zurückzukommen: So sehr die Große Koalition und die Kanzlerschaft Brandts und Schmidts die Aussöhnung der Sozialdemokratie mit dem Staat des Grundgesetzes vollendeten, so sehr drängen sich in der Rückschau Zweifel auf, ob Wehner mit seiner Rede von 1960 nicht im Schilde führte, die Westorientierung mit der späteren Ostpolitik zu korrigieren.

Zu solchen Zweifeln gab Wehner mehrfach Anlaß. Niemals war es seine Absicht, die Ostpolitik Egon Bahr zu überlassen. Er wollte sie in der Großen Koalition unter Kiesinger eigenhändig auf den Weg bringen. Aus diesem Grunde führte er sich überbühnt, als Brandt und Scheel mit ihrem Coup in der Wahlnacht 1969 auf schwankendem Grund die sozial-liberale Koalition errichteten. An der Konzeption der Ostpolitik des Kanzlers Brandt bestreitet die Brandts-Crew Wehner jedes Verdienst. Gleichwohl leistete er als Fraktionschef der Kanzlerpartei Menschenmögliches, wenn nicht mehr, zur parlamentarischen Durchsetzung der Ostverträge.

Jetzt tat er auch das Äußerste, um die ungeliebte Koalition mit der FDP zu retten. Seine Rolle stieg gegen den sowjetischen Raketen-Aufmarsch in Europa auf die internationale Tagesordnung gesetzt hatte. Wehner feuerte eine Breitseite auf das Auswärtige Amt ab, das bei den MBFR-Verhandlungen in Wien fruchtlos Duten austauschte. Trotz Breschnevs Überbrückung in Europa bestritt er, daß von der Sowjetunion eine Bedrohung ausgehe: „Das, was sie hat, über das muß man sehr streiten, muß man mit ihr rechten und linken. Aber das alles ist defensiv und nicht Aggression.“ Die Wende in Bonn entschied auch dieses Kapitel gegen Wehner.

Wo also stünde die Bundesrepublik, wo stünde Deutschland, wäre Wehner in Bonn Kanzler geworden? Sein Werk, die Partei der Arbeitnehmer mit dem demokratischen Staat auszusöhnen, hat vor der Geschichte Bestand. In der Deutschland-, Ost- und Außenpolitik blieb er ein Dresdner, seiner Herkunft, seinem politischen Werdegang, seiner Vergangenheit merkwürdig verhaftet. Trotz seiner Rede vom Juni 1960 verharnte er in der Denkweise eines nach Osten gewandten Kontinentaleuropäers, der keine Phantasie aufbringt für atlantische Politik und Völker, für eine Politik über alle Meere hinweg. Daran ist er gescheitert und daran wäre er auch als Kanzler gescheitert.

Ein gültiges Geschick hat ihn vor dem hohen Amt bewahrt. Die Affäre Guillaume hätte auch ihn ereilt. Gerade ihm hätte sie noch tiefere Wunden geschlagen als dem Bundeskanzler Brandt.

Feind-Verhältnis, das Wehner mit der Großen Koalition überwunden zu haben glaubte.

Die Reisen zu Honecker und in die Sowjetunion waren schon von der Spionage-Affäre Guillaume überschattet. Vielleicht erklärt dies, warum Wehner von sowjetischem Boden aus Kanzler Brandt auf die ungewöhnlichste Art attackierte. Er fand, daß Brandt den Wahlsieg fühlerschwach verpönte, daß der Kanzler zuzieh, wie das Auswärtige Amt unter Walter Scheel, alte Politik in neuen Verträgen“ betrieb und „draufgalt“. Nach Abschluß der Ostverträge sah er die Außenpolitik Schwachs von der Ost- zur Westpolitik zurückpendeln. So hatte er am 30. Juni 1960 mit seiner Rede im Bundestag nicht gewartet.

Das schmerzhafteste Ende seiner gestürzten Beziehungen zu Brandt kam ein halbes Jahr später (Mai 1974) in Münster. Sagen wir es mit dem Worten Harpprechts:

„Nach dem fatalen Moskauer Impromptu, als er über seinen Kanzler vor den Ohren deutscher Journalisten (und des abhörenden sowjetischen Geheimdienstes) gespottet hatte, der gehöre zu jenen, die „gerne lau baden“, hat er mit der Devotion einer gestrauchelten Pfarrfrau, Brandt möge es noch einmal mit ihm versuchen. Dies war der Anfang vom Ende. Brandt bestieg seinen Sturz, als er den geheuchelten Frieden akzeptierte. Den Rest besorgten Guillaume und die Erschöpfung.“

Ist mit dem Sturz Willy Brandts auch Wehner gescheitert? Kanzler Schmidt gab der Bonner Politik andere Akzente. 1979 schlug Herbert Wehner noch einmal zu. Das war zwei Jahre nachdem Schmidt die Nachricht gegen den sowjetischen Raketen-Aufmarsch in Europa auf die internationale Tagesordnung gesetzt hatte. Wehner feuerte eine Breitseite auf das Auswärtige Amt ab, das bei den MBFR-Verhandlungen in Wien fruchtlos Duten austauschte. Trotz Breschnevs Überbrückung in Europa bestritt er, daß von der Sowjetunion eine Bedrohung ausgehe: „Das, was sie hat, über das muß man sehr streiten, muß man mit ihr rechten und linken. Aber das alles ist defensiv und nicht Aggression.“ Die Wende in Bonn entschied auch dieses Kapitel gegen Wehner.

Wo also stünde die Bundesrepublik, wo stünde Deutschland, wäre Wehner in Bonn Kanzler geworden? Sein Werk, die Partei der Arbeitnehmer mit dem demokratischen Staat auszusöhnen, hat vor der Geschichte Bestand. In der Deutschland-, Ost- und Außenpolitik blieb er ein Dresdner, seiner Herkunft, seinem politischen Werdegang, seiner Vergangenheit merkwürdig verhaftet. Trotz seiner Rede vom Juni 1960 verharnte er in der Denkweise eines nach Osten gewandten Kontinentaleuropäers, der keine Phantasie aufbringt für atlantische Politik und Völker, für eine Politik über alle Meere hinweg. Daran ist er gescheitert und daran wäre er auch als Kanzler gescheitert.

Ein gültiges Geschick hat ihn vor dem hohen Amt bewahrt. Die Affäre Guillaume hätte auch ihn ereilt. Gerade ihm hätte sie noch tiefere Wunden geschlagen als dem Bundeskanzler Brandt.

Reinheitsgebot auch für die Luft

Eine Brauerei startet jetzt als erster Industriebetrieb eine Rauchgas-Entstickungsanlage

Von PETER SCHMALZ

Professor Hans Maier begab sich auf fremdes Gebiet. Ein Kultusminister, meinte der CSU-Politiker, habe nicht oft Gelegenheit, eine technologische Neuentwicklung vorzustellen und sie gleichzeitig zur Erprobung und Praxisnutzung zu übergeben. Aber weil die Staatsbrauerei Weihenstephan ein Teil der Technischen Universität München ist und somit der Kultusminister als oberster Dienstherr der dortigen Brauer fungiert, durfte er den Knopf drücken, als dort eine Anlage in Gang gesetzt wurde, die bisher einmalig auf der Welt ist und für eine saubere Luft sorgen soll: Erstmals läuft die Kraftwerksanlage eines Industriebetriebs mit einer katalysatorunabhängigen Rauchgasentstickungsanlage.

Die Entstickung großer Kraftwerke, die zumeist noch mit gleichbleibender Temperatur laufen, ist technisch kein Problem mehr, zahlreiche derartige Anlagen sind in der Bundesrepublik bereits in Betrieb oder im Bau. Anders bei kleineren Anlagen in Industriebetrieben. Hier scheitern nicht nur die hohen Investitionskosten des Katalysators ab, auch der häufig wechselnde Wärmebedarf bereitet den Technikern Kopfzerbrechen. In der Weihenstephaner Brauerei zum Beispiel, die im Jahre 1940 gegründet wurde und sich deshalb „älteste Brauerei der Welt“ nennt, muß der Feuerungskessel mehrmals am Tag zum Sudbrauen hochgefahren und kurz darauf wieder heruntergeschaltet werden.

Mit einem Forschungs- und Demonstrationsprojekt, das den umständlichen Titel „Abscheidung von Stickoxiden aus Rauchgasen schwerölfeuerter Flammrohrkessel mittels Ammoniakendüngung“ trägt und vom Bundesministerium für Forschung und Technologie mit 1,12 Millionen Mark unterstützt wird, scheint das Problem technisch gelöst zu sein und dabei in einem auch für mittlere Betriebe akzeptablem Kostenrahmen zu bleiben.

Das Ammoniak (NH₃) wird dabei mittels einer Lanze in das Flammrohr des Kessels eingedüst. Da die beste Umwandlung der in der Flamme gebildeten Stickoxide mit NH₃ zu den ungefährlichen Substanzen Stickstoff und Wasserdampf bei einer Temperatur von 1000 Grad geschieht, spritzt die Lanze das Ammoniak exakt an dieser Temperaturstelle in die Flamme.

Wenn aber der Kessel mit niedriger Temperatur gefahren wird, verkleinert sich die Flamme, und der 1000-Grad-Punkt verlagert sich. Eine computergesteuerte Anlage, die von der Firma Saacke in Bremen entwickelt wurde, ermittelt anhand der zur Verbrennung eingegebenen Ölmenge die jeweilige Lage dieses Punktes und läßt die Lanze mit Hilfe eines kleinen Antriebsmotors zu der gewünschten Stellung vor- oder zurückfahren. Ein im Rauchabzug eingesetzter Fühler analysiert zudem über ein elektronisches Labor automatisch die restliche Stickoxidgehalt und reguliert bei zu

hohen Werten den eingedüsten Ammoniakteil.

Bei Schwerölbrennungen dieser Größenordnung enthält ein Kubikmeter Rauchgas ungefähr 800 Milligramm (mg) Stickoxid. Der nach der neuen „Technischen Anleitung (TA) Luft“ zulässige Wert beträgt 450 mg. Die Weihenstephaner Anlage reduziert die Emissionsmenge auf Werte

unter 300 mg. Zudem fallen keine festen oder flüssigen Rückstände an, die entsorgt werden müßten.

Der Lehrstuhl für Energiewirtschaft der Lebensmittelindustrie in Weihenstephan wird unter Leitung von Professor Roland Meyer-Pittroff das Forschungsprojekt in den nächsten drei Jahren gemeinsam mit den Firmen Saacke und Kraftwerk Union durchführen. Als Ziel nannte Kultusminister Meier, „diesem Verfahren zum Nutzen unserer Umwelt kurzfristig zum industriellen Durchbruch zu verhelfen“.

DIE WELT
bringt jeden Samstag viele
Seiten Stellenanzeigen für
Fach- und Führungskräfte.
**Nutzen Sie
Ihre Chancen!**

01-021

Langer Weg zum ungetrübten Naß

Das UNO-Programm zur Säuberung des Mittelmeeres zeigt erstmals kleine Erfolge

Von URSULA DIEPGEN

Das Mittelmeer wird sauberer, wenn auch nur langsam. Ur- lauber können damit rechnen, Wasser und Sand gereinigt vorzu- finden als früher. Diese Auffassung teilen jedenfalls die Experten der Vereinten Nationen auf Grund erster Ergebnisse eines Umweltprogramms für das Mittelmeer. Bereits im Jahre 1975 hatten sich 17 der 18 Anrainerstaaten zusammengeschlossen, um mit gemeinsamen Aktionen der zunehmenden Verschmutzung dieses Seegebietes entgegen zu wirken.

Aldo Manos, der italienische Leiter der Planungsgruppe, versichert: „Rings um das Mittelmeer gibt es viele Fortschritte bei den Bemühungen, Wasser und Sandbuchten sauberer, sicherer und gesünder zu machen.“ Für die Menschen sowie für Fische und Schalentiere mit ihren Brutplätzen. Das bedeutet natürlich nicht, daß das Mittelmeer jetzt als gesünder und ideal anzusehen ist, schränkt Manos allerdings ein. „Aber die Lage ist besser geworden und verbessert sich zunehmend.“ Allerdings klagt Manos ebenso wie der jugoslawische Experte Dr. Ljubomir Jetic über die Trägheit mit der die Pläne verwirklicht werden.

Deutliche Fortschritte hat man bei der Entsorgung von städtischen Abwässern erzielt, die lange Zeit fast ausnahmslos ungesäubert ins Mittelmeer abgelassen wurden. Heute sind mindestens 30 Prozent dieser Abwässer geklärt, bevor sie in die See geleitet werden, erklärt Manos.

Umfangreiche Kläranlagen sind gegenwärtig in mehreren mediterranen Großstädten im Bau. So entsteht auf dem Inselchen Patialia vor Piräus ein Entsorgungsprojekt für den Großraum Athen mit fast vier Millionen Einwohnern. Istanbul hat ein 200-Millionen-Dollar-Projekt zur Säuberung des Goldenen Horns eingeleitet. In den nächsten Wochen werden Experten des UNO-Umweltprogramms (UNEP) in Alexandria Möglichkeiten zur gefahrlosen Beseitigung der Ab-

wässer der ägyptischen Küstenstadt untersuchen.

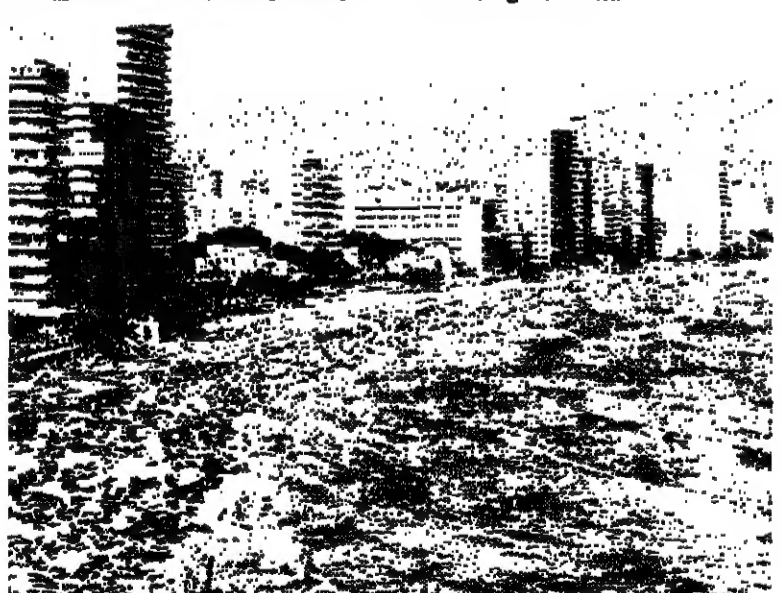
Als Beispiel für das Umdenken der Mittelmeerländer werden die Umweltexperten einen im April geschlossenen Vertrag zwischen den jugoslawischen Küstenstädten Neum und Dubrovnik. Er sieht den Bau einer 17 Kilometer langen Pipeline vor, mit dem geklärte Abwässer in die Adria geleitet werden sollen. Die Stadt Neum kann dadurch ein Projekt für Hotelbauten an der Küste verwirklichen, ohne dabei Dubrovniks Pläne für eine gesteigerte Produktion von Schalentieren in der Mali-Don-Bucht zu stören, in die Neums Hotelabwässer ursprünglich fließen sollten.

Im letzten Herbst haben sich die Regierungen der Anrainerstaaten darüber hinaus verpflichtet, bis 1995 in allen 90 Küstenstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern Kläranlagen zu bauen. Außerdem beschlossen sie den Bau von Anlagen zur Beseitigung von Ölresten und verschmutztem Ballastwasser von Tankern und ande-

ren Schiffen. Gegenwärtig besitzt nur die Hälfte der 18 Häfen im Mittelmeer solche Einrichtungen.

Schon heute ist die Verschmutzung des Mittelmeeres durch Öl nach Angaben von Aldo Manos geringer geworden. Und zwar nicht nur weil weniger Erdöl befrachtet wird und sich zum Glück weniger Tanker-Unfälle im Mittelmeer ereignen haben. Vielmehr ist seit 1983 das Auswaschen von Tankern im Mittelmeer verboten. Bei Verstößen müssen Kapitäne mit hohen Geldbußen rechnen.

Als vielversprechend werden die Experten, daß sich die Mittelmeerstaaten geeinigt haben, die von der Weltgesundheitsorganisation festgelegten Qualitätsnormen für Badewasser anzuwenden. Neuerdings hoffen die Umweltschützer, daß sich auch noch Albanien dem Kampf der 17 anderen Anrainer gegen die Verschmutzung des Mittelmeeres anschließen wird. An der letzten Konferenz haben erstmals albanische Beobachter teilgenommen.



Baden im Schatten der Hochhäuser. Wer weiß, ob hier nicht ungeklärte Abwässer eingeleitet werden? FOTO: CAMERA PRESS

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Nasa-Sicherheit

Cape Canaveral (dpa) - Die US-Raumfahrtbehörde Nasa hat, den Empfehlungen der „Challenger“-Untersuchungskommission folgend, ein neues Büro für Sicherheit, Zuverlässigkeit und Qualitätskontrolle eingerichtet. Wie Nasa-Chef James Fletcher mitteilte, soll das unabhängige Büro ihm direkt berichten. Leiter wird der langjährige Mit-

ben am Dienstag in Münster die Inker zum Ausdruck gebracht. Vor Journalisten äußerten Sprecher des Inker-Landesverbandes von Westfalen-Lippe, daß nunmehr auch der Bestand der Pflanzenwelt erheblich bedroht würde, da rund 80 Prozent der auf Fremdbestäubung angewiesenen Pflanzen vom Bienenflug abhängig seien. Seit 1950 ist in Westfalen-Lippe die Zahl der Bienenstöcke um 40 000 zurückgegangen. Begründet wird dieser Rückgang vor allem durch den Befall der Bienenstöcke durch die Varroa-Milbe.

Solar-Wasserstoff

München (VWD) - Die „ersten Strukturen“ eines Projekts „Solar-Wasserstoff“ hat die Bayerwerk AG (München) zusammen mit Dr. Ludwig Boelkow und Vertretern der Systemtechnik GmbH festgelegt. Ziel des Projekts ist die Gewinnung von Wasserstoff aus Wasser mit Hilfe von Solarstrom. Der über Elektrolyse aus Solarzellen gewonnene Wasserstoff soll als Energiespeicher und -träger dienen.

Raumfahrt in Brasilien

Sao Paulo (dpa) - Brasilien will von 1989 bis 1992 vier eigene Forschungssatelliten im Weltraum pla-

zieren sowie eigene Träger Raketen entwickeln und von einer Basis im nördöstlichen Bundesland Maranhão abschießen. In einem am Montag veröffentlichten Interview der Zeitung Folha de Sao Paulo erklärte der Leiter des brasilianischen Welt-

Samstag auf der Wissenschaftsseite

„Heulerfunk“ - Harald Steinert berichtet, wie in der Nordsee die Seehund-Wanderungen verfolgt werden.

„Kometenregen“ - Stammt das Wasser unserer Meere möglicherweise aus dem All? Von Arno Nödechen.

„Genesungsurlaub für das Herz“ - Ein Beispiel für fachübergreifende Forschung von Rolf H. Simen.

raumforschungsinstituts (INPE), Marco Antonio Raupp, Brasilien habe auf dem Gebiet der Satelliten in Lateinamerika die führende Position eingenommen und werde in der Lage sein, künftig Weltraumtechnologie zu exportieren.

In Lusaka ein kühler Empfang für Minister Howe

AP, Lusaka

Ein kühler Empfang ist gestern in Sambia dem britischen Außenminister Sir Geoffrey Howe bereitet worden, der im Auftrag der Europäischen Gemeinschaft eine Reise ins südliche Afrika angetreten hat. Der sambische Präsident Kenneth Kaunda hat sich zu einem Gespräch mit Howe nur deswegen bereitgefunden, weil der britische Minister die zwölf EG-Mitgliedsstaaten vertritt.

Kaunda hat auf einer Pressekonferenz die westlichen Länder erneut zu Wirtschaftssanktionen gegen das Apartheid-Regime in Südafrika aufgefordert. Wenn sich der Westen weiter gegen Sanktionen sperre, würden sich die Lage in dem Land noch verschlimmern und „alle Investitionen in südlichen Afrika in Flammen aufgehen“.

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher lehnt zwar weiterhin generelle Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika ab, befürwortet jedoch begrenzte Sanktionen mit „Signalwirkung“, beispielsweise die momentane Sperre für neue Kredite. Umfassende Wirtschaftssanktionen würden dagegen dazu führen, daß mehrere hunderttausend Schwarze arbeitslos und viele schwarze Kinder verhungern würden. Sie gab bekannt, daß inzwischen ein Treffen zwischen dem südafrikanischen Präsidenten Botha und dem britischen Außenminister Howe vereinbart worden sei.

Die Bundesmarine sucht ein neues Seeflugzeug

„Militarisierte“ Version des Airbus ist aber nicht geeignet

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Das seit Jahrzehnten bei der deutschen Marine im Dienst genutzte Seeaufklärungsflugzeug „Bréguet Atlantic“ soll in den neunziger Jahren von einem neuen Modell abgelöst werden. Untersuchungen zu der Frage, welches Flugzeug dafür in Frage kommen kann, wurden schon vergangenes Jahr vom Bundesverteidigungsministerium eingeleitet. Zur Forschungsfinanzierung stehen der Hardthöhe fünf Millionen Mark bereit. Das Projekt mit dem Titel „MPA 90“ (die Abkürzung steht für Maritime Patrol Aircraft), befindet sich im Stadium der sogenannten Konzeptphase. In dieser wurden bis vor kurzem vier Möglichkeiten untersucht: die „Atlantic 2“ von der Firma Dassault, die von der französischen Marine beschafft werden soll; eine von Dornier vorgeschlagene Kombination der Flugzeugzelle der „Atlantic 2“ mit vor allem aus den USA stammender elektronischer Ausrüstung; die von der US-Firma Lockheed weiterentwickelte „PC 3-Orion, Update 4“ sowie schließlich eine „militarisierte“ Version des „Airbus A-320“.

Der von SPD-Abgeordneten aus dem Haushalts- und Verteidigungsausschuß des Bundestages geäußerten Kritik, das Parlament sei nicht vom Plan informiert worden, ei-

nen der Airbus-Typen zu „militarisieren“, hielt die Hardthöhe entgegen, die Information der Ausschüsse stehe am Beginn der sogenannten Definitionsphase für das „MPA 90“. Diese schließt sich der Konzeptphase an und solle 1987 planmäßig beginnen.

Tatsächlich ist auf Anregung der Marine inzwischen von Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) in München geprüft worden, ob sich die Version A-320 des Airbus für ein MPA 90 eignen würde. Als Grund dafür wurde vom Ministerium vor allem die Absicht genannt, künftig möglichst viel europäische Technologie für die Ausrüstung der europäischen Streitkräfte in der NATO zu nutzen. Die von MBB gemachten Untersuchungen hätten aber ergeben, daß die Airbus-Version technisch für die Aufgaben als Seeaufklärer und U-Bootjäger nicht geeignet sei. MBB ist mit 37,9 Prozent Anteilen an der Airbus Industrie beteiligt, die das Verkehrsflugzeug seit Jahren mit Erfolg für den Weltmarkt baut. Frankreich hat einen gleich hohen Anteil, Großbritannien besitzt 20 Prozent und Spanien 4,2. Die noch bei der Bundesmarine geflogene „Bréguet Atlantic“ hat eine Reichweite von rund 9000 Kilometern und ist mit Wasserbomben und U-Jagd-Torpedos auch für die U-Boot-Bekämpfung geeignet.

Der Dichter aus Peru mahnt Westeuropa

gba, Bonn

Für eine „Diskriminierung“ der Diktaturen in Lateinamerika durch die westeuropäischen demokratischen Regierungen hat sich der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa ausgesprochen. Bei einer Veranstaltung der CDU zum Thema „Literatur und Politik in Lateinamerika“ sagte Vargas, die Demokratie Westeuropas, auch die Bundesrepublik Deutschland, „können nicht dieselbe Politik gegenüber Pinochet und Castro führen, die sie gegenüber den demokratischen Regierungen in Peru oder Argentinien führen“.

Unverständnis äußerte Vargas, wie schon in seinem Interview mit der WELT (Ausgabe vom 8.7.), in welchem Umfang Nicaragua zu einem „Mythos“ für den „Romantismus“ der westeuropäischen linken Intellektuellen geworden ist. Für ihn sei das „bewegendste Moment“ des heutigen Lateinamerika, daß die Demokratien auf dem Subkontinent – es gebe nur noch die vier Diktaturen Kuba und Nicaragua sowie Chile und Paraguay – zum erstenmal von der Masse ihrer Bevölkerungen wirklich getragen werden.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler appellierte an die westlichen Demokratien, vor allem in Europa und den USA, auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Lateinamerika zu verbessern.

Bonn dringt auf Lösung der UNO-Finanzprobleme

Generalsekretär Perez de Cuellar in Bonn / Strukturreform

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat sich gegenüber UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar dafür eingesetzt, daß die Interessen der großen Beitragszahler in den Vereinten Nationen besser als bisher gewahrt werden. Er bezog dies ausdrücklich auch auf die Bundesrepublik Deutschland, die nach Genschers Worten der viertgrößte Beitragszahler der UNO ist und „einen beträchtlichen internationalen Solidaritätsbeitrag für die Existenz der Vereinten Nationen leistet“.

Mit diesem unverblümten Hinweis schnitt der Außenminister bei einem Abendessen das heikelste Thema des dreitägigen Besuchs von Perez de Cuellar in Bonn an. Genscher: „Den Vereinten Nationen fehlt Geld. In diesem Jahr sind es etwa 100 Millionen Dollar, im nächsten Jahr wird die Lage nicht besser, sondern schlechter. Sie, Herr Generalsekretär, haben darauf mit zum Teil sehr schmerzhaften Sparmaßnahmen reagieren müssen.“ Das genüge aber nicht. Vielmehr müsse der „Mechanismus zur Entscheidungsfindung über das UNO-Budget“ verbessert und „wieder eine breitere Basis der Zustimmung zu zentralen Budgetfragen“ gefunden werden.

Darüber hinaus, so fuhr Genscher fort, sei es dringend notwendig, „ein ganzes Paket struktureller Reformen“ in Angriff zu nehmen. „Es geht um die Vermeidung von Doppelarbeit, die Koordinierung im UNO-System, um Wiederholungen in den verschiedenen Gremien und Organen auszuschließen, um die Politisierung von Fachorganisationen zu vermeiden, kurzum, es geht um eine Steigerung der Effizienz des UNO-Systems.“

Nach diesen Forderungen hatte der Vizekanzler dem Gast aber auch ein angenehmes Präsent zu bieten: Er forderte ihn auf, am Jahresende „trotz einer Reihe von entmutigenden Erfahrungen“ noch einmal für das Amt des Generalsekretärs zu kandidieren und fügte hinzu: „Wir unterstützen Sie.“

Perez de Cuellar war gestern nachmittag von Bundeskanzler Helmut Kohl mit militärischen Ehren empfangen worden. Außerdem mit Kohl und Genscher traf er auch mit Bundespräsidenten-Jenninger und Bundespostminister Schwarz-Schilling zusammen. Gesprächsthemen waren neben den UNO-Finanzproblemen der Krieg zwischen Iran und Irak sowie die Konflikte in Afghanistan, Naher Osten und Namibia.

Heute wird Perez de Cuellar die Ehrendoktorwürde der Universität Osnabrück entgegennehmen. Für morgen ist ein Empfang bei Bundespräsident Weizsäcker vorgesehen.

Geheimdienstchef gibt strafbares Handeln zu

AP, Tel Aviv

Der frühere Chef des israelischen Inlandgeheimdienstes, Abraham Shalom, hat zugegeben, daß er sich im Zusammenhang mit der Tötung von zwei gefangenen palästinensischen Terroristen durch Soldaten und Polizisten im Jahr 1984 strafbar gemacht habe. In einer eidesstattlichen Erklärung für den Obersten Gerichtshof stellte Shalom fest, das Eingeständnis ergebe sich aus seinem Amnestie-Gesuch. Shalom schrieb, das Gnadengesuch sei nicht als juristische Rechtfertigung gedacht, sondern habe die Umstände seines Handelns erläutern sollen. Shalom war im Juni von seinem Amt zurückgetreten und hatte dafür von der Regierung Verzeihung von einer Strafverfolgung zugesichert bekommen, offenbar aus Sorge vor einer heiklen Untersuchung des Vorfalles.

Das Gericht befaßt sich mit fünf Beschwerden gegen die von Staatspräsident Chaim Herzog verhängte Begnadigung Shaloms, eines anderen Beamten und zweier Rechtsberater des Geheimdienstes. Die Beschwerden föhnen machen geltend, der Staatspräsident habe nicht das Recht, Personen zu begnadigen, die noch gar nicht verurteilt worden seien oder ob eingetragenes Unrecht noch nicht einmal eingestanden hätten. Das Gericht hat die Regierung aufgefordert, bis nächste Woche ihr Verhalten zu erläutern.

Koalition in Paris droht der Verlust der Mehrheit

Wahlergebnisse in zwei Departements annulliert

JOCHEN LEIBEL, Paris

Mit einer spektakulären Entscheidung hat der französische Verfassungsrat die politische Sommerpause unterbrochen. Die höchste zuständige Instanz des Landes annullierte in zwei Departements die Ergebnisse der Wahl vom 16. März, und zehn Parlamentarier müssen nun auf ihren Sitz in der Pariser Nationalversammlung verzichten. Innerhalb von drei Monaten muß in den beiden Bezirken neu gewählt werden.

Die Gründe für die Annullierung sind sehr verschieden. Wahlbezirk jedoch ist dasselbe, Frankreich, das nach dem 16. März für mindestens zwei Jahre auf politische Wahlruhe hoffte, wird erneut zu einem erbitterten Zweikampf zwischen dem linken und dem rechten Lager gezwungen.

Die Ungültigkeitserklärung für einen der beiden korsischen Wahlkreise kam nicht überraschend. Wahlbezirk gehört auf der Insel Korsika zur Tradition. Früher hatte man einfach unliebsame Wahlen ins Meer geworfen. Diesmal hatte man bei der Briefwahl „manipuliert“.

Unerwartet dagegen kam die Entscheidung für den Wahlkreis um die „Airbus-Stadt“ Toulouse herum. Im Jahr 1981 hatten die Sozialisten – mit dem damals gültigen Direktwahl-System – hier alle acht ausgeschriebenen Parlamentssitze gewonnen. Bei dem von ihnen selbst eingeführten Verhältniswahl-System im März 1986 kamen sie nur auf vier Abgeordnete. Die andere Hälfte ging an die bürgerliche Seite. Weil die Sozialisten bei dieser Wahl einen ihrer eigenen „Disidenten“ damals illegal ausschalteten, muß nun neu gewählt werden.

Obwohl die Entscheidung des Staatsrats eine „Ohrfeige“ für die Sozialisten bedeutet, ist auch die bürgerliche Seite nicht glücklich über die Neuwahl. Premierminister Chirac besitzt in der Nationalversammlung nur eine Mehrheit von drei Stimmen. Ändert sich das bisherige Ergebnis im Wahlkreis um Toulouse herum, könnte die Regierungskoalition in Paris in Gefahr kommen.

Die Chancen für die Regierung sind dabei sehr unsicher. Chiracs Mannschaft befindet sich nach der Wahl-Euphorie im März augenblicklich in einem Umfrage-Minustief. Die Regierung mußte angesichts des sozialistischen Erbes mehrere unpopuläre Maßnahmen anordnen, und die Arbeitslosigkeit wurde – entgegen dem Wahlversprechen – noch nicht gestoppt.

Hoffen kann die bürgerliche Koalition deshalb nur darauf, daß die Wähler in Mittelfrankreich nicht „national“ entscheiden, sondern „regional“. Auf regionalem Niveau nämlich verfügt die Koalition aus Gaullisten und Giscardisten über ein Zugpferd, dem die Sozialisten nichts entgegenzusetzen haben. Es ist Denis Baudis, ein junger Mann, der allen Franzosen noch als telegener Nachrichtenjournalist des französischen Staatsfernsehs in Erinnerung ist. Von den Sozialisten vom TV-Schirm verjagt, übernahm Baudis zuerst das Rathaus von Toulouse und war im März 1986 Listenführer des bürgerlichen Lagers. Wenn der Ex-TV-Star erneut so erfolgreich ist wie bei den letzten Wahlen, wäre die Regierung in Paris gerettet.

(SAD)

Libyer verlassen Athen. Ein taktischer Zug Papandreou

Diplomaten gehen „freiwillig“ / Loch in der Tourismuskasse

E. ANTONAROS, Athen

Athens sozialistische Regierung scheint nach langem Zögern entschlossen, dem Beispiel ihrer Partner in der Europäischen Gemeinschaft zu folgen und die libysche Präsenz in Athen, wo die Libyer ihr größtes Volksbüro in Osteuropa unterhalten, kräftig zu reduzieren. Ein Regierungssprecher sagte zwar, daß er zu diesem Thema „noch nichts Konkretes“ sagen könne. Aber griechische Diplomaten bestätigten unter der Hand, daß der Exodus der Libyer bereits begonnen habe.

Die Regierung bemüht sich, den Eindruck zu vermitteln, die Reduzierung der libyschen Präsenz gehe von Tripolis aus. Mit Rücksicht auf seine Beziehungen zur arabischen Welt hat Griechenland – anders als die meisten EG-Mitglieder – beschlossen, die unwillkommenen Libyer nicht formell auszuweisen. Ein griechischer Diplomat sprach von einer „sehr diskreten Operation“. Man habe den „unerwünschten Gästen“ nahegelegt, das Land „freiwillig“ zu verlassen.

Das griechische Außenministerium hatte bisher absichtlich den Eindruck erweckt, daß nur vier Libyer in Griechenland akkreditiert seien. Im amtlichen Diplomatenverzeichnis, das ausländischen Missionen und Journalisten zugestellt wurde, fehlte nämlich seit Monaten ein Doppelblatt mit den Namen von 28 weiteren libyschen „Diplomaten“ – unter ihnen zwölf „Kulturattachés“. Zur Zeit haben insgesamt 56 Libyer Diplomatenstatus in Griechenland. Hinzu kommt ein umfangreiches Hilfspersonal mit knapp 30 Angehörigen, die diplomatenähnliche Privilegien genießen.

Das soll nun geändert werden: Bis Ende des Monats – so ein griechischer Diplomat – sollen nur noch fünf Diplomaten übrig bleiben. Ebenfalls hat Athen die feste Absicht, das libysche Konsulat und die libysche Diplomatenschule in Athen zu schließen.

Westliche Diplomaten führen die Änderung der bisher betont libyenfreundlichen Haltung in Griechenland auf taktische Überlegungen von Ministerpräsident Andreas Papandreu zurück. Daher halten sie die Reduzierung der libyschen Präsenz keineswegs für eine überzeugende Änderung der griechischen Außenpolitik.

Durch seinen Schwenk will der griechische Regierungschef offenbar einerseits die Amerikaner besänftigen, die durch ihr massives Ausbleiben in diesem Sommer ein großes Loch in der griechischen Tourismuskasse verursacht haben. Zum anderen will Papandreu durch seine verspätete Solidarität Athens Partnern in der EG und der NATO beweisen, daß Griechenland nicht weniger vertrauenswürdig als sein Erzrivale, die Türkei, ist, die im Laufe der vergangenen Wochen einigen Libyern wegen eines Terroranschlags den Prozeß gemacht hat.

Ebenfalls geht es Papandreu darum, durch sein Wohlverhalten die Unterstützung der EG-Partner im kürzlich wieder aufgeflammten Konflikt zwischen Athen und Ankara sicherzustellen.

Griechenland hatte die von der EG beschlossenen Sanktionen gegen Libyen ursprünglich mitgetragen, sich anschließend jedoch beharrlich geweigert, sie anzuwenden. (SAD)

C&C
Computers and Communications

DIE CLEVERE ENTSCHEIDUNG. DRUCKER VON NEC.

Ganz schön schlau von NEC, dachte so mancher, als er die neuen Drucker sah. Denn ohne perfekten Drucker ist ein Computer nur die Hälfte wert. Wenn man sich jedoch einmal gründlich umsieht, was im Bereich Drucker auch vom Systemlieferanten so alles läuft, kann sich einem schon das Fell sträuben. Höchstpreise für antiquierte Technik sind nicht gerade eine Seltenheit. Anders die Drucker aus dem Hause NEC. Technologisch auf dem höchsten Niveau überzeugen diese ausgereifen, geräuschlosen Systeme durch ihren günstigen Preis, Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und echte Korrespondenzqualität auf der ganzen Linie. Angefangen bei den für alle Computer bestens geeigneten Punktmatrixdruckern mit ihren 24-Nadel-Druckköpfen bis hin zum NEC Laserdrucker, der de facto den neuesten Stand der Drucktechnik darstellt. Lassen Sie sich also nicht unter Druck setzen. Prüfen und testen Sie die Drucker von NEC. Zu Ihrem eigenen Vorteil.

NEC – Das paßt!

Pinwriter P5

NEC

NEC Business Systems (Deutschland) GmbH

Klausenburger Straße 4
8000 München 80 West Germany
Tel.: 0 89/93 00 01-0 Telefax: 0 89/93 77 76/8
Tele.: 5 218 073 und 5 218 074 nec m

DAVIS CUP
by NEC
Sponsor des Davis Cup - weltweit

Weitere Informationen erhalten Sie von Ihrer regionalen NEC-Werksvertretung:

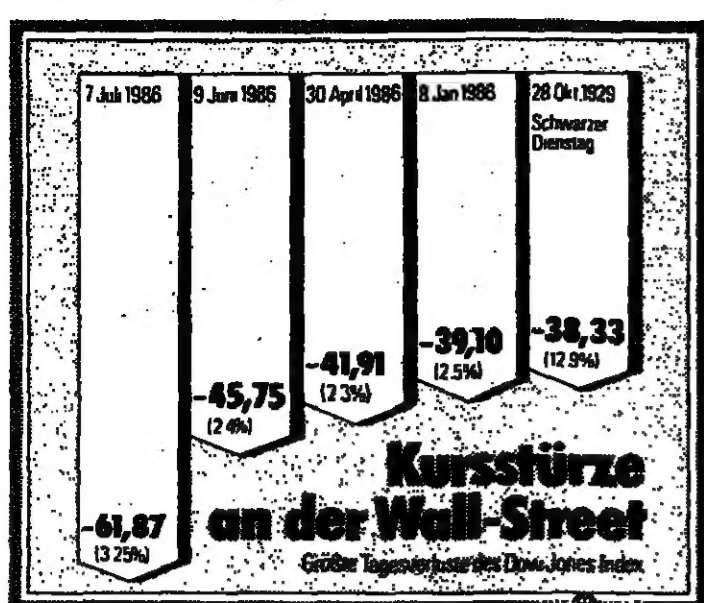
Dr. G. Dohrenberg GmbH
Bayreuther Str. 3 1000 Berlin 30
Tel.: 0 30/2 19 00 70 Telefax: 184 880
CHS Computer-Hand- und Softwarevertrieb GmbH
Kattrepel 10 2000 Hamburg 1
Tel.: 0 40/32 7110
Lorenz + Scheuchel
Zeiss-Str. 13 3000 Hannover 81
Tel.: 05 11/83 09 57 Telefax: 5 118 451 LuShan

SYSDAT GmbH
Brabantstr. 38-40 5000 Köln
Tel.: 02 21/23 54 44-45 Telefax: 8 882 686
S.E.H. Computer-Peripherie-Geräte GmbH
Beethovenstr. 26 8455 Erlensee
Tel.: 0 61 83/20 11 Telefax: 415 508
Magirus Datentechnik GmbH
Melsenweg 33 7022 Leinfelden-Echterdingen
Tel.: 07 11/7 59 04-0 Telefax: 7 255 341

SCHWIND DATENTECHNIK GMBH
Fraunhofer Str. 10 8033 Martinsried
Tel.: 0 89/8 57 20 47 Telefax: 5 213 097 sdt d
SYSDAT Computer Products AG
Stationsweg 5 CH-3827 Hainberg
Tel.: 0 33/37 70 40 Telefax: 921 310
Indutronic
Fechtnigstr. 78 A-9020 Klagenfurt
Tel.: 0 42 22/4 35 93-0 Telefax: 422 784 Induta

Donnerstag, 10. Juli 1988
Nr. 157

Geheimdienst
gibt strafbar
Handeln zu



Obwohl sich 1986 als das Jahr des tiefen Kursrückgangs erwies, die stärker waren als der Einbruch am „Schwarzen Dienstag“, dem 28. Oktober 1929, kommt keine Panik an der Wall Street auf. Denn auf der hohen Basis des Dow-Jones-Index mit einem Rekordstand von 1909,03 am letzten Mittwoch, ist der prozentuale Rückgang trotz großer Prozentpunktverluste nur minimal. Gestern zum Börsenbeginn hatte sich der Index um 3,8 Punkte auf 1824,53 erhöht.

FÜR DEN ANLEGER

Dollar: Frischen Auftrieb hat die US-Währung – 2,1798 DM – nach Meinung von Händlern durch ein Interview des Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium erhalten. Tienmeyer hatte erklärt, ein weiterer Kursverfall sei unangemessen.

Rubel: Die Staatsbank der UdSSR hat den Kurs gegenüber der DM auf 32,05 (31,82) Rubel für 100 DM festgelegt.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 258,80 (255,50); Chemie: 148,60 (148,07); Elektro: 289,92 (290,72); Auto: 710,61 (708,29); Maschinenbau: 141,57 (142,89); Versorgung: 151,38 (150,74); Banken: 379,65 (376,94); Warenhäuser: 144,34

Kursgewinner: DM + %
Riel. Montan: 140,00 6,0
Bremer Vulkan: 118,00 4,8
Münch. Rück. Inh.: 2830,0 4,8
Brau AG: 300,20 4,5
Stumpf St.: 130,00 4,0

Kursverlierer: DM - %
Hanf Obera. V.: 170,00 15,0
Chem. Brochh.: 600,00 11,7
Henaga: 222,00 9,3
Alte Leipz. C.: 1000,0 9,0
Hanf Obera. St.: 240,00 7,6

Nachbörsen: Freundlicher

WELTWIRTSCHAFT

Frankreich: Einzelheiten über die Privatisierungsverordnung sind nun bekannt. Ausländer dürfen sich nur begrenzt beteiligen. (S. 10)

Japan: Der Handelsbilanzüberschuss stieg im Juni von 5,02 Mrd. auf 7,37 Mrd. Dollar.

Verschuldung: Kuba ist im Juni nach Angaben Londoner Banken

mit den Zahlungen seiner Auslandsschulden und Zinsen in Verzögerung geraten. Über einen teilweisen Schuldenerlass will der Pariser Club in der kommenden Woche verhandeln.

China: Die Volksrepublik will die Mitgliedschaft im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) beantragen. Seit 1982 hat das Land Beobachterstatus.

WAREN & MÄRKTE

Ölpreise: Nach einem neuen Verfall wurde in New York kuwaitisches Öl für 5,50 Dollar je Barrel gehandelt, britisches Öl für unter 10 Dollar. Händler führen dies auf die Opec-Versuche zurück, die Marktanteile zu verteidigen.

Reeder: Eine zusätzliche vorgesehene Liquiditätspritze von 30 Mrd. DM soll aus dem Etat 1987 des Bundesverkehrsministeriums gewährt werden.

Butterfahrten: Trotz der Klagen-

drohung der EG will Bonn an der steuerfreien Einkaufsmöglichkeit festhalten. Angestrebt wird eine Absicherung im Rahmen der 7. EG-Reisefreihaltung.

Kabelgeschen: Die Gebühren von 20 Pfennig zur Finanzierung der vier Kabelprojekte sind nach einer Entscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts nicht zu beanstanden. Sie werden von allen Fernseh- und Rundfunkteilnehmern erhoben (Az. VG 203.84).

UNTERNEHMEN & BRANCHEN



Axel Springer Verlag AG

AS: Wir müssen den Gemeinschaftsgeist bewahren, wie ihn Axel Springer geprägt hat. Ein Geist, der das Unternehmen groß gemacht hat, der immer sein Gütezeichen war und bleiben soll.“ So führte Vorstandsvorsitzender Tamm das neue Signet des Verlags ein, das gestern den Aktionären präsentiert wurde. (S. 10)

Opel: Aus dem tiefen Verluststall soll der „Rekord“-Nachfolger „Omega“, einer der Hauptgeplante Steuerreform zur Nachahmung empfohlen. Auch Finanzminister Stoltenberg könne der vollen Zustimmung der Wirtschaft sicher sein, wenn er seine Ohren gegen die vielen „sozialpolitischen Füllhornbläser“ verschließt, die vor Wahlkämpfen vernehmlich auftraten.

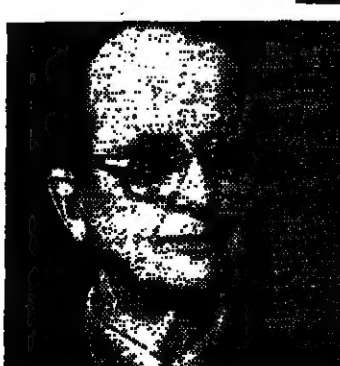
US Steel: Die Namensänderung

in USX kennzeichnet die neue Unternehmenspolitik weg vom Stahl. (S. 10)

Bundeskartellamt: Das Untersuchungsverfahren gegen den 1982 erfolgten Zusammenschluss von Holstein & Kappert und Seitz Enginger-Noll Maschinenbau wird nicht weiter verfolgt.

Otto-Versand: Die Tochter Fegro-Markt übernimmt zum 1. August sechs Agros C+C-Märkte von der Asko deutsche Kaufhaus, nachdem die Schaper-Gruppe abgewunken hatte. Das Kartellamt muß noch zustimmen.

NAMEN



Bankenverband: Dr. Hans Günther (Foto), einer der Hauptgeplante Steuerreform zur Nachahmung empfohlen. Auch Finanzminister Stoltenberg könne der vollen Zustimmung der Wirtschaft sicher sein, wenn er seine Ohren gegen die vielen „sozialpolitischen Füllhornbläser“ verschließt, die vor Wahlkämpfen vernehmlich auftraten.

Bereiche Wettbewerb, Kreditpolitik und Einlagensicherung.

US-Steuerreform: Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsstages, Otto Wolff von Amerongen, hat die von US-Präsident Reagan geplante Steuerreform zur Nachahmung empfohlen. Auch Finanzminister Stoltenberg könne der vollen Zustimmung der Wirtschaft sicher sein, wenn er seine Ohren gegen die vielen „sozialpolitischen Füllhornbläser“ verschließt, die vor Wahlkämpfen vernehmlich auftraten.

Das Unterstatement ist ein beliebtes Vergrößerungsglas für die eigene Größe

Peter Ustinov

Das Tauziehen um Neuverteilung der Mehrwertsteuer hat schon begonnen

Gobrecht erwartet eine schnelle Umsetzung des Urteils zum Länderfinanzausgleich

HEINZ HECK, Bonn
Der Vorsitzende der Länderfinanzministerkonferenz, Hamburgs Senator Horst Gobrecht (SPD), rechnet mit einer raschen Umsetzung des Karlsruher Urteils über den Länderfinanzausgleich vom 24. Juni. Vor Journalisten in Bonn erklärte er gestern, niemand könne an einer Verzögerung Interesse haben, da einmal der Zeitrahmen sehr eng gesetzt sei (Inkrafttreten der Neuregelung bereits zu Beginn 1988) und für 1987 ein Nachteilsausgleich gefordert werde.

Gobrecht erwartet, daß die Länderfinanzminister auf ihrer Jahreskonferenz am 18./19. September einen Zeitplan für die sehr umfangreichen und wahrscheinlich auch schwierigen Verhandlungen festlegen werden. Auch der Bund hat bereits Initiativen für den Herbst angekündigt. Für Gobrecht ist wichtig, daß das Verfassungsgericht in dem Urteil einen Mindestschutzes „deutlich abgesteckt“ habe. Der Bund dürfe sich also nicht darauf beschränken, einfach „die Meinung einer Ländermehrheit abzuheben“. Der Bund sei also auch „inhaltlich gefordert“.

Bereits jetzt beginnt das Tauziehen zwischen Bund und Ländern um die Verteilung der Mehrwertsteuer-Einnahmen nach 1987. Im vergangenen Jahr hatten sich Bund und Länder für 1988 und 1989 auf 35 Prozent (Bund/Länder) geeinigt. Die zahlreichen Äußerungen von Finanzmin-

ister Gerhard Stoltenberg, wonach die Verteilung aus Bundesmitteln nicht mehr vertretbar sei, veranlaßten Gobrecht gestern, gleichsam zur Vorwärtsverteilung überzugehen: „Eine Benachteiligung“ des Bundes durch die geltende Finanzverteilung gibt es nicht.“ Wenn Stoltenberg auf die erhöhten Überweisungen an Brüssel von 4 Mrd. Mark verweise, müßten Länder und Gemeinden die höheren Personalkostenbelastungen (bei Ländern und Gemeinden 1986 ein Plus von 5,7, beim Bund von 1,3 Mrd. Mark) und die Gemeinden zusätzlich die als Folge der Arbeitslosigkeit stark steigende Sozialhilfe ins Feld führen.

Gobrecht erwähnte auch einen zwischen Bund und Ländern schwelenden Dauerstreit: Den Abbau der Mischfinanzierung im Städtebau, der auf Meinungsvielfalt über den finanziellen Ausgleich an die

Gegen Gesetz zum Überstundenabbau

Blum verweist auf den erreichten niedrigen Stand – Bericht im Kabinett verabschiedet

HEINZ HECK, Bonn
„Einstellen geht vor Überstunden“, erklärte Arbeitsminister Norbert Blum gestern zur Verabschiedung des „Überstundenberichts 1986“ im Kabinett. Wie berichtet, ist erstmals in einem Aufschub die Zahl der Überstunden nicht mehr nennenswert gestiegen. In den letzten 15 Jahren ist sie dem Bericht zufolge insgesamt sogar deutlich zurückgegangen: von 3,5 Milliarden 1970 auf 2,7 1975, 1,8 1980 und 1,5 Milliarden 1985.

Blum sieht im Überstundenabbau einen „Hebel der Beschäftigungspolitik“. Jeder Hebel müsse genutzt werden. Denn der Abbau der Arbeitslosigkeit sei die wichtigste Aufgabe der Gesellschaftspolitik. Allerdings hält er angesichts dieses „niedrigsten je erreichten Standes“ im Moment keine gesetzlichen Schritte zum Abbau für erforderlich. Freiwillige Maßnahmen der Tarifpartner hätten „Vorfahrt“. Dies sei allerdings so zu verstehen, daß bei Untätigkeit der Tarif-

partner der Gesetzgeber handeln müsse.

Der Minister registriert breiten Konsens zum Überstundenabbau. Fast 75 Prozent der befragten Betriebe planten entsprechende Maßnahmen, und 80 Prozent der Überstunden leistenden Arbeitnehmer seien zu einer Verminderung bereit. Aus der repräsentativen Arbeitnehmerbefra-

gung ergibt sich ferner, daß die Hälfte der Befragten zwar den mit Überstunden verbundenen Mehrverdienst begrüßt. Aber nur 19 Prozent erklärten, sie könnten ohne Überstunden finanziell nicht auskommen.

Der öffentliche Dienst geht im Überstundenabbau mit gutem Beispiel voran. An den 1,5 Milliarden ist er lediglich mit 1,6 Prozent beteiligt, 1980 seien es immerhin noch 2,2 Prozent gewesen. Soweit Überstunden nicht durch Freizeit ausgeglichen werden könnten, dürften Ausgleichskräfte eingestellt werden, die durch Einsparungen beim Überstundenentgelt finanziert würden.

Die Bundesregierung der Arbeitgeberverbände erklärt zum Bericht, gesetzliche Reglementierungen seien „überflüssig und verfehlt“. Die Unternehmen hätten mehr Arbeit in mehr Beschäftigung und nicht in Überstunden umgesetzt. Das Ergebnis werde mehr als eine halbe Million neuer Arbeitsplätze in den Jahren 1985/86 sein.

AUF EIN WORT



Die japanische Expansionspolitik setzt sich fort – trotz der Bekundungen guten Willens auf dem letzten Wirtschaftsgipfel, die eigene Inlandsnachfrage und damit auch die Importe anzukurbeln. Tatsächlich hat auch die Aufwertung des Yen das Wirtschaftswachstum in Japan gebremst.

Daniel Goedevert, Vorstandsvorsitzender der Ford-Werke AG, Köln.

EG-Kommission billigt Hilfen für deutsche Bauern

dpa/VWD, Brüssel

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat die von der Bundesregierung beschlossenen nationalen Zuschüsse für deutsche Landwirte bei der Sozialversicherung für 1988 gebilligt. Wie gestern in Brüssel verlautete, entschied die EG-Kommission, daß es sich hierbei um Beihilfen handele, die mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar seien.

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte noch kurz vor dem Kommissionsbeschluss in einem Schreiben an EG-Kommissionspräsident Jacques Delors in Anbetracht der schlechten Einkommenslage der deutschen Bauern noch einmal auf die Dringlichkeit dieser Entlastungszahlungen verwiesen.

Die Bundesregierung kann damit rückwirkend ab dem 1. Januar 1988 an Betriebe mit einem Wirtschaftswert bis zu 40 000 Mark (das entspricht ungefähr einer Nutzungsfläche von 32 Hektar) nach Einkommenslage gestaffelte zusätzliche Zuschüsse zu den Beiträgen für die landwirtschaftlichen Alterskassen bezahlen. Davon betroffen sind die Eigentümer von insgesamt 315 000 Höfen, sofern sie einen Antrag einreichen. Die Kosten dieser Entlastungszahlungen belaufen sich auf jährlich 450 Mill. Mark.

Die „Fünf Weisen“ fühlen sich oftmals richtig verschaukelt

WERNER NETZEL, Tutzing

„Wir fühlen uns oft richtig verschaukelt.“ Ans seiner Enttäuschung, daß die Fünf Weisen, also der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, aus seiner Sicht von den Politikern nicht ernst genommen werde, macht Ratsvorsitzender Professor Hans-Karl Schneider keinen Hehl. Unmittelbarer Adressat seiner Kritik war auf einem von der Akademie für Politische Bildung in Tutzing mitveranstalteten Forum der „alte Hase“ im Bundeswirtschaftsministerium, Staatssekretär Otto Schlecht, der auf die ihm eigene Art kontierte: „Eine Steuerreform auf grüner Wiese zu machen ist hoffnungslos – oder man schmeißt alle Bauern raus.“

Oder ein weiterer scharf geschnittener Ball schlechts in diesem argumentativen Pingpong-Spiel: „Man muß den Wurstopfeln zwar hoch hängen, daß der Hund sich anstrengt, aber nicht so hoch, daß er gar nicht erst springt.“ Sagen wollte er damit, daß der Rat in seinen Gutachten stärker auf politische Restriktionen Rücksicht nehmen solle, daß oft nur zweitbeste Lösungen machbar seien.

Schneiders Entgegnung „saß“ dann freilich im Gesetz gebe es – und Schlecht konnte da nur zustimmen – keinen Hinweis, daß in den Gutachten auch politische Hemmnisse zu beachten seien. Sie finden allenfalls am Rande Beachtung. Manches, was wichtig sei, könne man nicht in Portionen verkaufen. Die Hauptsache sei die Argumentation, und da fühle sich der Rat nicht ausreichend berücksichtigt.

Mit einer ganzen Breitseite an Kritikpunkten wartete Schneider auf, als die Rede auf die „unerfüllten Hoffnungen“ des Rats in der Umsetzung und Beseitigung der von ihm aufge-

zeigten Probleme kam: Die ungenügende oder nicht praktizierte Durchführung der Subventionen (Kohle, Agrarbereich) zählte er auf, die Verwässerung der Steuerreform, in puncto Wettbewerb die Nichtöffnung einiger Märkte (Postmonopol bei der Nachrichtenübermittlung, Frachtmärkte), die zunehmenden Wettbewerbsverzerrungen auf EG-Ebene, die Geldpolitik der Bundesbank sowie in Richtung Tarifpartner Mängel in der Lohnpolitik.

Schlechts verschmizt verzögerte Antwort, nachdem ihm der Ratsvorsitzende nahegelegt, daß er ja nur „ja“ sagen brauche, lautete kurz und bündig: Alles sei hilfreich. Der Liste von Anregungen des gewiesenen Staatssekretärs, der sich als „Mittler und Geburtshelfer“ bei der Einrichtung des Sachverständigenrats (1983) sieht, konnte denn auch überwiegend kaum widersprochen

Widersprüche

Von HANNA GIESKES

Ist die marktwirtschaftliche Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland gefährdet oder nicht? Sollte das Kartellgesetz geändert werden, oder reicht das geltende Recht aus? Die Monopolkommission hat in ihrem jüngsten Gutachten das Kartellgesetz fertiggestellt, beide Fragen sowohl zu bejahen als auch zu verneinen. Welche Antwort dem Leser zuteil wird, hängt im wesentlichen davon ab, an welcher Stelle des 589 Seiten starken Textes er sich gerade befindet.

Am Anfang ist alles in Ordnung. Der Wettbewerb funktioniert trotz der Existenz privater Marktmacht. Damit dies auch so bleibe, empfiehlt die Kommission eine liberale Außenhandelspolitik, um den internationalen Wettbewerbsdruck auf den heimischen Märkten zu erhalten. Viel bedenklicher als private Wettbewerbsbeschränkungen findet die Kommission die staatlichen, etwa im Agrarbereich. Da kann man ihr nur beipflichten.

Die Monopolkommission stellt fest, daß die Marktmacht funktioniert. Trotzdem schlägt sie Gesetzesänderungen vor. Der Verdacht liegt nahe, daß sie Gesellschaftspolitik betreiben will.

lich hat sie ja selbst gefordert, daß eine liberale Außenhandelspolitik für Druck auf die deutschen Märkte sorgen möge. Wenn das aber so ist, dann bekommen auch die deutschen Anbieter Druck, selbst wenn sie groß sind.

Die Konzentrationsforscher verkaufen ihren Vorschlag als „Einzelkorrektur“. Das ist sehr tiefgestapelt, denn tatsächlich handelt es sich um einen einschneidenden Eingriff in die Fusionskontrolle. Ein Eingriff, der auch in den USA einmal erwogen, dann aber wegen der damit verbundenen Gefahr bürokratischer Willkür wieder verworfen worden ist.

Eine vollständige Abkoppelung der Fusionskontrolle von der Marktmacht bei Elefantenhochzeiten, wie sie die Kommission fordert, verläßt den Boden der Rationalität: Die Betroffenen können nicht mehr abschätzen, was sie dürfen und was nicht. Zumal die Kommissare sich darüber ausweichen, von welchem Umfang an ein Unternehmen ihrer Ansicht nach zu Elefanten wird.

Konglomerate Großfusionen seien eben immer bedenklich, heißt es – das ergebe sich schon „aus der Natur der Sache“. Diese Begründung ist es nicht minder, denn wer mit der „Natur der Sache“ argumentiert, beweist damit im allgemeinen, daß ihm die Argumente fehlen. Und tatsächlich gibt es keine wettbewerbs- oder wirtschafspolitischen, zumal die Kommission ja bei ihrer Darstellung des gescheiterten Zusammenschlusses Rheinmetall/WMF darauf hinweist, daß konglomerate Fusionen mit dem geltenden Recht zu packen sind. In diesem Fall allerdings deshalb, weil WMF an ihrem Markt führend ist – was für einen Sinn hätte eine Untersagung wohl auch sonst gemacht?

Und weil sie keine anderen Argumente haben, führen die Wettbewerbsforscher „gesellschafspolitische Bedenken“ ins Feld. Die kann man zwar teilen, aber man kann an ihnen keine Novelle zu einem wichtigen Wirtschaftsgesetz festmachen. Die Monopolkommission darf es nicht einmal, denn ihr gesetzlicher Auftrag heißt „Beurteilung des jeweiligen Standes der Unternehmenskonzentration unter wirtschaftlichen, insbesondere wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten“. Da wundert sich der Leser kaum noch, wenn er im Anhang den Hinweis findet, man habe sich zur Formulierung der Vorschläge für die Erlassung von Rundfunklizenzen vom SPD-Abgeordneten Uwe Jens anregen lassen.

Wunder zur Ferienzeit

JB. – Wunder gibt es immer wieder. Seit Jahren konnten Deutschlands Autofahrer mit schöner Regelmäßigkeit an den Freischaltern der Tankstellen erkennen, ob Ferienzeit ist. Den Aufbruch in den Urlaub und die damit steigende Benzinnachfrage nutzten die Ölfirmen, um ihre Erlöse aufzubessern.

1986 ist das alles anders. Die Benzinpreise purzeln munter nach unten. Bleifreies Benzin kostet im Bundesdurchschnitt bereits wieder weniger als eine DM. Diesel ist mit 95 Pfennig je Liter auf den niedrigsten Stand dieses Jahres gefallen. Wer gar die Nerven behalten und noch immer nicht seinen Heizöltank für die Wintersaison nachgefüllt hat, der kann sich zu Preisen entdecken, die jeder Ölkrisen spoten. Ein Ende der Talfahrt ist nicht einmal abzusehen.

Dies ist allerdings auch eine Frage des Dollarkurses. Der ständige Druck auf die US-Währung ist eine der Ursachen für die sinkenden Preise am deutschen Markt. Der niedrig bewertete Dollar potenziert den gleichzeitigen Preisverfall bei Rohöl und Mineralölprodukten auf den internationalen Märkten. Das Faß Rohöl nähert sich langsam wieder der Preisgrenze von 10 Dollar. Möglich macht's die weltweite Öl-schwemme. Die Opec-Länder können sich nicht auf eine Reduzierung der Fördermenge einigen, die Nicht-Opec-Staaten pumpen aus der Erde, was sie hiergt.

Schließlich stoßen die vom Markt erzwungenen Preisreduzierungen bei den Ölfirmen auf wenig Widerstand. Im Gegensatz zu früheren Jahren schreibt die Ölbranche zur Zeit tief schwarze Zahlen. Die Einstandspreise sind so niedrig, daß die Erlöse die ohnehin stark durchforsteten Kosten überdecken. Am Benzinmarkt also rundum ein Wunder, das noch lange anhalten möge.

Baseler Prognos AG gab zu bedenken, daß die Möglichkeiten für den Rat, sich mehr zu Wort zu melden, heute geringer seien als früher. Der Grund liege darin, daß es heutzutage immer häufiger um weniger spektakuläre Trendprobleme gehe.

Die Komplexität wurde auch darin deutlich, daß sich die anwendenden Ratsmitglieder beim Spezialthema „Lösung des Beschäftigungsproblems“ erwartungsgemäß außerstande sahen, ein Konzept für eine schnelle und dauerhafte Beseitigung der Arbeitslosigkeit vorzulegen. Als bekannte Ansatzpunkte wurde denn auch offeriert, daß neue Beschäftigungsmöglichkeiten sich nur über eine Steigerung der Investitionen durch die Unternehmen erreichen ließen. Ferner: Ohne eine durchgreifende Steuerreform könne das Problem auf Dauer nicht beseitigt werden.

Rückständig im Energiesparen

Spanien hat acht Kernkraftwerke trotz zahlreicher Gegner

ROLF GÖRTZ, Madrid
Spaniens Energiepolitik enthält ein wenig Sozialismus, die sich die sozialistische Regierung in ihrem Wirtschaftsprogramm noch leistet. 1983, im ersten Jahr ihrer Amtszeit, gab die Regierung González einen nationalen Energieplan (PEN) heraus, der die Kernprojekte erheblich zurückschraubte. Einige Bauten wurden eingemottet, andere noch im Plan gestrichen. Dabei hielten sich die Atomkraftgegner in ihren Äußerungen in Grenzen, wenn man von den beiden Morden an Architekten des Kernkraftwerkes Lemóniz 1 und 2 absehen will.

Zur Zeit arbeiten acht Kernkraftwerke in Spanien: Zorita (Guadalupe), Garoña (Burgos), Vandellós 1

Vorjahr entsprach. Davon lieferte die Wasserkraft 33,2 Milliarden Kilowattstunden, Kohle und Öl fast 66 Milliarden Kilowattstunden und Kernkraft 28 Milliarden Kilowattstunden.

Im gesamten Konsum ist das Öl nach wie vor mit einem Anteil von 54 Prozent beteiligt. Entschlossen machen sich vor allem die Gemeinden daran, im Verbund über gemeinsame Pipelines den Gaskonsum zu steigern. Zur Zeit beträgt der Gesamtanteil knapp 10 Prozent, von dem ein Drittel in Eigenproduktion gestellt wird.

Das wachsende Interesse am Gas hängt allerdings zum Teil mit jenem Panikakt algerischen Erdgases von 1979 zusammen, der der spanischen Regierung heute noch Kopfschmerzen bereitet. Spanien wollte von dem damals abgeschlossenen langfristigen Kaufvertrag zurücktreten, fand die Abstandssumme aber zu hoch. Nach jahrelangen Verhandlungen scheint man sich zur Zeit einem Kompromiß entgegenzusehen, der die Abnahme eines Großteils der Vertragsmenge vorsieht.

Das eigentliche Energieproblem Spaniens allerdings liegt auf einer ganz anderen Ebene, nämlich im Verhältnis von Verbrauch und industrieller Produktivität. Hier ergibt sich ein Rückstand gegenüber dem Verhältnis in der Europäischen Gemeinschaft. Während sich die anderen EG-Staaten seit 1973 im Rahmen einer Sparpolitik durch Rationalisierungsmaßnahmen ihren Energieverbrauch gesenkt haben, ist der spanische Konsum um 18 Prozent gestiegen. In Spanien ist 1983 immer noch um fünf Prozent.

Sind Sie sicher, daß Ihnen keine Berufs-Chance entgeht?
Informieren Sie sich jeden Samstag im großen Stellenanzeiger für Fach- und Führungskräfte

DIE WELT
Tageszeitung für Deutschland

(Tarragona), Almaraz 1 und 2 (Caceres), Ascó 1 und 2 (Tarragona) und Cofrentes (Valencia). Bis auf Vandellós handelt es sich hier um Kraftwerke vom Druckwassertyp von je 950 Megawatt. Zwei weitere Kernkraftwerke, Vandellós 2 und Trillo 1 (Guadalupe) - diesen Bau führt die deutsche KWU aus - werden in Kürze fertiggestellt. Aus Tschernobyl erwachsen der Regierung keine Probleme.

Nach der ursprünglichen Planung sollte die Elektrizitätsproduktion 1990 zu 38,3 Prozent von der Kernenergie gestellt werden. Das wäre ein Anteil von 16,5 Prozent des Energiekonsums. Die anderen Produktionsanteile sind Wasserkraft (21,5 Prozent), Kohle (29,3 Prozent) und Petroleum (9,9 Prozent). Die Veränderung dieses Elektroplans wird ein Bild ergeben, über dessen endgültige Komposition noch beraten wird. 1985 jedenfalls betrug die Produktion elektrischer Energie 127,3 Milliarden Kilowattstunden, was einer Steigerung von sechs Prozent gegenüber dem

Kempinski sucht „Perlen“ in Europa

th. Berlin

Die Turbulenzen, in die der internationale Tourismus gekommen ist, spürt auch die Hotellerie. Bei der Kempinski AG, Berlin, haben einige Betriebe in den ersten Monaten 1986 die hohen Umsätze und Erträge des Vorjahres erreicht oder werden es wahrscheinlich bis Jahresende erreichen, während die Entwicklung in anderen Betrieben unter den Erwartungen liegt, erklärte Vorstandsgeschäftsführer Rolf Rüdiger gestern auf der Hauptversammlung in Berlin. Konkreter wollte Rüdiger zu diesem Thema auch auf Fragen von Aktionären nicht werden. Für die Zukunft gab sich der Vorstandssprecher optimistisch: Kempinski werde auch in schwierigen Zeiten einen beachtlichen Stellenwert haben.

Zu den internationalen Plänen hieß es, man habe die USA und Asien, vor allem aber die Volksrepublik China im Auge und werde auf dem Weg dorthin einige „Perlen“ in Europa einsammeln.

Für 1986 wird eine Dividende von 12 (Vorjahr: 10) Prozent auf 13,75 Mill. DM Kapital ausgeschüttet. Es wurde ein genehmigtes Kapital von 6,5 Mill. DM bis 1991 geschaffen. Dafür wurde die 1982 erteilte Ermächtigung über vier Mill. DM genehmigtes Kapital aufgehoben.

PERSONALIEN

Wolfgang Krenkel wurde mit Wirkung vom 15. August zum Mitglied des Vorstands der Wohnungsbau-Kreditanstalt (WBK), Berlin, bestellt. Er wird Nachfolger von Karl-Heinz Klein, der aus Altersgründen zum Jahresende ausscheidet.

Ernst W. Brutsche, Chief Executive-Group Treasury der Midland Bank, London, und persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Trinkaus + Burkhart KGaA, Düsseldorf, und Herve de Carmay, Chief Executive-International der Midland Bank, werden zum 1. September 1986 in den Board der Bank berufen.

Dr. Heinz W. Hahn, Vizepräsident des Ivoce Steering Committee, wurde zum Präsidenten der FISITA Federation Internationale des Societes d'Ingenieurs des Techniques de L'automobile, Dachorganisation der nationalen Automobil-Ingenieurgesellschaften gewählt. Er tritt die Nachfolge von Josef Gilbert (USA) an.

Frischer Wind im Springer-Verlag

Gewinnstark trotz scharfen Wettbewerbs - Aktionäre neugierig, aber zufrieden

GERD BRÜGGEMANN, Berlin
Die Umwandlung in eine Publikums-gesellschaft wird von der Axel Springer Verlag AG, Berlin/Hamburg, auch als „Aufbruch in eine neue Zeit“ verstanden. Der Vorstandsvorsitzende Peter Tamm zog daraus eine Folgerung, die er gleich zu Beginn seiner Ansprache auf der zweiten Hauptversammlung des Unternehmens in Berlin aussprach: „Unser Haus muß sich auch nach außen hin offen präsentieren.“ Der Ablauf der Veranstaltung belegte dies.

Die Verwaltung legte nicht nur Rechenschaft vor den Aktionären ab, sondern nutzte zugleich die Gelegenheit, sich als ein Unternehmen darzustellen, das nicht ist „wie jedes andere“. Denn: Unsere Ware ist das lebendige Wort (Tamm). „Auto BILD“, das jüngste Erfolgsobjekt des Verlages, wurde dann auch in einer Tonbildschau vorgestellt. Zu dieser zweiten Hauptversammlung waren etwa 300 Aktionäre erschienen wie zur ersten im Februar. Rund 400 Anteilseigner und Gäste konnten Aufsichtsratsvorsitzender Professor Bernhard Servatius im Saal 2 des Berliner ICC begrüßen (Präsenz: 61,17 Prozent).

Neben dem bildhaften Ausflug in die Zeitungslandschaft kam freilich auch das Geschäftliche nicht zu kurz, das Tamm ausführlich und anschaulich vortrug. Die HV widmete sich der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres 1985, weil das Unternehmen zur Jahresmitte 1985 in eine Publikums-gesellschaft umgewandelt worden war. Gesamtergebnis unter den Aktionären im ICC: Im Verlagshaus Springer bläst ein frischer Wind.

Auch im 2. Halbjahr überdurchschnittlich

Trotz der verhaltenen Branchenentwicklung schnitt der Verlag auch im zweiten Halbjahr 1985 überdurchschnittlich ab. Bei einem Umsatz von 1.235 Mrd. DM (Gesamtjahr: 2.475 Mrd. DM) erhöhte sich der Jahresüberschuß auf 35,3 Mill. DM. Das sind 9,1 Mill. DM mehr als im ersten Halbjahr. Für das Gesamtjahr bedeutet das einen Gewinn von 61 Mill. DM nach Steuern, was, wie Tamm betonte, mehr ist, als seinerzeit im Emissionsprospekt für die Springer-Aktie angekündigt worden war. Der Cashflow erreichte 1985 mit 229 Mill. DM den höchsten Wert seit Bestehen des Verlages.

Wie bereits bekannt, schlägt die Verwaltung vor, den Bilanzgewinn von 20,4 Mill. DM zur Ausschüttung einer Dividende von 6 DM je 50-DM-Aktie für das zweite Halbjahr 1985 zu

verwenden. Das entspricht, bezogen auf das Grundkapital von 170 Mill. DM, einer Jahresdividende von 24 Prozent. Am Gesamtumsatz waren die Zeitungen mit 65,5 und die Zeitschriften mit 25,4 Prozent beteiligt.

Bei der ausführlichen Schilderung der einzelnen Objekte des Hauses hob Tamm besonders die Entwicklung von „BILD der Frau“ hervor. Sie sei die erfolgreichste Neugründung der letzten Jahre und mit 2,4 Mill. verkauften Exemplaren pro Woche inzwischen die Nummer eins der Frauenpresse. Von der WELT gab Tamm eine „enorme Steigerung“ der Auflage im zweiten Quartal 1986 bekannt. Sie erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 7600 verkaufte Exemplare auf 210.000. Das sei der höchste Zuwachs seit 14 Jahren.

Die Lage der Zeitschriften ist offenbar schwieriger, weil sie, so erläuterte Tamm, weit stärker von Strukturwandel, Marktverschiebungen und verschärftem Wettbewerb betroffen sei. Das gelte vor allem für die Programmzeitschriften, wo sich durch das Aufkommen der Billigtitel hätten, die sich gegenseitig Marktanteile streitig machten. Das Haus Springer ist in allen drei Kategorien vertreten und hat erhebliche Anstrengungen unternommen, um dem Spitzenobjekt „Hörzu“ auch künftig eine führende Position zu sichern. Das Jahr 1986 hat sich für den Verlag gut angelassen. So wurde, wie Tamm ausführte, der Umsatz in den ersten sechs Monaten um vier Prozent gesteigert. Für das Gesamtjahr zeichne sich - wenn auch mit Vorbehalten - eine weitere Verbesserung des Ergebnisses ab.

Die Aktionäre waren vom Geschäftsjahr und den Ausführungen des Vorstandsvorsitzenden offenbar so angetan, daß wirklich kritische Fragen weitgehend ausblieben. Die acht Aktionäre, die sich zu Wort meldeten, beten im wesentlichen um Klärung und Vertiefung der vorgetragenen Sachverhalte. Den umfangreichsten Fragenkatalog trug Rechtsanwalt Hans-Peter Schreibe (Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz) vor. Er wollte wissen, ob die 1985er-Dividende schon „das Ende der Fahnenstange“ sei; ferner interessierte er sich für die Höhe der Pensionsrückstellungen, die, wie er wandte, höher seien als das Grundkapital. Schreibe wollte auch wissen, ob es noch Rationalisierungsmöglichkeiten durch Zusammenarbeit von Redaktionen gebe. Weiterhin fragte er nach den Wachstumschancen im Ausland.

Walter Martius von der Schutzge-

meinschaft der Kleinaktionäre erkundigte sich, ob sich der Lohndruck noch ausweiten lasse. Zur Journalistenausbildung fragte er, ob nur für den eigenen Bedarf oder auch darüber hinaus ausgebildet werde. Aktionär Richter erkundigte sich nach Diversifikationsplänen. Der Aktionär Friedrichsen wollte wissen, wie die logistische Leistung der „Bild“-Zeitung aussehe, und wie hoch deren Auslandsauflage sei. Carl Doehring (Hermann-Lindhardt-Gesellschaft) interessierte sich dafür, welche Aktivitäten die WELT hervorbringe, um junge Leser zu gewinnen und wollte wissen, ob sich „Auto BILD“ auch an die Zielgruppe der Radfahrer richten wolle.

Im Urlaub ist BILD größte Zeitung Italiens

Tamm antwortete umfangreich, geduldig und ausführlich, wogegen er alle Auskunftsansprüche nach der künftigen Dividende und der für Wettbewerber interessanten Marktstrategie auswich. Was die WELT betrafte, so stünden die wöchentliche Hochschulleitung und samstags die „Berufs-WELT“ zusammen mit Stellenangeboten für Fach- und Führungskräfte kurz vor der Verwirklichung. Im Ausland wolle der Verlag alle Chancen nutzen, aber dabei doch vorsichtig bleiben, weil man nicht soviel Lehrgeld zahlen wolle wie der eine oder der andere Konkurrent. Kooperationen zwischen Redaktionen hält Tamm nur in begrenztem Rahmen für sinnvoll. Die Objekte sollten selbständig bleiben und auch im Wettbewerb untereinander stehen.

Man wolle keine Einheitsredaktion, die dann auch nur Einheitsprodukte herstellen könnte. Zu den Pensionsrückstellungen sagte Tamm, daß Sonderzuwendungen künftig nicht zu erwarten seien. Zu den Fragen nach Plänen für eine mögliche Illustration und anderen Diversifikationen führte er aus, das Unternehmen habe natürlich Pläne und Überlegungen, wolle darüber aber aus Wettbewerbsgründen nicht sprechen. Was Diversifikationen betreffe, so gehe man in eine Richtung, die der Sicherung und dem Ausbau traditioneller Märkte diene. Daneben beteilige man sich aber auch an Dienstleistungsunternehmen, die für das Verlagsgeschäft interessant seien.

Zur Logistik der „Bild“-Zeitung meinte Tamm: Dahinter stehe eine ungeheure Leistung. Immerhin sei „Bild“ in der Ferienzeit die größte Zeitung Italiens.

Nur 15 Prozent an Ausländer

Details über Frankreichs Entstaatlichungsverordnung bekannt

AFP, Paris
Die französische Regierung hat in ihrer Verordnung für die Aufteilung des Gesellschaftskapitals der 65 staatlichen Gesellschaften, die privatisiert werden sollen, Maßnahmen ergriffen, um der inländischen Bevölkerung den Aktienwerb zu erleichtern, ausländische Beteiligungen hingegen zu beschränken. Der Verordnungstext wird gegenwärtig vom Staatsrat - dem Obersten Verwaltungsgericht des Landes - geprüft.

Die Verordnung sieht vor, daß die Regierung die Möglichkeit erhält, den Anteil eines Aktionärs am Kapital der zu entstehenden Gesellschaften auf fünf Prozent zu begrenzen. Der Staat hat somit einen weiten Spielraum. Er kann das Kapital der in den Privatssektor überführten Unternehmen - im Falle der Banken und Versicherungen - weit streuen oder bei den Industriegruppen die Bildung von „Kontrollblöcken“, die mehrere finanzkräftige Investoren umfassen, fördern. Ausländische Investoren werden beim Verkauf der Aktien der staatlichen Unternehmen nur insgesamt 15 Prozent erwerben können. Für einzelne Unternehmen behält die Regierung sich die Möglichkeit der Schaffung einer „Vorzugsaktie“ (Golden share) vor, die gestattet, bis zu fünf Jahren eine ausländische Beteiligung von über 15 Prozent zu verhindern. Damit soll das Risiko einer ausländischen Kontrolle in Bereichen wie der Rüstungs- und Erdölindustrie verhindert werden.

Andererseits ist vorgesehen, daß die in den zu privatisierenden Unternehmen tätigen Arbeitnehmer bis zu insgesamt zehn Prozent am Gesellschaftskapital beteiligen können. Diese Arbeitnehmeraktien sollen zu Vorzugsaktien mit einem Abgang von 20 Prozent abgegeben werden, wobei Zahlungsfristen bis zu drei Jahren gewährt werden sollen. Sie können im Fall der Barzahlung aber erst ein Jahr nach dem Erwerb und bei „Teilzahlung“ nach völliger Erlegung des Kaufpreises abgetreten werden. Jeder Arbeitnehmer hat das Recht auf den Kauf von Aktien im fünften Wert des Jahreshöchstsalzes (47.400 Franc) der Veranlagung zur Sozialversicherung.

Der Verkaufspreis der 65 Staatsunternehmen soll nach der Verordnung von einer „Privatisierungskommission“ festgelegt werden. Dieser „Rat der Weisen“, dem sieben Persönlichkeiten angehören, wird die Preisvor schläge Wirtschafts- und Finanzminister Balladur zuleiten, der endgültig entscheidet. Die Verkaufspreise dürfen nicht unter den Schätzungen der Privatisierungskommission liegen.

Im Inland erhält der Pharmabereich von Montedison durch die neue Akquisition einen Umsatzzuwachs, der auf mindestens 400 Mrd. Lire beziffert wird. Das ist der Umsatz, den die drei von Fermenta kontrollierten italienischen Pharma-Unternehmen Pirol, Roferm und Prochim im Jahr 1985 erzielt haben; die größte dieser drei ist seit 20 Jahren an der Mailänder Börse gehandelte Pirol, die 1985 einen Umsatz von beinahe 160 Mrd. Lire und einen Reingewinn von 8,7 (5,4) Mrd. Lire erzielte.

Die neueste Akquisition stärkt den Montedison-Konzern vor allem im Bereich der Feinchemie, in der das Unternehmen gegenüber der internationalen Konkurrenz noch unterrepräsentiert ist. Die eigentlichen Stärken von Montedison sind bisher nur die Pharmachemie, die Fluorchemie und der Polypropylenbereich.

Der private italienische Chemiekonzern Montedison S.p.A. in Mailand hat von dem schwedisch-ägyptischen Unternehmer Refaat El Sayed dessen Anteile am schwedischen Pharma-Unternehmen Fermenta erworben. Für 43,9 Prozent am Kapital oder 78,2 Prozent der Stimmrechte zahlt Montedison einen Betrag, der in schwedischen Finanzkreisen auf 600 bis 700 Mrd. Lire (725 bis 1015 Mill. DM) geschätzt wird. Das zweitgrößte italienische Unternehmen (15 Mrd. DM Umsatz) hat vor kurzem sein Kapital von 1114 auf 1686 Mrd. Lire erhöht. Es wird erwartet, daß die neue Akquisition eine weitere Aufstockung erforderlich machen wird.

Mit dem Erwerb des Pharma-Unternehmens Fermenta, dessen Umsatz vor allem infolge einer Serie von Akquisitionen zwischen 1982 und 1985 von 96 Mill. auf 1,6 Mrd. Kronen zunahm, erweitert Montedison nicht nur seine ausländischen, sondern auch seine inländischen Positionen. Wie der Strategische Chef des Unternehmens, Giorgio Porta, erklärte, stelle der Erwerb von Fermenta nur den

ersten Schritt der forcierten Internationalisierung von Montedison dar. Gegenwärtig macht der italienische Chemiekonzern erst 20 Prozent seines Umsatzes im Ausland. Dieser Anteil soll schon kurzfristig auf 30 Prozent gebracht werden.

Im Inland erhält der Pharmabereich von Montedison durch die neue Akquisition einen Umsatzzuwachs, der auf mindestens 400 Mrd. Lire beziffert wird. Das ist der Umsatz, den die drei von Fermenta kontrollierten italienischen Pharma-Unternehmen Pirol, Roferm und Prochim im Jahr 1985 erzielt haben; die größte dieser drei ist seit 20 Jahren an der Mailänder Börse gehandelte Pirol, die 1985 einen Umsatz von beinahe 160 Mrd. Lire und einen Reingewinn von 8,7 (5,4) Mrd. Lire erzielte.

Die neueste Akquisition stärkt den Montedison-Konzern vor allem im Bereich der Feinchemie, in der das Unternehmen gegenüber der internationalen Konkurrenz noch unterrepräsentiert ist. Die eigentlichen Stärken von Montedison sind bisher nur die Pharmachemie, die Fluorchemie und der Polypropylenbereich.

Montedison kauft Fermenta

Chemiekonzern treibt die Internationalisierung voran

da. Mailand

Der private italienische Chemiekonzern Montedison S.p.A. in Mailand hat von dem schwedisch-ägyptischen Unternehmer Refaat El Sayed dessen Anteile am schwedischen Pharma-Unternehmen Fermenta erworben. Für 43,9 Prozent am Kapital oder 78,2 Prozent der Stimmrechte zahlt Montedison einen Betrag, der in schwedischen Finanzkreisen auf 600 bis 700 Mrd. Lire (725 bis 1015 Mill. DM) geschätzt wird. Das zweitgrößte italienische Unternehmen (15 Mrd. DM Umsatz) hat vor kurzem sein Kapital von 1114 auf 1686 Mrd. Lire erhöht. Es wird erwartet, daß die neue Akquisition eine weitere Aufstockung erforderlich machen wird.

Mit dem Erwerb des Pharma-Unternehmens Fermenta, dessen Umsatz vor allem infolge einer Serie von Akquisitionen zwischen 1982 und 1985 von 96 Mill. auf 1,6 Mrd. Kronen zunahm, erweitert Montedison nicht nur seine ausländischen, sondern auch seine inländischen Positionen. Wie der Strategische Chef des Unternehmens, Giorgio Porta, erklärte, stelle der Erwerb von Fermenta nur den

ersten Schritt der forcierten Internationalisierung von Montedison dar. Gegenwärtig macht der italienische Chemiekonzern erst 20 Prozent seines Umsatzes im Ausland. Dieser Anteil soll schon kurzfristig auf 30 Prozent gebracht werden.

Im Inland erhält der Pharmabereich von Montedison durch die neue Akquisition einen Umsatzzuwachs, der auf mindestens 400 Mrd. Lire beziffert wird. Das ist der Umsatz, den die drei von Fermenta kontrollierten italienischen Pharma-Unternehmen Pirol, Roferm und Prochim im Jahr 1985 erzielt haben; die größte dieser drei ist seit 20 Jahren an der Mailänder Börse gehandelte Pirol, die 1985 einen Umsatz von beinahe 160 Mrd. Lire und einen Reingewinn von 8,7 (5,4) Mrd. Lire erzielte.

Die neueste Akquisition stärkt den Montedison-Konzern vor allem im Bereich der Feinchemie, in der das Unternehmen gegenüber der internationalen Konkurrenz noch unterrepräsentiert ist. Die eigentlichen Stärken von Montedison sind bisher nur die Pharmachemie, die Fluorchemie und der Polypropylenbereich.

B.L. sucht ein neues Image

AF, London

Der ehemalige britische Automobilkonzern British Leyland hat zum zweiten Mal innerhalb von nur acht Jahren seinen Namen gewechselt. Wie das Unternehmen in London mitteilte, beschloß die Aktionärsversammlung Anfang der Woche, daß der Konzern fortan unter der Bezeichnung Rover Group PLC (Public Limited Company) firmieren soll. Die Namensänderung betrifft jedoch nur die Muttergesellschaft. Erst 1978 hatte das Unternehmen seinen Namen von British Leyland in B.L. geändert.

Mit der erneuten Namensänderung möchte das britische Unternehmen sein Image lawdender, das in den vergangenen Jahren durch Streiks und Mißwirtschaft geprägt worden war. Seit der Übernahme des Konzerns durch die britische Regierung im Jahr 1974 sind bereits über zwei Mrd. Pfund (6,9 Mrd. DM) aus der Staatskasse in das Unternehmen geflossen.

Für das erste Halbjahr dieses Jahres hat der Konzern erneut eine Verschlechterung seiner finanziellen Lage im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gemeldet. In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres hatte das Unternehmen einen Verlust von 44,8 Mill. Pfund (154 Mill. DM) erwirtschaftet; 1985 betrug der Verlust vor Steuern 110,3 Mill. Pfund.

Zusammenschluß rechtswirksam

VWD, Berlin

Das Bundeskartellamt in Berlin wird das Untersuchungsverfahren Kloeckner/SEN vor dem Kammergericht Berlin nicht weiterführen. Damit ist der 1982 erfolgte Zusammenschluß rechtswirksam. Wie das Bundeskartellamt mitteilte, haben die Unternehmen auf den Märkten für Flaschenreinigungs-, Abfüll- und verschleißmaschinen heute keine übertragenden Marktstellungen mehr.

Die Berliner Behörde hatte 1983 den Zusammenschluß der Seitz Einziger Noll Maschinenbau AG (SEN), Mannheim, mit der Kloeckner-Tochter Holstein und Kappert GmbH, Dortmund, untersucht, weil beide Unternehmen mit Abstand die führenden Anbieter auf dem Gebiet der Flaschenreinigungs- und Getränkeabfüllmaschinen seien und durch den Zusammenschluß eine marktbeherrschende Stellung erreicht hätten. Die derzeitige Entscheidung ist das seit drei Jahren anhängige Kartellverfahren abgeschlossen.

„Stiefkind der Wirtschaftspolitik“

Braas hat sich auf magere Banjahre eingerichtet

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Kurt Rutha, Geschäftsführer Sprecher des Dacheim-Marktführers Braas & Co. GmbH, Frankfurt, sieht in den sehr schwachen Banjahren 1985 und 1986 die „Normaljahre“ auch für die Zukunft: „Wir rechnen eher damit, daß der Markt bis Anfang der neunziger Jahre noch um 1,5 bis zwei Prozent jährlich schrumpft - die Branche ist zum Stiefkind der Wirtschaftspolitik geworden und wird es auch für geraume Zeit - wenn nicht für immer - bleiben.“

Fredrich: „Auch in einem verlorenen Haufen bieten sich noch Chancen“. Braas selbst jedenfalls fühle sich nach der Anpassung an die kleineren Märkte - die 1985 unter anderem in einem Rückgang der Inlandsbelegschaft um 6,4 Prozent auf 2870 (3070) Mitarbeiter zum Ausdruck kam - gut in Form für die kommenden Aufgaben. Auch 1986 gilt, mit einem mageren Markt fertig zu werden. Das Unternehmen hat sich auf einen stagnierenden Absatz und nur leicht steigende Umsätze eingestellt - bei sehr konservativer Einschätzung.

Der kräftige Rückgang des Baumarktes im vergangenen Jahr hat das Unternehmen einen Verlust von 44,8 Mill. Pfund (154 Mill. DM) erwirtschaftet; 1985 betrug der Verlust vor Steuern 110,3 Mill. Pfund.

Bisher unter Vorjahreswert

Entwicklung bei Triumph Adler „noch nicht zufriedenstellend“

dpa/VWD, Nürnberg

Der Umsatz der Triumph Adler AG, Nürnberg, ist im ersten Halbjahr 1986 unter dem Vergleichswert des Vorjahres geblieben. Der Vorstandsvorsitzende der VW-Tochter, Wolfram Nadebusch, erklärte dies auf der Hauptversammlung in Nürnberg mit einer schwächeren Gesamtnachfrage und der Währungsentwicklung. Diese allein habe zu einem Verlust von 20 bis 30 Mill. DM geführt. Zudem stagniere der Büroschreibmaschinenmarkt in der Bundesrepublik, und in den USA sei er rückläufig. Dennoch rechnet Nadebusch für das zweite Halbjahr mit einer Geschäftsbelebung durch neue Produkte.

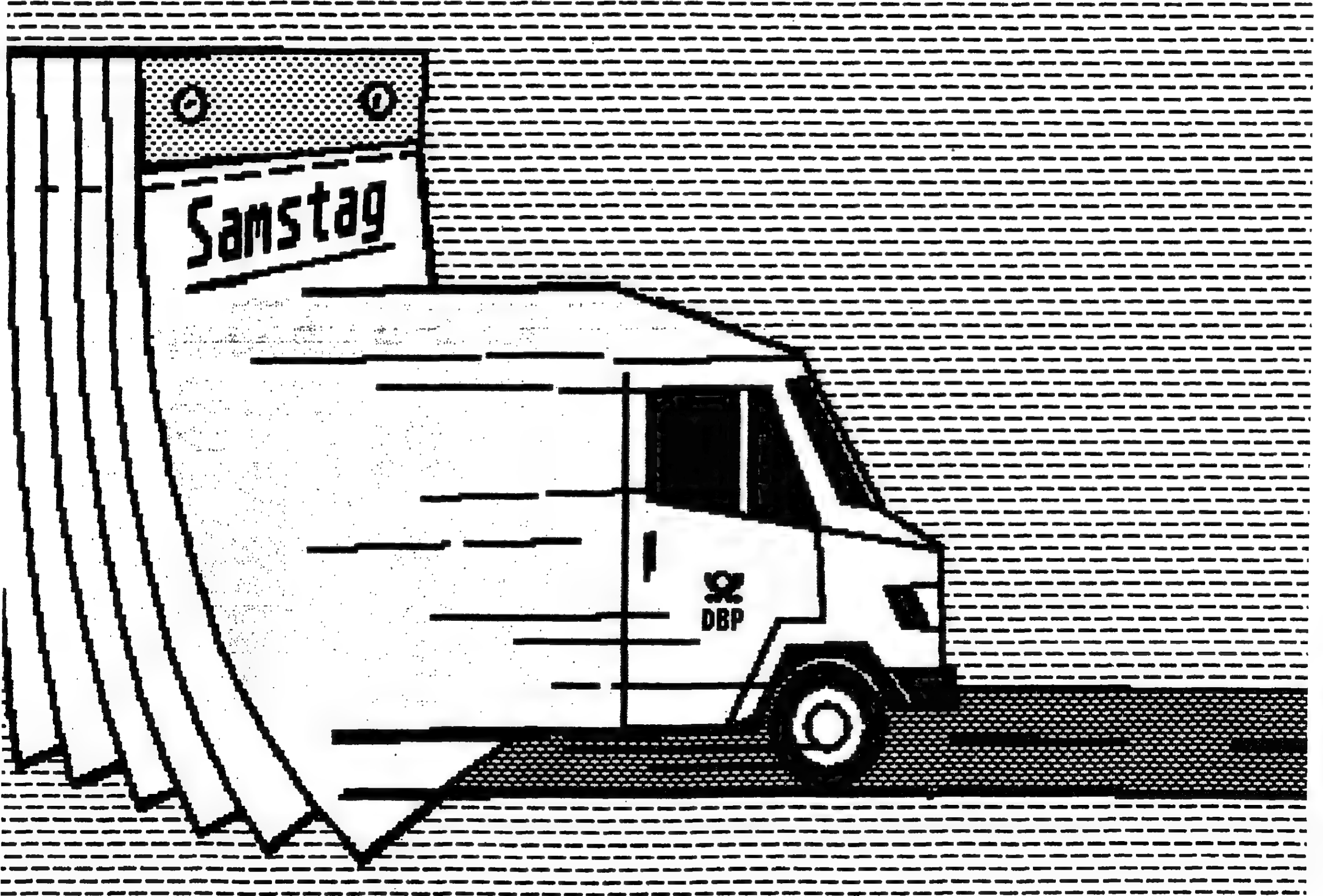
Obwohl der Umsatz 1985 um 17 Prozent auf 1,06 Mrd. DM stieg, und der Verlust des seit 1979 defizitären Unternehmens verringert wurde, sei die Entwicklung „noch nicht zufriedenstellend“, sagte Nadebusch. Die Ergebnisrechnung schließt, begünstigt durch die Auflösung von 50 Mill. DM Rückstellungen und die Über-

nahme von 70 (Vorjahr 348) Mill. DM Verlusten durch die Muttergesellschaft Volkswagen AG mit einem Jahresfehlbetrag von 0,11 Mill. DM ab. Damit erhöhte sich der ausgewiesene Bilanzverlust der AG auf 285,16 Mill. DM. Nadebusch rechnet bei „enormen Anstrengungen“ damit, aus eigener Kraft 1987 die „Oberfläche zu durchstoßen“.

Aufsichtsratsvorsitzender Horst Münzner - er ist gleichzeitig stellvertretender VW-Vorstandsvorsitzender - verneinte die Möglichkeit einer Rückkehr zur bisher 618,1 Mill. DM Verlustbilanz. Die Mutter VW. Mit dem Zustandekommen des noch durch das Bundeskartellamt zu genehmigenden Verkaufs von 98,4 Prozent des Grundkapitals von 80,5 Mill. DM an die italienische Olivetti SpA, Ivrea, werde VW darauf „zu ewigkeit“ verzichten, sagte Münzner. Die Höhe des Kaufpreises stehe noch nicht fest, da Wirtschaftsprüfer noch mit der Unternehmensbewertung befaßt seien.

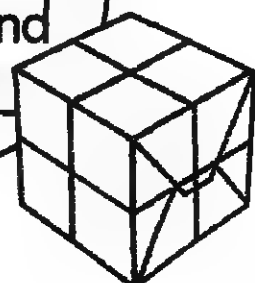
كتاب من الأدب

Samstags immer. Wenn woanders nichts mehr läuft, ist die Post erst recht auf Achse. Holt und bringt Pakete – ist für ihre Kunden da und deren oft wichtigen Zeitvorsprung. Diese Samstags-Mehrleistung gibt es ohne Mehrkosten, bei über 17.000 »Filialen«. Eine davon, das Postamt um die Ecke, hält sie auch für Sie bereit. Wenn es darum geht, logistische Vorteile im Sechs-Tage-Service zu bieten, ist das Leistungspaket der Post ganz schön groß. Kennen Sie es eigentlich in seiner neuesten Version? Der Kundenberater verrät Ihnen gern mehr darüber und was Sie alle Tage davon haben. **Und ab geht die Post.**



6.692.006 BSS

**Das
Postpaket**
Schnell und
sicher



 **Post**

Conti rollt gut durch 1986

Auf der HV beunruhigte nur die Schwäche des Dollar

KLAUS WÄGE, Hannover
Die Continental Gummi-Werke AG, Hannover, nach eigenen Angaben die Nummer zwei unter den europäischen Reifenherstellern, konnte auch 1986 bisher gute Resultate erzielen. Wie Vorstandsvorsitzender Helmut Werner nicht ohne Stolz auf der Hauptversammlung des Unternehmens vor rund 600 Aktionären in Hannover erklärte, hat sich die Ertragslage in den ersten fünf Monaten des Geschäftsjahres gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum noch einmal deutlich verbessert.

Die Umsätze im Konzern als auch in der AG lägen aber nur leicht über Vorjahresniveau. Nach der Einschätzung von Werner dürfte in diesem Jahr insgesamt ein Umsatzsteigerungs von etwa fünf Prozent zu realisieren sein, wobei sich technische Produkte und der Bereich Beteiligungen besonders bewähren würden. 1985 war der Weltumsatz mit der neuen österreichischen Tochter Sempit-Reifen AG um 41,6 Prozent auf 5 Mrd. DM gestiegen. Ohne Sempit war immer noch ein Plus von 11,7 Prozent auf 3,9 Mrd. DM erreicht worden.

Der Jahresüberschuss im Konzern war auf 77,2 (1984: 41,2) Mill. DM geklettert.

Trotz Optimismus wies Werner auf Unsicherheiten hin, die durch die Dollarschwäche entstehen. Unklar sei beispielsweise, ob sinkende Exportaufträge in der Kautschukindustrie durch eine steigende Inlandsnachfrage ausgeglichen würden.

In der Diskussion lobten Aktionärsprecher den Vorstand. Bei einer sehr niedrigen Präsenz von 35,1 (44,2) Prozent verabschiedete die HV alle Tagesordnungspunkte mit großer Mehrheit. Beschlossen wurde eine auf 5 (3) DM je 50 DM-Aktie erhöhte Dividende. Geschaffen wurde auch ein Aktien-Optionsplan für rund einhundert Conti-Führungskräfte, die dadurch stärker an den Konzern gebunden werden sollen. Die HV stimmte daher der Schaffung eines bedingten Kapitals von 10 Mill. DM zu, das durch die Begebung eines Wandeldarlehens von 2 Mill. DM erfolgen wird, und das das Recht zum Bezug von Conti-Aktien im Verhältnis 1:5 zum Kaufpreis von mindestens 200 DM pro Aktie gewährt.

Den Chemieverlust verdaut

Rheinbraun mit unveränderter Gewinnabführung

J. G. Dinseldorf
Auf Selbstfinanzierungsmaßnahmen habe man "weitgehend verzichten" müssen. So umschreibt die Rheinische Braunkohlenwerke AG, Köln, auch in ihrem 1985er Geschäftsbericht die Tatsache, daß man zwar abwärts nur 1,3 Mrd. DM zur Rücklagenstärkung auf 427 Mill. DM einsetzte, die 784 (820) Mill. DM Sachinvestitionen jedoch mehr als bequeme aus einer insgesamt um 42 Prozent über die Investitionssumme hinausragenden Innenfinanzierung - darin 787 (790) Mill. DM Abschreibungen - decken konnte.

Kommod gebettet in Finanzstruktur und Ertragskraft zeigt sich die größte Tochter des RWE-Konzerns (500 Mill. DM Aktienkapital) weiterhin: Bei 3,18 (3,19) Mrd. DM Umsatz mit 16 975 (16 918) Beschäftigten und nur noch 21 (41) Mill. DM Zinsaufwandsaldo wurde an die Organismen immerhin noch ein Bruttogewinn von 175 (187) Mill. DM abgeführt, nach Steuern unverändert 80 Mill. DM. Zwei wesentliche Belastungen wurden dabei glatt verdaut.

Erstens hatte Rheinbraun von der Organtochter Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG (UK), Wessling, einen nun fast die Höhe des Aktienkapitals (234 Mill. DM) erreichenden Verlust von 212 (142) Mill. DM aus 5,6 (5,4) Mrd. DM Umsatz zu übernehmen, weil UK mitten in der Restrukturierung ihres Raffinerie/Petrochemie-Geschäfts in den Stufen des Ölpreises verstrickt ist. Zweitens minderten die RWE-Kraftwerke 1985 ihren Braunkohlebezug um 7,3 Prozent auf 84,7 Mill. Tonnen, womit der gesamte Absatz um 4,9 Prozent auf 114,5 Mill. Tonnen zurückging.

Wichtigster Ausgleich für diese Verschlechterungen von Beteiligungs- und Betriebsergebnis: Durch Wegfall der 1984 hohen Vorruhestand-Vorsorge sank der Personalaufwand auf 1,17 (1,33) Mrd. DM oder nur noch 39,9 (34,5) Prozent des Rohertrages. - Einen Ausblick auf 1986 bietet der Vorstand nicht, betont aber, daß neben der Kernenergie die Braunkohle zur Deckung des Grundlaststrombedarfs "prädestiniert" bleibe.

Opel setzt auf umweltfreundliche Autos

Mit einem Gewinn wird erst ab 1987 gerechnet - Zulassungszahlen geben Anlaß zur Hoffnung

HARALD POSNY, Rüsselsheim
Auch im laufenden Jahr, dem dritten seit 1983, wird die Adam Opel AG, Rüsselsheim, nicht aus der Verlustzone herausfinden. Das Jahr 1986 hat zwar dank verbesserter Absatzlage und höherer Rentabilität bislang schwarze Zahlen gebracht, doch wird die zweite Jahreshälfte noch zu hohen Belastungen für Abschreibungen, Kosten für auslaufende Modelle und Aufwendungen für den Anlauf neuer Produkte - und deren Markteinführung - führen, so daß mit einem Gewinn erst ab 1987 zu rechnen ist. Hier allerdings sind sich Vorstandsvorsitzender Horst W. Herke und Finanzchef Ferdinand Schwenker ganz sicher: "1987 wird Opel von größerer Normalität und der Rückkehr zu schwarzen Zahlen geprägt sein."

Schon jetzt geben die Zulassungszahlen Anlaß zu der Erwartung, daß Opel vor dem Hintergrund eines In-

weltlichender Fahrzeuges war dort wesentlich reibungsloser.

Unzufrieden sei man mit dem Markterfolg des neuen Kadett in Deutschland, obwohl er mit 60 Prozent wieder der meistgeforderte Opel Typ ist. Über den USA-Export und dessen Wirtschaftlichkeit wird immer diskutiert, aber konkrete Pläne bestehen nach den Worten Herkes nicht. Sie werden wohl auch künftig kaum zu erwarten sein.

Auf der anderen Seite beginnt sich jetzt auch die zunächst zögernde, dann mit steigender Intensität ausgearbeitete Produktpalette an umweltfreundlichen Fahrzeugen auszuweiten. Immerhin wurde mehr als 1 Mrd. DM in die Schadstoffreduzierung investiert. In jeder Klasse verfügt Opel jetzt über Fahrzeuge mit geeignetem beziehungsweise ungeregeltem Katalysator, Abgasrückführung sowie Belüftungs- und Nachströmöffnungen.

Als erste deutsche Marke baut das Unternehmen den schadstoffreduzierten 1,3-Liter-Kadett Euroform, nach den Werksferien im Herbst auch den 1,6-Liter-Ascona. Damit bringt Opel zwischen 80 und 85 Prozent seines Verkaufsvolumens serienmäßig schadstoffreduziert auf den Markt. Die Wagen unterschreiten schon heute die erst ab Ende 1990 in Europa geltenden Abgasgrenzwerte und die noch strengereren US-Normen von heute. Außerdem erfüllen alle Diesel-Versionen die EG-Abgas-Richtlinien, der 1,6-Liter-Diesel sogar die strengen US-Vorschriften von 1987.

Und auch dies hat sich Opel erhebliche Summen kosten lassen:

- mehr als 80 Prozent der Modelle erfüllen die erst ab 1988 in der EG geltenden Geräuschwerte von 77 dB (A),
- der durchschnittliche Flottenverbrauch wurde auf 7,3 Liter pro 100 km reduziert,
- die Scheibenbremsen sind absehbare, ab Ende 1986 auch die Trommelbremsen,
- Opel fährt cadmium- und in der Lackierung fast löslungsmittelfrei.

Mit diesem Pfund will Opel künftig wuchern. Nach 1,5 Mrd. DM 1985 sind für dieses Jahr 1,25 Mrd. DM an Investitionen vorgesehen, von 1985 bis 1990 insgesamt 6,25 Mrd. DM. Darunter sind rund 750 Mill. DM für Umweltschutzmaßnahmen. Fast 52 Prozent der Summe sind modellgebundene Ausgaben, 41 Prozent Aufwen-

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Automobilgeschäft stellen sich wie selten günstig dar. In Bezug auf Geldverfügbarkeit, Entwicklung der Reallohnkosten und Wirtschaftswachstum muß man von einer einmaligen Konstellation sprechen, die leider nur von anhaltend hohen Arbeitslosigkeit getrübt wird.

Dr. Horst W. Herke, Vorstandsvorsitzender der Adam Opel AG

lands-Zulassungszahlen von annähernd 2,7 Mill. Pkw daran teilhaben wird. In den ersten fünf Monaten stiegen die Inlandsverkäufe um zwölf Prozent auf rund 188 000 Stück. Das entspricht einem Marktanteil von 15,3 (15,9) Prozent, der sich gegenüber dem Vorjahr jedoch noch merklich absetzt. Die Exporte gingen wegen niedrigerer Englandverkäufe zurück.

Daß Opel im europäischen Ausland (98 Prozent des Exports) um einiges erfolgreicher ist als in der Bundesrepublik (in Ländern wie Holland, Belgien, Dänemark, Griechenland und in der Schweiz hält Opel Spitzenpositionen), mag der Vorstand nicht eingehend analysieren. Nur soviel scheint sicher: Die Einführung um-

Zubrot zum Zuckergeschäft

Pfeifer & Langen wächst mit einer Diversifikation

JOACHIM GEHLHOFF, Köln
Auf wohl dauerhaft stagnierendem bis leicht rückläufigen Markt für ihr Hauptprodukt Rübenzucker hat die 118 Jahre alte Kölner Familienfirma Pfeifer & Langen KG in den Fesseln von EG-Quotensystem und (reduziertem) Interventionspreis Federn lassen müssen. Der bei 299 000 (268 000) Tonnen Zuckerproduktion und 1410 (1440) Beschäftigten auf 805 (880) Mill. DM gesunkene Gesamtumsatz (ohne Beteiligungen) überzeichnet das zwar, weil 43 Mill. DM Vertriebsleistung für eine Beteiligung (Krüger) in deren Eigenregie überführt wurden, so daß das echte Umsatzminus bei einem Prozent lag.

Aber auch der Jahresüberschuss von 17,3 (15,6) Mill. DM gibt ein falsches Bild. Denn er wurde 1984 durch 3,2 Mill. DM versteuerte Pensionsrückstellungen für die Gesellschafter gedrückt und jetzt durch Reduzierung der in besseren Jahren gebildeten Preissteigerungsrücklage geschockt. Der (verschwiegene) Gewinn vor Steuern sei um sieben Prozent gesunken. Immerhin reichte es beinahe zur "traditionellen" Gewinnausschüttung von 18 Mill. DM, wonach das Eigenkapital noch auf 215 (206) Mill. DM verstärkt wurde und nebst der Hälfte der Rücklagen-Sonderposten eine weiterhin respektable Bilanzquote von 39,0 (40,6) Prozent ausmachte. Die 31,4 (35,5) Mill. Sachinvestitionen wurden überreichlich aus 38,3 (33,7) Mill. DM Abschreibungen finanziert.

Aus dem Erfolg ein halbes Jahrzehnt hindurch mit Schwerpunkt der Energieeinsparung gewidmeten Investitionen und der vom zweiten Halbjahr (nach schwacher erster Jahreshälfte) erhofften Belebung des Zuckerkarabasses erwartet das Geschäfts-

führer-Quartett für 1986 die Rückkehr zu dem guten 1984er Ertragsniveau. Die künftigen Investitionen sollen ihren Schwerpunkt bei der Strukturverbesserung durch "schrittweise" Konzentration der Produktionsstandorte haben.

Das gilt auch für die Anfang 1986 für 45 Mill. DM (mit Bankkrediten) erworbene Lippe-Weser Zucker AG, Lage, (58 000 t Zuckerquote, 132 Mill. DM Umsatz). Mit dieser jetzt fusionierten Firma hat Pfeifer & Langen seine regionale Absatzposition zumal im östlichen Ruhrrevier und seine Stellung als zweitgrößter deutscher Zuckerproduzent gestärkt.

Trotz dieses Neugagements bleibt Wachstum aus der Enge des Zuckermarktes heraus die wichtigste Strategie. Vor allem aus den beiden 50-Prozent-Beteiligungen Convent Knabber-Gebäck (206 nach 194 Mill. DM Umsatz) und Krüger-Instant-Granulate (113 nach 104 Mill. DM Umsatz) hat die Beteiligungskonto bei 34,5 Mill. DM Buchwert 7,8 (8,8) Mill. DM Erträge. Die Tochter Messmer-Tee (63 nach 51 Mill. DM) will man ab 1987 aus den roten Zahlen haben.

Produktinnovationen forciert das Stammhaus auch in seinem aus früherer Zuckerfabrik zum Biotechnik-Zentrum umgewandelten Werk Dormagen. Mit einer inzwischen breit gewordenen Produktpalette auf Basis von Zucker und Weizenmehl wurde hier 1985 der Umsatz um 22 Prozent auf 27 Mill. DM gesteigert. Die Aussicht jedoch, daß biotechnische Produktion großen Stils, etwa in der Bioban- oder Erzeugnisse aus Rübenzucker oder Weizen, die EG-Agarpolitik hier aus Überschussproblemen erlösen könnte, verweist die Geschäftsführung nach dem Ölpreisverfall erst recht ins Land der Träume.

KONKURSE

Konkurse eröffnet: Aachen: Car-Reit-Service Vermietung von Gebrauchtwagen GmbH; Aachen: Maria Pfister, Sportstudio Aachen; Aachen: Burg: Offen-Kunst Ges. handwerklicher Kachelofenbau mbH; Augsburg: Hans Trinkl Apparatebau GmbH; Albstadt: Adelman; Bad Segeberg: C.K. Küchen Handels GmbH; Leoben OT Krenns J.; Balingen: Karl Hopf GmbH Elektrotechnische Fabrik; Schönbühl-Schönbühl: Bayreuth: Motor-sporthandels GmbH; Berlin: Char-lettenburg Nachf. & Fritz Hartmann; Celle: Heinrich Dornier, Biermann; Hamburg: Wilhelm Thünecke

(GmbH & Co.); Gütersloh: CZE Computer Zubehör- u. Ersatzteilvertriebs GmbH; Verl.: Pro Comic Verlagsges. mbH; Fritz Witke Möbelfabrik GmbH & Co.; Fritz Witke Verwaltungs-GmbH; Hamele: KG I. Betonwerke Verstädt. GmbH & Co. I. L.; Salz-hemmendorf: Rhenish-Bremer Hubert Kemmer, Kaufmann; Köln: Willibald Abels Fleischwaren GmbH; München: Fritz v. Schaezler Schloß- u. Grund-stücksverwaltungs GmbH; Franz Go-bert KG; Lorenz Kottmayer, ehem. Gaststätte u. Metzgerei; Nürnberg: Nachf. d. Robert Meier, Inh. d. Auto-lackiererei Meier.

Marriott Hotels Sommer-Aktion für Wochenenden.

Nur DM165 pro Übernachtung

PARIS, Avenue George V; LONDON, Grosvenor Square; AMSTERDAM, Leidseplein; ATHEN, Syngrou Avenue; WIEN, Parkring

Stellen Sie sich einen Kurzurlaub mit Fünf-Sterne-Luxus im Herzen einer der romantischsten Hauptstädte Europas vor - für ganze DM165 pro Nacht (DM141 in Athen). Der genannte Preis gilt ohne MwSt.

Wenn Sie Einzelheiten über unsere Sommer-Wochenendaktion erfahren wollen, bei der es Ermäßigungen bis zu 50% gibt, rufen Sie die untenstehende Nummer an.

* Das Angebot gilt vom 1. Juni bis zum 31. August 1986.

Zwecks Einzelheiten und Reservierungen rufen Sie bitte an: Bundesrepublik Deutschland 0130 4422 (gebührenfrei).

Marriott
HOTELS • RESORTS

Unsere Konsequenz aus dem Reaktorunfall von Tschernobyl!

Wir suchen adäquate Vertriebspartner

zur Distribution unserer Deskontaminationsmittel, die radioaktive Strahlungspartikel von verschmutzten Oberflächen entfernen.

Drei Spezialprodukte sind lieferbar:

1. Körperreinigungsmittel für Kinder und Erwachsene.
2. Reinigungsmittel für Oberflächen und Gegenstände.
3. Pulverpräparat für Gemüse, Salate, Obst usw.

Mit der Reinigungsmittel werden die Radioisotope durch natürliche Komplexbildner abgetrennt. Seit Jahren schon wird diese Reinigungstechnologie zur Dekontamination in Kernkraftwerken angewendet und ist daher erprobt und bewährt.

Wir stellen eine vertrauenswürdige, solvente und eingeführte Firmen vor, die den Vertrieb im In- und Ausland selbstständig aufbauen. Alles Weitere sollte persönlichen Gesprächen vorbehalten bleiben.

Remsgold-Chemie GmbH & Co.

Talstraße 2, 7065 Winterbach, Telefon 0 71 81 / 7 70 47

Polyäthylen - Äthylen

Wir liefern konkurrenzlos.

Anfragen erb. unt. W 2463 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Blechverarbeitungs-betriebe

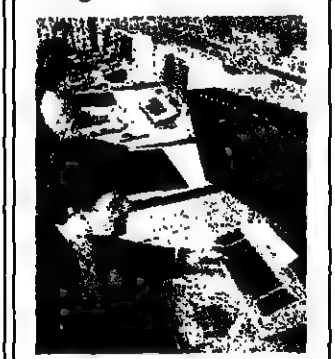
Wir vergeben für die Fertigung u. den Vertrieb gesetzlich geschützte Produkte in Lizenz. Sehr hohe Rendite. Umsatzzahlen können einge-sehen werden.

Tel. 0 21 91 / 8 28 51

Gesucht ab DM 500 000,-
Stille oder aktive Beteiligung an
Time-Sharing-Projekt. Zins p. a.
20%. Seriöse Angebote unter E
3249 an WELT-Verlag, Postfach
10 08 64, 4300 Essen.

Wahrsagerin Virchow
Viele nachweisbare Erfolge.
Tel. 0 62 02 / 1 04 24 u.
2 30 79

Wir sind ein Ingenieurbüro
mit Niederlassungen in
Siegen, Frankfurt und
Mannheim. Unser Arbeits-
gebiet ist die Planung und
Konstruktion von Industrie-
anlagen.



Unsere
CAD-Zentren
(System INTERGRAPH):
CAD-Zentrum Nordwest
Niederlassung Siegen,
CAD-Zentrum Mitte
Niederlassung Frankfurt,
CAD-Zentrum Süd
Niederlassung Mannheim.

Unser Dienstleistungs-
angebot umfaßt für die
Bereiche Anlagenplanung/
Rohrleitungsbau, Elektro-
technik, Meß- und Regel-
technik die Konstruktion, das
Digitalisieren und die
Übernahme in Datenbanken.

Sie erreichen uns über
unsere Hauptverwaltung:

Ingenieurbüro Norbert Muth
Königsstuhlstraße 16
Postfach 43 40
6200 Wiesbaden
Telefon 0 61 21/52 40 36
Telex 4182 609 inn d

Übernahme
einer kleinen Buchhandlung
(eventuell mit Antiquariat)
gesucht!

Angab. u. C 3643 an WELT-Verl.,
Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Firmengründung in USA
Welche Geschäftsform ist die rich-
tig? Wie man Partner vermittelt. Gra-tis-
info bei:

European Business
Consultants Inc.
Rotherbaum-
chausee 5
2000 Hamburg 13

EBCON

Wieder ein Jahr der Innovationen



Das neue Lkw-Reifen-Konzept: E.O.T. (EnergieOptimierteTechnologie)

Weniger Kraftstoffverbrauch - Mehr Kilometerleistung

Konzern(Welt)-Jahresabschluss 1985 in Mio DM - Kurzfassung

Bilanz zum 31. Dezember	1985	1984	Gewinn- und Verlustrechnung	1985	1984
Aktiva			Außenumsatzerlöse	5003,3	3534,0
Sachanlagen	912,6	671,5	Bestandserhöhung	16,4	57,4
Finanzanlagen	93,5	37,6	Aktivierte Eigenleistungen	43,7	32,9
Ausgleichsposten aus Konsolidierung	69,2	55,8	Gesamtleistung	5063,4	3624,3
Vorräte	847,8	611,9	Materialaufwand	2311,8	1569,5
Übriges Umlaufvermögen	914,1	558,9	Personalaufwand	1683,8	1334,7
	2837,2	1985,7	Abschreibungen	206,6	153,9
Passiva			Zinsaufwand (saldiert)	97,1	85,0
Grundkapital	289,0	299,0	Steuern	106,8	75,6
Konzernrücklagen	369,3	225,1	Mehraufwand a. übrigen Positionen	570,1	354,4
Rückstellungen	576,6	387,5	Jahresüberschuss	77,2	41,2
Langfristige Verbindlichkeiten	648,2	453,9	Gewinnvortrag	1,3	-
Andere Verbindlichkeiten	912,1	551,2	Veränderungen der Konzernrücklagen u.ä.	- 46,5	- 22,0
Konzerngewinn	32,0	18,2	Konzerngewinn	32,0	19,2
	2837,2	1985,7			

Der vollständige Konzernabschluss und der Jahresabschluss der Continental Gummi-Werke AG enthalten den uneinge-

schränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers und werden im Monat Juli im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Sempit - eine gute neue Marke
Mit dem Erwerb von 75% der Aktien der österreichischen Sempit Reifen AG haben wir die Vorwärtstrategie des Konzerns erfolgreich fortgesetzt. Unsere zweite Position im europäischen Reifenmarkt wurde strategisch abgesichert. Sempit, die für 1985 ein verbessertes Ergebnis aufweist, steht nun im Wettbewerb mit den beiden anderen Konzernmarken Continental und Uniroyal.

Kräftiges Umsatzwachstum
Der Konzernumsatz erhöhte sich um 41% auf 5 Mrd. Ohne den Umsatz der Sempit-Gruppe läge die Steigerungsrate bei 11,6%. Produkt- und Technologieinnovationen haben die Position bei unseren Kunden gestärkt und sind die Voraussetzung für eine weitere Umsatz- und Ertragssteigerung.

Ertrag gestiegen
Bei voller Kapazitätsauslastung erwirtschafteten wir im Verlauf des Jahres wachsende Erträge. Alle Konzernbereiche - Reifen (Continental, Uniroyal, Sempit), Technische Produkte und Beteiligungen - leisteten wiederum positive Beiträge zu dem Jahresüberschuss von 77,2 Mio (1984 DM 41 Mio).

Continental

	59	57.5
	455	454
	73.5	74
	13.5	13.5
total	15.27	15.9
	31.3	31.7
	18.1	18.77
	114	113
	48.5	47
	15.7	12.2
d	7.9	8.16
	6.90	6.71
	58.2	70.8
	34.7	34.7
	380	393
	153.5	152
	98.1	98.4
	44.3	44.1
	75.8	76.58
	74.5	74.5
sf	14.2	14.5
	38.5	39.0
	165	168
	18.57	18.57
	7.7	7.75
	15	-
	11	11
	20.25	20.5
	201	201
	82.5	81.5
	72.4	72.5G
	74.5	94
	75G	75G
	44.80	45.1

Düsseldorf			Frankfurt			Hamburg			München			Aktien-Umsätze		
9.7.	8.7.	7.7.	9.7.	8.7.	7.7.	9.7.	8.7.	7.7.	9.7.	8.7.	7.7.	9.7.	8.7.	7.7.
ABG	288,2-5-5,5	286	Stückl	11779	288,5-5-5-5,5	785,5G	Stückl	11779	288,5-5-5-5,5	785,5G	Stückl	11779	288,5-5-5-5,5	785,5G
BAF	448,5-5-5	448,5	Stückl	11779	448,5-5-5	785,5G	Stückl	11779	448,5-5-5	785,5G	Stückl	11779	448,5-5-5	785,5G
BayWa	27,6-7-1,5	27,6	Stückl	11779	27,6-7-1,5	785,5G	Stückl	11779	27,6-7-1,5	785,5G	Stückl	11779	27,6-7-1,5	785,5G
Beiersdorf	550,0-5-5	550,0	Stückl	11779	550,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	550,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	550,0-5-5	785,5G
Bayer	100,0-5-5	100,0	Stückl	11779	100,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	100,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	100,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G
Bayer AG	580,0-5-5	580,0	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0-5-5	785,5G	Stückl	11779	580,0	

[illegible]

Freieiker			
710	Strasser "18"	407	49,38
712	M. Sch. Kolom. "18"	101060	101060
713	M. Sch. Kolom. "18"	12380	12380
714	B. Springer Wernig	42560	42560
715	M. Sch. Kolom. "18"	12380	12380
716	M. P. S. B. "18"	19068	19068
717	D. Schenck "18"	591	400
718	St. Sch. "18"	11707	11707
719	St. Sch. "18"	11707	11707
720	St. Sch. "18"	11707	11707
721	St. Sch. "18"	11707	11707
722	St. Sch. "18"	11707	11707
723	St. Sch. "18"	11707	11707
724	St. Sch. "18"	11707	11707
725	St. Sch. "18"	11707	11707
726	St. Sch. "18"	11707	11707
727	St. Sch. "18"	11707	11707
728	St. Sch. "18"	11707	11707
729	St. Sch. "18"	11707	11707
730	St. Sch. "18"	11707	11707
731	St. Sch. "18"	11707	11707
732	St. Sch. "18"	11707	11707
733	St. Sch. "18"	11707	11707
734	St. Sch. "18"	11707	11707
735	St. Sch. "18"	11707	11707
736	St. Sch. "18"	11707	11707
737	St. Sch. "18"	11707	11707
738	St. Sch. "18"	11707	11707
739	St. Sch. "18"	11707	11707
740	St. Sch. "18"	11707	11707
741	St. Sch. "18"	11707	11707
742	St. Sch. "18"	11707	11707
743	St. Sch. "18"	11707	11707
744	St. Sch. "18"	11707	11707
745	St. Sch. "18"	11707	11707
746	St. Sch. "18"	11707	11707
747	St. Sch. "18"	11707	11707
748	St. Sch. "18"	11707	11707
749	St. Sch. "18"	11707	11707
750	St. Sch. "18"	11707	11707
751	St. Sch. "18"	11707	11707
752	St. Sch. "18"	11707	11707
753	St. Sch. "18"	11707	11707
754	St. Sch. "18"	11707	11707
755	St. Sch. "18"	11707	11707
756	St. Sch. "18"	11707	11707
757	St. Sch. "18"	11707	11707
758	St. Sch. "18"	11707	11707
759	St. Sch. "18"	11707	11707
760	St. Sch. "18"	11707	11707
761	St. Sch. "18"	11707	11707
762	St. Sch. "18"	11707	11707
763	St. Sch. "18"	11707	11707
764	St. Sch. "18"	11707	11707
765	St. Sch. "18"	11707	11707
766	St. Sch. "18"	11707	11707
767	St. Sch. "18"	11707	11707
768	St. Sch. "18"	11707	11707
769	St. Sch. "18"	11707	11707
770	St. Sch. "18"	11707	11707
771	St. Sch. "18"	11707	11707
772	St. Sch. "18"	11707	11707
773	St. Sch. "18"	11707	11707
774	St. Sch. "18"	11707	11707
775	St. Sch. "18"	11707	11707
776	St. Sch. "18"	11707	11707
777	St. Sch. "18"	11707	11707
778	St. Sch. "18"	11707	11707
779	St. Sch. "18"	11707	11707
780	St. Sch. "18"	11707	11707
781	St. Sch. "18"	11707	11707
782	St. Sch. "18"	11707	11707
783	St. Sch. "18"	11707	11707
784	St. Sch. "18"	11707	11707
785	St. Sch. "18"	11707	11707
786	St. Sch. "18"	11707	11707
787	St. Sch. "18"	11707	11707
788	St. Sch. "18"	11707	11707
789	St. Sch. "18"	11707	11707
790	St. Sch. "18"	11707	11707

[illegible][illegible]

Amsterdam			London			Malindi			New York		
9.7	8.7	9.7	9.7	8.7	9.7	9.7	8.7	9.7	9.7	8.7	9.7
ACF Holding	106.2	106.4	Delta Dental Bank	390	390	ASBHD	2,620	2,620	Atlas SpA	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Delta Bank	390	390	Bank of China	2,620	2,620	Bank of America	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Kopex, Warszawa	270	270	Bank of India	1,530	1,530	Bank of Europe	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of Japan	1,530	1,530	Bank of France	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of Korea	1,530	1,530	Bank of Italy	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of Spain	1,530	1,530	Bank of London	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of Sweden	1,530	1,530	Bank of Paris	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of Switzerland	1,530	1,530	Bank of Rome	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the Netherlands	1,530	1,530	Bank of Athens	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United Kingdom	1,530	1,530	Bank of Belgrade	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Buenos Aires	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Lima	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Mexico	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Santiago	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Valparaiso	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Montevideo	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Rio de Janeiro	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Sao Paulo	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Bogota	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Caracas	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Havana	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Lima	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Mexico	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Santiago	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Valparaiso	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Montevideo	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Rio de Janeiro	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Sao Paulo	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Bogota	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Caracas	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Havana	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Lima	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Mexico	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Santiago	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Valparaiso	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Montevideo	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Rio de Janeiro	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Sao Paulo	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Bogota	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Caracas	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Havana	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Lima	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Mexico	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Santiago	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Valparaiso	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Montevideo	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Rio de Janeiro	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Sao Paulo	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Bogota	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Caracas	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Havana	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Lima	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Mexico	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Santiago	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Valparaiso	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Montevideo	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Rio de Janeiro	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Sao Paulo	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Bogota	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Caracas	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Havana	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Lima	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Mexico	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Santiago	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Valparaiso	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Montevideo	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Rio de Janeiro	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Sao Paulo	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Bogota	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Caracas	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Havana	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Lima	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Mexico	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Santiago	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Valparaiso	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Montevideo	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Rio de Janeiro	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Sao Paulo	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Bogota	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Caracas	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Havana	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Lima	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Mexico	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Santiago	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Valparaiso	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Montevideo	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Rio de Janeiro	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Sao Paulo	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Bogota	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Caracas	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Havana	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Lima	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Mexico	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Santiago	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Valparaiso	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Montevideo	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Rio de Janeiro	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Sao Paulo	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Bogota	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Caracas	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Havana	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Lima	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2	106.4	Polysar	390	390	Bank of the United States	1,530	1,530	Bank of Mexico	3,690	3,690
Ag. B. B. Nederland	106.2										

[illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible]

LANCIA. NOCH MEHR RASSE IN DER PRIMA



DER NEUE LANCIA PRISMA.

Wer in der europäischen Mittelklasse zur Spitzenklasse gehören will, braucht Ehrgeiz, Können und Erfahrung. Alles gute Lancia-Tugenden. Und deshalb stellen wir uns ständig der Herausforderung des Marktes. Jetzt in der Mittelklasse. Wir haben beim Lancia Prisma (der Limousine) und beim Lancia Delta (dem Kompakten) fast jedes Detail in Frage gestellt und neu beantwortet. Nur eines nicht: Das inzwischen klassische Lancia-Konstruktionsprinzip der quer eingebauten Frontmotoren und der Einzelrad-Aufhän-

gung aller vier Räder. Fast alles andere ist neu.

Der Frontspoiler ist größer und hat Platz für integrierte Zusatzscheinwerfer. Die hinteren Stoßflächen greifen weiter um die Karosserie herum.

Die Sitze sind ergonomisch neu geformt. Die Instrumente wurden neu gezeichnet. Die Heizungs- und Lüftungsanlage hat noch mehr Luftdurchsatz. Die Schaltung arbeitet leichter. Bedienungshebel und Knöpfe wurden neu angeordnet. Die Lautsprecherpositionierung wurde

akustisch verbessert. Straßenlage und Lenkung wurden weiter optimiert.

Einige Versionen erhielten Lenkungsdämpfer. Beim Prisma ist die Front jetzt leicht nach hinten geneigt (wie beim Lancia Thema), um den Luftwiderstand noch mehr zu verringern.

Am meisten hat sich bei den Motoren getan: Das Triebwerk des Prisma 1500 erhielt einen neuen Vergaser mit Schubabschaltung, eine elektrische Gemischvorwärmung im Ansaugrohr und eine hochmoderne Kennfeld-Zündung. Es

leistet 55 kW/75 PS und macht diese Variante 160 km/h schnell. Der Verbrauch konnte noch weiter auf 5,8 l/100 km bei 90 km/h, 7,7 l bei 120 km/h und 9,5 l im Stadtverkehr gesenkt werden (bleifreies Normalbenzin).

Die 1,6-l-Maschine im Prisma 1600 i.e. und im Delta 1600 i.e. GT wurde weitgehend neu konstruiert. Der Zylinderkopf wurde um 180° gedreht. Die Auspuff-Seite liegt jetzt vorn direkt im kühlenden Fahrtwind, die neue Einspritzanlage IAW von Weber Marelli ist gegen Winterkälte auf der Hinterseite des Motors geschützt. Die Grundform des Aggregats mit zwei obenliegenden Nockenwellen

delia 1500

مكتبة امداد

DEUTTELKLASSE.



eb unverändert. Modifiziert wurden
erster Linie der Zylinderkopf, die
ockenwellen, die Kolben sowie das
saug- und Auspuffsystem. Die IAW-
ispritzung kombiniert Zündung (mit
rtischer Kontrolle) und Einspritzanlage;
ide werden von einem elektronischen
uerelement versorgt. Der Motor lei-
st damit 80 kW/108 PS, das Dreh-
oment wurde gegenüber der Vergaser-
ersion nochmals gesteigert und die
chstgeschwindigkeit stieg auf 185 km/h.
gebnis: Dieser neue 1,6-l-Einspritzmotor
temperamentvoll und drehfreudig, durch-
gstark und elastisch – und zudem leise
d sparsam.

DER NEUE LANCIA DELTA.

Den Lancia Delta gibt es demnächst auch
mit dem sportlichen 2-Liter-Turbo-Diesel-
Motor aus dem Lancia Prisma mit 59 kW/
80 PS und 170 km/h Spitze. Mehr war beim
besten Willen nicht zu verbessern. Über-
prüfen Sie es selbst. Bei einer Probefahrt.

Lancia Delta 1300 Vierzylinder-Reihen-
motor mit obenliegender Nockenwelle,
1280 ccm, 55 kW/75 PS, Fünfganggetriebe,
0-100 km/h 14,3 Sek., 163 km/h.

Lancia Delta 1500 Automatik Vierzylinder-

Reihenmotor mit obenliegender Nocken-
welle, 1465 ccm, 59 kW/80 PS, 3-Gang-
Automatik, 0-100 km/h 14,3 Sek., 160 km/h.

Lancia Prisma 1500 Vierzylinder-Reihen-
motor mit obenliegender Nockenwelle,
1465 ccm, 55 kW/75 PS, Fünfganggetriebe,
0-100 km/h 12,1 Sek., 160 km/h.

Lancia Prisma 1600 i.e. und Lancia Delta
1600 i.e. GT Vierzylinder-Reihenmotor mit
2 obenliegenden Nockenwellen, IAW-Ein-
spritzung, 1574 ccm, 80 kW/108 PS, Fünfgang-

getriebe, 0-100 km/h 10,0 Sek., 185 km/h.

Lancia Prisma und Lancia Delta turbo diesel
Vierzylinder-Reihenmotor mit obenliegen-
der Nockenwelle, 1911 ccm, 59 kW/80 PS,
KKK-Turbolader und Ladeluftkühlung, Fünf-
ganggetriebe, 0-100 km/h 12,9 Sek.,
170 km/h.

LANCIA



So viel steht fest: In der neuen Saison hat der Rallye-Sport eine seiner schillerndsten Figuren wieder. „Angebote von anderen Firmen“, sagt Röhl, „liegen mir genügend vor.“ Bis dahin greift Röhl weiter zur Ersatz-Droge Rennrad. „Da reagiere ich meinen Frust am besten ab.“

Theater als Spiel-Ball: Münchner Bühnen-Bilanz

Ein Kaspar macht Kasse

Die Würde einer langen und glänzenden künstlerischen Geschichte, die sich dort abgespielt, bleibt der Stätte trotzdem erhalten, beruhigte Thomas Mann 1951 den Intendanten Alois Johannes Lippel anlässlich der Eröffnung des wiederaufgebauten Münchner Residenztheaters, in dem nicht nur der rachsüchtige Löwen-Fries an der Brüstung und die unter den Leuchtröhren leuchtenden Gesichter des Publikums verstören. „Des Geistes hellen Sieg über die Qual der Zeit“ wünschte der Dichter damals auf „neue Resi“ herab, als es den von Paul Verhoeven 1946 im Beilshoftheater am Brunnhof der Residenz begonnenen Spielbetrieb übernahm.

Wie es um diesen Sieg heute steht, nach insgesamt 40 Nachkriegsjahren des Bayerischen Staatsschauspiels?



An die gebildete Hochprosa aus dem vorigen Jahrhundert wird der Theater-geneigte Leser in dem 272seitigen Band „Verein der Freunde des Bayerischen Staatsschauspiels“ unter dem Titel ... dann spielen sie wieder“ im Bruckmann-Verlag herausgebracht hat.

Da geht's unter sechs Intendanten, weiß Thalia, längst ums subventionierte Überleben eines „rückständigen Mediums“, wie es allenthalben hieß. (Kurt Meisel, elf Jahre Intendant, „Für jeden Sitz zahlt der Staat 35 Mark – da muß dann auch ein drauf sitzen!“) Insofern ist die von Monica Faber (Text) und Loni Weizert (40-Jahres-Liste mit 17 796 Aufführungen) erarbeitete Dokumentation exemplarisch für eine Theatergeschichte, wie sie von Kritikern nicht zu erwarten ist: Weder die wechselnden Theorien und Temperamente der Schauspieler noch die x-beliebigen Aesthetica gewohnheitsmäßig Praeceptoren stehen hier zur Debatte, sondern das Theater als Betrieb und öffentlicher Spiel-Ball.

„Theater ist eine ewige Schule mit Noten“, grüßt der Intendant Kurt

Horwitz 1954 in seinem Taschenkalender, und er fragt: „Bin ich nur dazu da, Hysterien, Größenwahn, Egoismus etc. zusammenzuhalten?“ Als er vier Jahre später das Handtuch wirft, eröffnet der scheinbar melancholische Helmut Heinrichs seine 14jährige Intendantenzeit mit einer Art Enzyklika: wider die Originalitätssucht als Ersatz für die fehlende zeitgenössische Dramatik. Womit er dann den Zorn der 68er herausfordert, postum übrigens sehr fair in Schutz genommen von seinem doch recht theaterkritischen Sohn Benjamin. Dafür gilt die geballte Ladung überregionaler Kritik dem Nachfolger Kurt Meisel und dessen als „dumm-euphorisch“ abqualifiziertem Motto: „Es soll Spaß machen, hier zu arbeiten.“

Aufgeschlüsselt nach den vier Tatorten (Brunnenhof, Residenz, Cuvillies-Theater, Marstall) kommt das Staatsschauspiel seit 1946 auf respektable 34 Shakespeare-Inszenierungen; es folgen Ludwig Thoma (21) und Molière (18). Kein Junger ist unter den 25 meistgespielten Autoren. Doch die weitaus meisten Aufführungen (488) hat bis heute Kurt Wilhelm Volckstätt „Der Brandner Kaspar“ von 1975, an zweiter Stelle mit 146 Aufführungen die Heinrichs-Inszenierung von Lessings „Nathan“.

Am Brandner Kaspar kommt nach Meisel auch Frank Baumbauer nicht vorbei, obwohl das nackte Mädchen auf seinem ersten Spielplan von 1983 programmatisch die weißblauen Rautenstrümpfe abstreift, und der Schauspieler Sepp Bierbichler alles tut, das Bayerische endgültig salomunfähig zu machen.

Doch von all den Querelles bava-roiens kein Wort im Buch der Freunde. Wenn, entgegen Thomas Mann, zur Qual unserer Zeit gehört, daß man eine kritisch-analytische Verbildung schon fast bei Säuglingen vor der Mutterbrust erwartet, ist es eine Sensation: Über 30 Schauspieler, acht Regisseure und die ältesten Bühnenarbeiter wird auch einmal freundschaftlich, informativ und höflich berichtet. Selbstverständlich sehen auch darin bereits Hofberichterstattung – so sehr hat man sich daran gewöhnt, daß Theaterleute unanschaulich beschimpft werden als irgendein real existierender Verbrecher.

ARMIN EICHHOLZ
... dann spielen sie wieder“, hrsg. v. Monica Faber, Bruckmann, München, 272 S., 48 Mark.



Vorbild für eine architektonische Mode: Die Tempel von Paestum, radiert von Giovanni Battista Piranesi, aus der Ausstellung in Padua

Auf Goethes Spuren: Eine Ausstellung dokumentiert das Schicksal Paestums

Das Reiseziel gebildeter Menschen

Ich befand mich in einer völlig fremden Welt ... Nun sind unsere Augen und durch sie unser ganzes inneres Wesen an schlankere Baukunst hingekurbelt und entschlossen bestimmt, so daß uns diese stumpfen, kegelförmigen, enggedrängten Säulenmassen lästig, ja furchtbar erscheinen.“ Knapp und eindringlich schildert Johann Wolfgang von Goethe so seinen ersten Eindruck von den dorischen Tempeln in Paestum nahe Salerno.

Der deutsche Dichter, auf seiner ersten italienischen Reise unterwegs, räumt dann in seinem Passus, datiert „Neapel, Freitag, den 23. März 1787“ ein: „In weniger als einer Stunde fühlte ich mich befreundet, ja ich pries den Genius, daß er mich diese so wohl erhaltenen Reste mit Augen sehen ließ, daß sich von ihnen durch Abbildung kein Begriff geben läßt.“

Doch wurden diese großartigen Tempel der Magna Graecia, entstanden in der als Poseidonia gegründeten Stadt im 6. Jahrh. v. Chr., sehr

wohl immer wieder dargestellt. Bald wurden diese Tempelbauten Vorbild für eine architektonische Welle, die Europa von Neapel bis England überflutete.

Zeugnis dieses Einflusses legt eine große Ausstellung in der Kartause von San Lorenzo in Padua bei Salerno ab. „Das Geschick Paestums und die dorische Erinnerung in der Moderne“ wurde sie betitelt. Ihr Thema ist die Bedeutung jener Reisen, die die brennende Gebilde, Dichter und Künstler zwischen 1750 und 1830 von Neapel aus (einer europäischen Hauptstadt von Pariser Zuschnitt) in die gerade wieder entdeckte antike Ruinenstadt machten, von der im Laufe der Jahrzehnte außer den großartigen Tempeln die Stadtmauer, das Forum und ganze Stadtviertel freigelegt wurden.

200 Arbeiten europäischer und nordamerikanischer Künstler, die sich mit Paestum befaßten und ihre Ausbeute in ihren Heimatländern als Anregung für Architekten und Stadt-

planer hinterließen, sind in der jüngst restaurierten Kartause, die zu einem Kulturzentrum des italienischen Südens wurde, zu sehen. Unter ihnen sind Piranesi, Hackert, Flaxman, Cozens, Soane, Ledoux, Boullée, Gilly, Coudray, Bovy, Valadier und Wilkins mit Stichen, Zeichnungen, Gemälden, Aquarellen und Entwürfen – nicht nur mit Wiedergaben der dorischen Bauwerke, im ersten klassischen Stil, der den ionischen und korinthischen Perioden voranging und noch neben ihnen weiterbestand, sondern auch mit Veduten von Palästen, Gebäuden und Plätzen, die dorisch inspiriert in Städten wie London, Cambridge, Oxford und Washington entstanden.

Diese kaum untersuchte und wenig ins Bewusstsein gedrungene „dorische Renaissance“ ging auf die Neuentdeckung der alten griechisch-samnitisch-römischen Stadt Poseidonia/Paestum zurück. (Bis 31. Juli; Katalog, 2 Bde. 25 000 Lire)

JÜRGEN VORDELMANN

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Kontinent“

Weil sie sonst keiner liebt

Ein Mädchen in Polen soll einen Hausaufsatz zum Thema „Warum ich die Sowjetunion liebe“ schreiben. Da ihr dazu nichts einfällt, fragt sie verschiedene Leute. Die Mutter antwortet: „Was? Das sind doch Verbrecher, niemand liebt sie, alle hassen sie.“ Der Vater: „Welchen Blödsinn redest du da. Das sind doch die Besatzer, die uns unterdrücken, die ganze Welt haßt sie.“ Überall bekommt sie solche Antworten zu hören. Also schreibt sie schließlich: „Ich liebe die Sowjetunion, weil sie sonst niemand liebt.“

Leszek Kolakowski erzählt diese Anekdote im jüngsten Heft von „Kontinent“ (Postfach 10 02 12, 306 Seelze 6). Er untersucht in seinem Beitrag den Kommunismus als Kulturformation. Die Anekdote dient ihm als Gleichnis für die Legende von der schöpferischen Kraft dieser Ideologie. Er verkennt nicht, daß viele Intellektuelle vom Kommunismus fasziniert waren, jedoch nicht, weil sie der Marxismus als „einzige wissenschaftliche Weltanschauung“ überzeuge oder die praktische Politik der Kommunisten Forderung der Massen erfüllte, die alle anderen Regierungsformen nicht befriedigen konnten. Es waren vielmehr die „Faszination der Utopie“ und die „Faszination der Barbarei“.

Intellektuelle sind, führt Kolakowski aus, anfällig für Visionen eines Idealstaates, der von den Wissenschaften – zu denen sie sich rechnen – beherrscht wird. Und sie träumen von einem radikalen, rigorosen Bruch mit der Vergangenheit und mit allen Traditionen, der ihnen zuzugewandt einen Start am Punkt Null ermöglicht. Den Polen erschien der Kommunismus zusätzlich noch als eine Form der Aufklärung gegen die chauvinistische und klerikale Tradition. Das war die Theorie, die für Intellektuelle

meist mächtiger ist als die Praxis. Deshalb sind künstlerisch bedeutende kommunistische Werke eigentlich nur außerhalb der kommunistischen Staaten entstanden.

Der gleiche Gedanke klingt auch in German Andrejew's Aufsatz „Die Tore nach Europa – Rußlands Kultur im zwanzigsten Jahrhundert“ an. Er schildert die vielfältigen Einflüsse Westeuropas, die von den russischen Künstlern unmittelbar aufgenommen wurden, auf die russische Kultur, aber auch, wie sich dieses „Fenster nach Westen“ unter der Sowjetherrschaft schloß. Nur wenn es sich kurzzeitig zu öffnen schien – wie im „Tauwetter“ – gewann auch das kulturelle Klima. Für die Gegenwart stellt Andrejew fest: „Das Neue besteht darin, daß die russische Literatur und die russische Kunst heute sowohl im Lande selbst als auch in der Emigration Werke von gleichem Rang schaffen.“ Er fügt allerdings den Hinweis hinzu, daß dabei die wesentlichen Impulse von der „Zweiten Kultur“ ausgehen, der Kultur des Samisdat.

Das zweite Hauptthema von „Kontinent“ greift Aische Seitmuratowa mit einer Analyse über „Die Verfolgung der Kriminellen in der UdSSR“ seit der Deportation auf Stalins Befehl 1944 von der Krim nach Usbekistan. Dieser Willkürakt wurde zwar vom Obersten Sowjet 1956 aufgehoben, doch den Tataren wird bis heute die Rückkehr in ihre alte Heimat verweigert. Davon spricht der Brief von 25 Krimtataren über „Das Schicksal, als Nation zu verschwinden.“

Es ist die Fülle solcher scheinbar peripheren Informationen über die kommunistischen Staaten Osteuropas, die „Kontinent“ zu einer notwendigen Lektüre für alle macht, vor allem für die, die von der Infektion „Realpolitik“ bedroht sind.

PETER JOVISHOFF

KULTURNOTIZEN

Der Kultur in der „DDR“ nimmt das elfte Duisburger Kulturfestival „Akzente“ 1987 an.

Danzig im Spiegel alter Graphik ist bis zum 25. Juli im Hauptstaatsarchiv in Stuttgart zu sehen.

Der Weltkongress für wissenschaftliche Photographie findet vom 10. bis 17. September in Köln statt.

80 Werke über Land und Leute von

Kronenburg, die Rolf Dettmann gemacht hat, zeigt die Bildungsstätte in Kronenburg vom 19. Juli bis 10. August.

Um 78 Aufführungen auf 216 wird die Bonner Oper ihr Angebot in der Spielzeit 1986/87 erhöhen.

Günter de Bruyn ist zum Mitglied der Akademie der Künste in Berlin (West) gewählt worden.

Nach einer „Leihschwangerschaft“ ab ins Heim mit dem Säugling?

Der Vater spielt nur eine Nebenrolle

Kim Cotton löste Anfang 1985 eine Lawine aus. Zum ersten Mal befaßten sich Mediziner und Juristen intensiv mit einem Vorgang, der schon aus der Bibel bekannt war. Dort, im ersten Buch Mose, erlaubt die kinderlose Sara, daß ihr Mann Abraham die Magd Hagar schwängert. Und im gleichen Buch bekommt Jakob mit Einverständnis seiner Frau Rahel von der Magd Bilha einen Sohn und später weitere Kinder. Doch bei Kim Cotton war von „Prostitution“ die Rede; die junge Engländerin war künstlich mit dem Sperma eines ihr unbekannten Amerikaners befruchtet worden, vermittelt über eine Agentur, und erhielt dafür umgerechnet 24 000 Mark.

Inzwischen gibt es viele Fälle, in denen „der Bauch dem gehört, der dafür zahlt“. Das ZDF hat einen der beiden Fälle, die vor deutschen Gerichten verhandelt wurden, herausgegriffen und den Zuschauern, 42 Volkshochschülern aus Osnabrück, zur Entscheidung gestellt. Gerd Jauch hält das Thema wegen der öffentlichen Diskussion und „weil sich auch der Gesetzgeber inzwischen damit befaßt hat“ für eine Fernseh-Gerichtsverhandlung gut geeignet. Der

Bundesrat hat sich zuletzt im Mai auf Anregung des Landes Baden-Württemberg einmütig für ein Verbot der Leihmütterschaft „in jeder Form“ ausgesprochen.

Den harten Kurs führt er, so Jauch, nicht wegen mangelnder Bibelfestigkeit oder fehlender Geschichtskennntnisse, sondern weil es „mit Hilfe der Gentechnik und der In-vitro-Fertilisation verwirrend viele Möglichkeiten gibt, zu Kinderglück zu kommen“. Doch was ein Verbot bedeutet, liegt auch im Justizministerium noch

Wie würden Sie entscheiden? – ZDF, 21 Uhr

im Paragrafen-Nebel. Kinder, die da sind, lassen sich nicht mehr verbieten. Bringt man sie in ein Heim, wird wieder die Wunsch-Mutter noch die Ersatzmutter, sondern vor allem das Kind gestraft. Daß Verträge über Leihmütterschaft sittenwidrig sind, ist auch ohne neue Gesetzesvorschriften gesichertes Wissen. Was aber ist mit der „Anzahlung“? Kann sie zurückgefordert werden, wo doch die Beteiligten im vollen Bewußtsein der Sittenwidrigkeit zählten? Auch

damit werden sich die „Richter aus Osnabrück“ befassen.

Die zentrale Frage bleibt jedoch, wer bekommt das Kind, wenn die Ersatz- aber doch leibliche Mutter aufgrund der Schwangerschaft Bindungen zum Kind aufgebaut hat und es nicht herausgeben will? Sie hat naturgemäß eine starke Position. Dann ist da ihr Mann, der die Eheleichen des Kindes anfechten müßte, um den Weg zur Adoption freizumachen. Die Wunschmutter hat die Sehnsucht nach einem Kind auf ihrer Seite, nicht gerade viel vor Gericht. Und selbst ihr Mann, der das Kind immerhin zeugte und leiblicher Vater ist, bekommt in dieser Tragödie eher eine Nebenrolle zugewiesen.

Das „Kindeswohl“ soll entscheiden. Wer kann das beurteilen? Das Jugendamt, denn in dem konkreten Fall auch nur ein, das Neugeborene in ein Heim einzuweisen?

Die Sendung beginnt mit diesem vielschichtigen Fall. Seine Problematik wird auch eines der Themen des Juristentages im September in Berlin sein. Für die Zuhörer wird der frühere Verfassungsrichter Hans Brox versuchen, einige Fragen zu beantworten. H.-H. HOLZAMER

Politik-Abend auf beiden Kanälen



Rita Süsmuth – Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen, Gesundheit – stellt sich den bewußt unterkühlten Fragen Claus Heinrich Cosdorf in der Sendung Schlag auf Schlag (ARD, 20.15 Uhr)

FOTO: HÖR



Herbert Wehner, der große alte Mann der SPD, feiert seinen 80. Geburtstag. Christian Herrendörfer dokumentiert sein Leben unter dem Titel Taktiker, Zuchtmeister, Kämmer (ARD, 23.00 Uhr)

FOTO: SVEN SIMON



Franz Josef Strauß, Bayerns Ministerpräsident und Chef der CSU, wird in Reinhard Appels Sendung Journalisten fragen – Politiker antworten (ZDF, 22.10 Uhr) von drei Chefredakteuren interviewt.

FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

KRITIK

Der Protest des ZDF

Wer sich als Fernsehmann an eine Reportage macht, bleibt zum Thema nicht auf Distanz, kann es nicht bleiben, er wird Teil des Geschehens, ob er will oder nicht. Ein Beispiel, das diese Erkenntnis wieder einmal belegte, war die ZDF-Reportage Wenn die Donnervögel kommen über den Tiefluglärm.

Bedenklich wird ein derartiger Bericht zu einem Thema, das ohne Zweifel viele Menschen bewegt, dann, wenn der Reporter seine und seiner Kamera Anwesenheit einsetzt, um die Menschen, über die er berichtet, zum Handeln zu bringen. Hans-Jürgen Haugs Film war von dieser Sorte. In fast jeder Sequenz mußte sich der Zuschauer das Geschehen aus der Position des auf der Seite der Protestler angestellten Fernsehmannes anschauen. Haug schürte den Protest, arrangierte ihn.

Gewiß, man hört schon den Einwand, die Luftwaffe habe im Film genug Gelegenheit erhalten zu erklären, warum sie so tief fliegen müsse. Dieser Einwand sticht aber nicht, denn für den Zuschauer, der Laie ist,

wurde lediglich in einem Nebensatz von einem Offizier erläutert, nur im Tiefflug entgingen die Kampfflugzeuge dem Radar. Warten wir also nun auf eine zweite Reportage vom ZDF, in der nicht durch die Brille der Lärmgeplagten die Luftwaffe betrachtet wird, sondern in der deren Auftrag objektiv gesehen wird.

RÜDIGER MONIAC

Kaffeeplausch mit Conny

Ein Badehosen-Syndrom? Ganz bestimmt leide sie nicht daran, im Gegenteil: „Wenn die Leute sich ganz verlegen bei mir entschuldigen, weil sie mich schon damals kannten – was soll ich darauf anderes sagen, als: Das gehört zu meinem Leben.“ Gudrun Friedrichs stellte Kaffeeplausch-Fragen, die Conny, pardon: eine 42 Jahre alte Cornelia Froboess professionell und vorhersehbar beantwortete. Spannender gerieten die Bilder. Wenn die Kamera in Frauen-geschichten (ARD) das ungeschminkte Gesicht, die langen Haare der Jungmädchen-Frisur zeigte.

Die Autorin hatte die Archive durchforstet: „Ich spiele Ihnen jetzt ein Funkinterview vor, da waren Sie

16.“ Die Froboess erinnert sich nicht, wartet gespannt. Als es losgeht, kommen ihr die Tränen, denn die Stimme ihres Vaters ist zu hören. Ein paar Sekunden später gurt sie über die altklugen Antworten, die sie 1959 hauchte. Und als die Zuspelung leichter gedreht wird, wieder ein Umschwenk, die Frage, ängstlich, etwas zu verpassen: „Sagt Vater noch was?“

Aber da geht die Lebensrevue schon weiter. Ein paar Takte aus dem Berliner Primuspalast und Schwarz-Weiß-Fotos dazu, die zeigen, daß Klein-Conny ihre Lieblingen mit großer Tülschleife in den Locken schmieterte. Wenig später freute sie sich mit den Berliner Sängerknaben über „Hei, hei, hei, so eine Schneeballschlacht.“ Über Revue- und Unterhaltungsfilmchen schließlich der Weg auf die Bühne: „Mir sind immer die richtigen Menschen zur richtigen Zeit begegnet.“

„Conny“-Fans, die gibt's noch heute. „Ich bin nie von ihr losgekommen“, sagt einer lächelnd in die Kamera. Allerdings wirkte sie als Eliza Doolittle so frisch, wie sie früher nie hätte sein dürfen. Und er schwärmte von der „risumähnlichen Veränderung von 15 auf 16, als sie die Haare plötzlich hinter die Ohren kammte.“

SABINE KOBES

III.

WEST

12.00 Zweimal Brecht
Wie ZDF-Magazin und Panorama die Demonstration behandeln

18.00 Telethek II

18.30 Die Sendung mit der Maus

19.00 Aktuelle Stunde

20.00 Tagesschau

20.15 Nach dem Biotop

Amerikanischer Spielfilm (1950)

21.35 Filmclip

„Trouble in mind“

21.45 Ich geh mit Max

Film über eine Schöferin

22.15 Lyrics

22.30 Schiller und Böwiva

0.15 Nachrichten

NORD

Nur in NS und Bremen:

18.15 Debatte über Regierungsüber-

nahme

Live aus dem Landtag

19.00 Die Sendung mit der Maus

19.30 Journal: Kirche

Themen: Kinderchöre der evangelischen Kirche in der „DDR“, Ikonen, Betreuung deutscher Ge-

neinden in der Sowjetunion.

19.15 Ursprünge des Lebens

20.00 Tagesschau

20.15 Norma Rae

Amerikanischer Spielfilm (1979)

Nur Radio Bremen:

22.00 Ganz unten

Film von Günter Wallraf

NDR, SFB und HR:

22.05 Bücherjournal

„Hoppla, jetzt komme ich“ von Hans Albers

HESEN

18.00 Die Sendung mit der Maus

18.35 Fama

19.30 Hanneschen

ab 20 Uhr wie Nord

SÜDWEST

14.00 Die Zeitmaschine

Amerikanischer Spielfilm (1959)

18.00 Die Sendung mit der Maus

18.30 Das Korsett

18.35 Nach Newies

18.55 Schlagzeilen

19.00 Abendchau/Blick ins Land

19.24 Sonntagsnachrichten

19.30 Rendezvous in Wien

Österreichischer Spielfilm (1956)

21.00 7 aktuell/Neues von Neun

21.15 Igel (2)

21.45 Sport unter der Lupe

22.30 Madrid, Madrid, Madrid

23.10 Ein Abend im Blauen Salon

0.00 Nachrichten

BAVERN

19.00 Ein Fest für Henriette

Französischer Spielfilm (1952)

20.45 Utopie

Rundschau

21.45 Einmal Wunderschön

Von Hochbegabten

22.45 Im Gespräch

Diskussion über Hochbegabte

23.15 Z. E. N.

23.25 Rundschau

Das Abenteuer

Italienischer Spielfilm (1960)



15.00 Marco
15.30 Lesende
Anschl.: Secret Squirrel
16.00 Die deutsche Musikbox
17.00 Kofur, übernehme sie
Anschl.: Rund um die Welt
18.00 Boomer, der Streuer
Anschl.: Dick Tracy
18.30 APF-Blick
18.45 Zu Gast bei Cindy & Bert
19.45 Der Reality-Show
Amerikanischer Western (1950)
Mit Alan Ladd, Charles Bickford
21.30 APF-Blick
21.45 Lektüre ist angesagt
Hans-Peter Hallwachs liest aus
Werken von Anton Tschechow
22.45 FBI
Eine Stadt schweigt
Anschl.: APF-Blick

19.00 ARD-Ratgeber Essen und Trinken
19.45 Europa – deine Weine
20.00 Tagesschau
20.15 Weltweitersicht im Springreiten
Mannschafts-Finale
Aufzeichnung aus Aachen
21.05 Ich bin da: Julia Milgomes
Per Anhalter-Show
22.05 Der Tod kennt keine Wiederkehr
Amerikanischer Spielfilm (1973)
Nach Raymond Chandler
Privatdetektiv Philip Marlowe
schmuggelt seinen Freund Terry
Lennox über die mexikanische
Grenze. Terry wird wegen Mordes
an seiner Frau angeklagt. Philip
soll seinen Aufenthaltsort verrate-
n.
23.55 Nachrichten



18.00 Mini-Zit
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
Am Abgrund
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.25 Kulturjournal
21.45 Der Krieg ist vorbei
Französischer Spielfilm (1966)
Mit Yves Montand
Regie: Alain Resnais
23.45 Kennwort: Kino
23.55 Nachrichten



18.15 Sternix
18.15 Regional 7
18.35 Komme doch mal in die Küche
18.55 7 von 7
19.22 Karlsen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Split
20.20 Filmvorschau
20.30 Die drei Dorfteiligen
Deutscher Spielfilm (1949)
Mit Beppo Brem, Willy Reichert
Regie: Ferdinand Dörfler
22.10 RTL-Spye
22.15 Poppy
22.25 New Kio
22.35 Geheimauftrag für John Drake
Gefährliche Strahlen
23.15 Wetter / Horoskop / Bettehpfert

Professor = Professor?

P.J. - Professoren rangieren unter den Personen, die in der Bevölkerung ein hohes Ansehen genießen, immer noch sehr weit oben. Professor ist da gleich Professor, und es kommt nicht darauf an, was für ein Professor einer ist. Diese These hat sich auch die Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Anke Brunn, zu eigen gemacht. Ein verdienter Wissenschaftler, der eine weithin angesehene Forschungsstelle für Kinder- und Jugendliteratur aufgebaut hat, zählt für sie nicht anders als ein Sprachdiagnostiker.

Diese eigenartige Logik hat etwas mit dem Sparen zu tun, zu dem das Land Nordrhein-Westfalen genötigt ist. Daher gibt es einen Erlaß, wonach freiwirtschaftliche Leistungen nicht nach Maßgaben der Universität neu besetzt werden dürfen, sondern nur in Übereinstimmung mit dem Land. Ein solcher Fall mit recht fatalen Folgen liegt in Köln an.

Mitte März wurde Prof. Theodor Brüggenmann emeritiert. Er hat die „Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendliteraturforschung an der Universität Köln“ aufgebaut, neben dem „Institut für Jugendbuchforschung“ in Frankfurt die zweite Forschungsstelle auf diesem wichtigen Gebiet. In den mehr als zehn Jahren ihres Bestehens hat sie beachtliches geleistet. Vieles ist jedoch erst auf den Weg gebracht worden, aber noch längst nicht abgeschlossen. Dazu gehört das „Handbuch der Kinder- und Jugendliteratur“, von dem ein Band erschienen, einer im Druck und einer als Manuskript fertig ist. Diese Arbeit ist nun gefährdet.

Für den Brüggenmann-Lehrstuhl stehen zwar Bewerber(innen), die sich auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendliteratur habilitiert haben, zur Verfügung. Doch das Land möchte gern einen Hochschullehrer aus Aachen einsetzen, der an der Pädagogischen Hochschule Aachen überflüssig geworden ist, weil die Zahl der Lehramtsstudenten stark vermindert wurde. Dieser Mann hat sich allerdings bisher mit der Diktatur des Deutschunterrichts beschäftigt. Aber Professor ist gleich Professor, meint das Wissenschaftsministerium und schiebt die Entscheidung auf die lange Bank - und die Protestbriefe angesehener Wissenschaftler, die sich gegen ein Ausheuern der „Arbeitsstelle“ wenden, auch.

Abgewägt und gut dosiert: Plädoyer eines Verlegers fürs pflegliche Büchermachen

Sich beim Denken bücken

Darf einer, der mit Büchern handelt, über den Handel mit Büchern schreiben - und das auch noch kritisch? Oder soll er sich, als Betroffener und Mittler, heraushalten? Kulturkritik genügt nur dann die Zustimmung des Buchhandels, wenn sie hoch rabattiert, Bestseller-Aussichten verspricht. Denn Geschäft ist Geschäft - und fürs Geschäft läßt man sich auch mal in die Suppe spucken, zumal man sie hinterher doppelt so profitabel verkaufen kann.

„Warum mischen Sie sich ein?“ werde ich immer häufiger gefragt. „Sie - ein Betroffener und Mittler, Mitspieler, Mitverkäufer... Warum spielen Sie den Buch-Präceptor und sprechen aus, was Branchen-Solidarität auszuspochen ver... nein: natürlich nicht verbietet, aber doch als unschicklich sich verbietet? Sind Sie hochmütig oder geschäftsmädel?“ Hier der Versuch einer Antwort:

Der Verleger, der noch etwas hält von der ursprünglichen Verständigungskraft der Worte und von der Gedanken-Mittelung und -Vermittlung, setzt sich in seiner Doppelrolle als Bücherfreund einerseits und Kaufmann andererseits einer ständigen Schizophrenie aus. Links das schillernde Kassengeld, rechts das Pathos der kulturellen Sonntags-glocken. Was soll er tun? Die Augen zudrücken und kassieren? Motto: Nach mir die Kulturkritik... Nun, er kann natürlich auch, um mit sich ins Reine zu kommen, das tun, was die Psychiater gelegentlich ihren in die seelische Klemme geratenen Patienten raten: Schreiben Sie auf, was Sie quält.

Unter diesem Gesichtspunkt der „Entlastung“ sollten auch die Buchmacher gelegentlich mit sich selber ins Gericht gehen, um sich der geistigen Umweltverschmutzung, der sie sich permanent schuldig machen, zu vergewissern. Sie unterscheiden sich nämlich von den Machern in der pharmazeutischen Industrie kaum: Auch diese verschmutzen, indem sie zu helfen vorgibt - und auch de facto hilft. Nur: Der Preis ist hoch.

Meine Kritik am Buchmarkt ist, aus dieser kulturpharmazeutischen Perspektive betrachtet, stets Teil einer umfassenderen Kulturkritik. Ich diagnostiziere sozusagen in einem Teil des Kultur-Gewerbes, den ich aus der täglichen Praxis genau kenne, die Krankheit der Epoche, nämlich den aus dem europäischen Nihilismus hervorgebrochenen hektischen Fortschrittslaubbau (als Droge

gegen die Verzweiflung) und die damit eng verknüpfte materialistisch-positivistische Gesinnung, die via Amerika (als Kapitalismus) und via Rußland (als Sozialismus) wie ein schrecklicher Virus in das geistige Gewebe des alten Europa eindringt und nun darin wütet. Der Zustand des Patienten hat sich in den fünf- und zwanzig Jahren, in denen ich das „Kulturgeschäft“ des Büchermachens betreibe, wesentlich verschlechtert. Umsatzzuwächse und Beschwörungen der Les- und anderer Kulturen ändern an dieser Diagnose nichts.

Qualität sei, was nützlich ist, sagte neulich einer, im Hinblick auf den von ihm wahllos beschickten Buchmarkt. Ihm gab zweifellos kein Gott zu sagen, woran er litt. Aber er gab ihm mit entwerfender Offenheit zu sagen, was er meinte, nämlich: daß „Werte“ vornehmlich unter dem Blickwinkel ihrer nützlichen Verwertbarkeit wertvoll seien. Wenn sich der Ungeist als Philosoph verkleidet, wird er dadurch zum Philosophen? Doch wohl kaum.

Viele Zeitgenossen, buchhändlerische und nichtbuchhändlerische, verstehen nicht, daß man die Realität, in der und mit der man lebt (und an der man sogar aktiv mitwirkt), zugleich kritisch und selbstkritisch beobachten, beurteilen und auch kritisieren kann. Was besagt: daß man für die Kompromisse, die man freiwillig oder erzwungen macht, mit Gewissen zu zahlen bereit ist.

Die cleveren Kulturvermarkter halten geistiges Gewissen sogar für „Kulturdünkel“, der ihre Kreise stört. Nicht: Archimedische Kreise sind's nicht, in die man hineinstapft, wenn man die Kultur-Zuhälterei nicht für der Menschheit letzten geistigen Schluß zu halten bereit ist. Aber immerhin: Kreise sollen dadurch, daß die Bücherwelt ernst genommen wird, in der Tat gestört werden, vor allem die Kreise derer, die sich beim Denken bücken müssen, um ihrem Niveau gerecht zu werden.

Der Deutsche will das, was ihn bewegt und was er bewegt, meistens total - und dies auch noch möglichst nach ideologischem Bedarf: den Krieg, die Moral, die Politik, das Geschlecht, die Ideen, den Sex, die Heuchelei - sogar den Fortschritt oder den Rückschritt will er total. Mit dem eigenen Widerspruch zu leben und sich durch ihn vielleicht auch noch produktiv herausfordern zu lassen, das hingegen befremdet ihn. Aber das Leben ist nun einmal Mischung - und

bei Mischungen muß man sehr genau auf die Dosierungen achten, sonst kippen sie und werden zu Gift.

Das Abwägen und das Einschätzen von Risiken, Wagnis und Vorsicht machen die Lebenskunst ebenso aus wie die Kunst des Büchermachens - und der Spaß an der Sache. Denn ohne Spaß ist das Leben kein Leben, sondern eine Mühsal - und ein Dauerstreß. Und auch das Büchermachen wird zur Plage, wenn es sich nur noch an den Bestsellerlisten orientiert.

Deshalb können Verleger, die ihr Mitleiden allein am Umsatz kühlen, kaum den Spaß erlassen, den ihre Kollegen möglicherweise gerade an den Büchern haben, die nicht zu Buche schlagen. Wer im Kopf vornehmlich den Umsatz registriert, im Herzen den Profit bewegt und am Revers den maschinenlesbaren Code als Fortschrittsabzeichen trägt, dem muß diese Bücherwelt wohl auf ewig verschlossen bleiben.

Der Bücher ungemischte Lesefreude wird auch dem gutwilligsten Verleger allerdings selten zuteil. Jahrzehntelange Verlagspraxis ernüchtert auch den hartnäckigsten Romantiker. Aber muß ein zum Praktiker ernüchterter Romantiker so ipso zum Materialisten mutieren? Es gibt zwei Ebenen, von denen aus die Welt und ihr Treiben betrachtet werden kann: die triviale und die ideale. Wer sich allein an der Welt orientiert, wie sie sich alltäglich, ausbeutungsfähig und erwerbsnützlich darstellt, gibt zu erkennen, daß er von der Welt, in der er lebt, weder etwas verstanden hat noch pfleglich mit ihr umgeht. Dieser Orientierungsweg führt notgedrungen nach unten. Die Analyse dessen, was ist, hat nur dann einen Sinn, wenn sie ihren Maßstab aus der Vorstellung dessen gewinnt, was sein soll.

Wer nach dem Ausschau hält, was sein soll (und vielleicht sogar sein kann), gibt in seinem Denken und Handeln der menschlichen Gesellschaft eine Chance, ihre Trivialitäten zu überwinden oder doch zumindest auf Zeit zu moderieren. Deshalb sind Kulturkritiker, entgegen anderslautenden Meldungen, in der Regel auch Optimisten - auch in puncto Buchhandel und Verleger. Denn gottlob brauchen Bücher nicht nur Käufer, sprich: Konsumenten, sondern vor allem Leser, die wissen, was sie wollen - und was sie von dem zu halten haben, was die Verleger wollen.

HEINZ FRIEDRICH
Heinz Friedrich ist Chef des Deutschen Taschenbuch-Verlages, München.



Kurioses aus dem Kabinett: Ludwig XIV. als Apollo, von Henri de Gissey, aus der Ausstellung im Buckingham Palace

FOTO: QUEEN'S GALLERY

Meisterzeichnungen in der „Queen's Gallery“

Leonardo für die Söhne

Im Buckingham Palace wird selbstverständlich ein- und ausgehen ist häufig Gelegenheit - wenn auch nur durch eine Seitentür. In der „Queen's Gallery“, einem Teil der ehemaligen königlichen Kapelle, werden regelmäßig und langfristige Schätze aus dem Fundus der königlichen Sammlungen gezeigt.

Und der ist unerschöpflich. Da hat man Themenausstellungen arrangiert wie „Königliche Kinder“ oder ausschließliche Tierbilder. Canaletto's Veduten waren hier ebenso glänzend repräsentiert wie Porzellan von Sevres oder - hier zuletzt zu sehen - Virtuosenstücke des Goldschmieds Fabergé. Jetzt kann man erstmals den königlichen Besitz an Zeichnungen in einem Querschnitt kennenlernen. Die 149 Blätter, ausgewählt aus insgesamt 30 000, wollen allerdings keinen ausgewogenen Überblick über Schulen und Jahrhunderte bieten. Als Privatammlung spiegelt sie die Vorlieben der jeweiligen Herrscher und oft noch nachdrücklicher die ihrer Berater und Einkäufer. So gibt es etwa 600 Zeichnungen von Leonardo, aber keine von Rembrandt. Da werden an ihrem Stammsitz, der königlichen Bibliothek von Windsor Castle, 80 Porträtszeichnungen von Holbein gehortet, aber keine Beispiele von Tiepolo, Turner oder Constable.

Ein Großteil der bedeutendsten Altmeisterblätter ist Ende des 17. Jahrhunderts, unter dem Stuartkönig Karl II., in königlichen Besitz gekommen. Wie ungewungen man damals mit solch fragilen Kostbarkeiten umging, dokumentiert die Tagebuchnotizen einer Miniaturmalerin. Sie konnte sechs Zeichnungen von Leonardo und Michelangelo nach Hause nehmen, damit ihre kleinen Söhne anhand solcher Exemplare „praktizieren“ konnten.

Die Italiener liefern zweifellos das Rückgrat der Kollektion. Ende des 18. Jahrhunderts kauften die Agenten des hannoverschen Königs Georg III. in Rom und Venedig ein bloß ein. Mit der berühmten Zeichnungssammlung des Kardinals Albani zum Beispiel erwarb man gleich die Summe mehrerer Sammlungen: der Kern stammt von dem Maler und Zeichner Marcatta, der kündigt eine der besten Sammlungen des 17. Jahrhunderts

erworben hatte. Er kaufte vor allem bei einem Schüler des Malers Domenico ein, der wiederum viele wertvolle Blätter seines Meisters und auch der berühmten Brüder Carracci gehortet hatte.

Dieser Erwerbsdrang hörte allerdings Ende des 18. Jahrhunderts auf. Man überließ ihn nun den öffentlichen Museen und Galerien. Von jetzt gilt es, die erworbenen Schätze zu sortieren und zu dokumentieren. Königin Viktoria, die selbst recht hübsch zeichnete, und ihr kunstsiniger Prinzgemahl Albert verbrachten „viele glückliche Abende“ in Windsor Castle damit, eigenhändig Raffael-Zeichnungen zu arrangieren und überhaupt ein Katalogsystem einzuführen, das im Prinzip heute noch gilt. Sie und die späteren Herrscher sparten die zeitgenössischen internationalen Kunststile aus. Britische Zeichner gewannen ihr Interesse vor allem dann, wenn sie Ereignisse und Personen dokumentierten.

Den Auftakt zur jetzigen Schau liefert eine grandiose Wand: da sind die großartigen Köpfe von Ghirlandaio, Bellini, Leonardo und Michelangelo. Wer Raffael nur in seinen leicht anämischen Madonnen kennt, kann hier seine überaus vitale zeichnerische Handschrift schätzen lernen.

Während die Italiener mit zürnen-den Heiligen und verführerischen Grazien oft halbwegs im Olymp schweben, zeigt ein Nordländer wie Hans Holbein seine Hofdamen stets voll Würde, doch mit scharfem Realismus. Dürer ist mit einem mageren Windspieler vertreten, das er in einer seiner bekanntesten Radierungen dem heiligen Eustachius beigesellt. Man defiliert vorbei an holländischen und französischen Landschaften, an Kuriosen wie dem jungen Ludwig XIV., der als Apollo kokett in einem Ballett-Tutu posiert, und schweigt im italienischen 18. Jahrhundert vor den durchsonnten Venedig-Ansichten Canaletto's und den kraftvollen Charakteren Piazzettas, aus deren Blick man sich nur schwer lösen kann.

Ausgespart wurden jetzt Aquarelle, eine besondere Spezialität britischer Künstler. Mit denen will man eine künftige Ausstellung bestücken. (Bis Ende Februar 1987)

HEIDI BÜRKLIN

JOURNAL

Berliner Bachtage mit Raritäten eröffnet

dpa, Berlin
Mit einem Konzert geistlicher Musik in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche sind die Berliner Bachtage unter dem Motto „Friedrich der Große und Johann Sebastian Bach“ eröffnet worden. Im Mittelpunkt des Programms standen die beiden „Lutherischen Messen“ Bachs. Die bis zum 13. Juli dauernden Bachtage widmen sich im Friedrich-Gedenkjahr Komponisten, die Friedrich der Große an seinen Hof geholt hatte, so Johann Joachim Quantz, Franz Bender, Carl Heinrich Graun und Carl Philipp Emanuel Bach.

Erinnerung an Johann Michael Bossard

DW, Oldenburg
An den Schweizer Maler Johann Michael Bossard, der von 1907 bis 1943 an der Hamburger Kunstgewerbeschule lehrte, erinnert das Landesmuseum Oldenburg. Bossard hat sich nach 1911 vor allem der künstlerischen Gestaltung seines Atelierhauses und dem Entwurf und der Ausgestaltung seines Kunsttempels auf einem Grundstück in der Lüneburger Heide bei Jesteburg-Lüllau gewidmet. Seine vom späten Jugendstil geprägten Arbeiten sind bis zum 14. September zu sehen. Der Katalog kostet 18 Mark.

Mainfränkisches Museum mit alter Abteilung

DW, Würzburg
Die neu gestaltete vor- und frühgeschichtliche Abteilung des Mainfränkischen Museums Würzburg ist jetzt wieder eröffnet worden. Ausgestellt sind vor allem Keramik, Waffen, Schmuck und Geräte der Altsteinzeit bis zum 18. Jahrhundert, durchweg Bodenfunde des unterfränkischen Raums. Die Sammlung war 1983 zugunsten der Sonderausstellung „Schätze aus Bayerns Erde“ abgebaut worden.

Frankfurter Feste: „Romantische Welten“

Reg. Frankfurt
Mit der Romantik und ihrer Auswirkung auf die Gegenwart beschäftigen sich die Frankfurter Feste vom 16. August bis Mitte September in der Alten Oper. Dabei stehen Werke von Carl Maria von Weber und Hans Werner Henze im Zentrum musikalischer Aufführungen. „Die Nacht der blauen Blume“ heißt schließlich eine Veranstaltung am 30. August, die sich als Reise durch die Zeit und Welt der Romantik versteht, als ein Fest mit Musik, Tanz und Literatur.

Stummfilm-Musik beim Pianistentreffen

AFP, Aix-en-Provence
Michael Levins und George Benjamin sitzen bei der Vorführung des Stummfilms „Die Büchse der Pandora“ am Klavier, wenn sich vom 1. bis 23. August zum sechsten Mal Pianisten aus aller Welt in La Roque d'Anthéron (bei Aix-en-Provence) zu einem internationalen Festival treffen. Externals dabei sind der sowjetische Musiker Andrej Gawrilow und der Finne Olli Mustonen.

Wiener Kunst im Museum of Modern Art

dpa, New York
Die Wiener Kunst der Jahrhundertwende kommt jetzt auch in den USA zu neuen Ehren. Das Museum of Modern Art in New York zeigt bis zum 21. Oktober unter dem Titel „Vienna 1900: Art, Architecture and Design“ eine rund 700 Stücke zählende Ausstellung über den künstlerischen Umbruch in der Donaumetropole. Ende des 19. Jahrhunderts, in der Schau - sie umfaßt den Zeitraum von 1898 bis 1918 - sind Werke von Gustav Klimt, Egon Schiele und Oskar Kokoschka enthalten, die bereits in den Wien-Ausstellungen in der österreichischen Hauptstadt selbst und in Paris gezeigt wurden.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

„Die deutschen Dichter haben das Talent, nicht den Mund halten zu können“, liest man bei Karl Kraus - einem deutschen Dichter. Wortreich, wortgewaltig und satirisch pflegte er einen eifrig. Pessimismus, der die Klage über die Mittelmäßigkeit der Menschheit geschickt - zwischen den Zeilen - mit einem „Schöner ist doch unser Innerer...“ zu verbinden verstand. Deshalb fällt es leicht, jedes Mißvergnügen mit einem Kraus-Aphorismus zu garnieren. Davon gibt es immerhin 2159, wie dem Register des Bandes „Aphorismen“ zu entnehmen ist, der „Sprüche und Widersprüche“, „Pro domo et mundo“ und „Nachts“ in einer Dünndruckausgabe, dem Anfang der Werke in zwölf Taschenbuchbänden, vereint.

P. D.
Karl Kraus, „Aphorismen“, Suhrkamp, 534 S., 18 Mark

Ein Idol wird besichtigt: „Elvis“ von J. Krüger und H. Sänger im Dortmunder Kinder- und Jugendtheater

Als die Mädchen dieser Welt hysterisch wurden

Klingende Namen aus der Welt des „Showbiz“ werden gern in ebenso klingende Münzen umgesetzt. Das Erinnerungsvermögen der Zuschauer, ihr Hang zur Nostalgie ist als feste Größe quasi in das Stück mit eingearbeitet, gleichgültig, ob das nun aus dem Leben Marilyn Monroes berichtet, John Lennon zu neuem Leben erweckt oder, wie jetzt in Dortmund geschehen, einen „amerikanischen Traum“ namens „Elvis“ präsentiert.

Elvis Aaron Presley, 1935 in Tupelo geboren und 42 Jahre später in Memphis gestorben, gehört zu den wichtigsten Musikern des Rock'n'Roll. Er war Sensation und Ärgernis, Idol und Mutterstöhnchen, er trieb die Mädchen in die Hysterie und die Moralisten auf die Barrikaden. Vor allen Dingen aber war er ein hochentwickelter Musiker. Er stand am Anfang einer musikalischen Revolution, die im Sturmschritt eine ganze Teenagergeneration erfaßte, und wer weiß, wie die amerikanische und europäische Musikszene heute aussähe, hätte es ihn nicht gegeben. Er war darüber hinaus ein zwischen Erfolg und Selbstzweifeln, zwischen

Begabung und Drogenabhängigkeit Zerrissener. Und er hat sein Leben jenem ominösen Colonel Tom Parker verschrieben, der Elvis, den Star, „gemacht“ hat.

Figuren wie Elvis sind für Autoren nicht leicht zu packen, wenn sie aus ihrer Begeisterung für und Erinnerungen an den Star mit zusammengekauften biographischen Fetzen einen Lebenslauf zurechtstücken wollen. Ihre Faszination läßt sie dabei allzu leicht den Blick für dramatische Notwendigkeiten verlieren. Genau das geschieht in Dortmund mit dem Stück „Elvis“ von Jost Krüger und Hannes Sänger. Sie begnügen sich damit, Puzzleteile aus seiner Biographie herauszupicken und zu einem effektstreichenden Bilderbogen zusammenzusetzen. Aber mit dieser Collage werden sie dem Sänger nicht gerecht, kommen sie der Person um keinen Schritt näher. Wollten sie das überhaupt? Oder wollten sie sich den eigenen Traum von der Seele schreiben?

Von Anfang an läuft Elvis, den Hannes Sänger selbst spielt und dessen große Hits er mit nur mäßigen

Talent singt, im weißen Glitzeranzug umher, dem Markenzeichen seiner letzten Auftritte. Eine Entwicklung der Person, so suggeriert diese Aufmachung, ist mithin von den Autoren gar nicht angestrebt, also brauchen sie sich auch um die psychologische Glaubwürdigkeit ihrer Figur keine Gedanken zu machen. So werden die Szenen aus dem Leben eines Idols stakatorartig aneinandergereiht, folgen auf seinen Auftritt in der Ed Sullivan-Show ein Abstecher nach Vietnam und ins Filmstudio sowie nach Las Vegas. Jede Szene ist auf vordergründigen Effekt aus, und atemlos hetzt das Stück durch den Abend.

Unvermittelt taucht Elvis II auf (Christian Tasche), ebenfalls in weißen Flitter gewandert. Sicherlich haben sich die Autoren mit diesem Kunstgriff etwas gedacht - nur was? Für das Stück ist diese Zweiteilung kein Gewinn, wenn man denn eine unerblickliche Abrechnung zwischen dem Jung- und Altstar nicht als solche ansehen will. Elvis II läuft wie ein Tier durch seine zum Mausoleum gewordene Villa, schlägt mit einem Handtuch Fliegen tot, triezt seine

„Wächter“, wird von Frau und Kind verlassen und legt sich schließlich zum Sterben in den gewässerten Sarg, in dem bis dahin seine Mutter lag, die, grün und gruselig, von den Toten auferstanden ist. Ende.

Die Faszination, die der echte Presley ausstrahlte, die Bedeutung und den Einfluß, die dieser Sänger hatte, bleiben dabei auf der Strecke. Es reicht eben nicht, wenn sich ein junger Liebespaar wegen Elvis auseinanderstreitet oder wenn ein Polizist die Straße absperrt, um die Fans zurückzuhalten (die man nur aus dem „off“ undeutlich hört). Mit viel Musik haben die Autoren die dürftige Handlung des Stückes ausgepolstert, und wenn die Dramaturgie ins Wanken gerät, müssen die Songs als wacklige Brücke zur nächsten Szene überleben. Da liegt man sich besser gleich eine Elvis-Platte zu Hause auf.

Mag sein, daß Elvis immer noch ein amerikanischer Traum ist, „Elvis“ in Dortmund ist leider nur ein Ärgernis.

RAINER NOLDEN

Weitere Vorstellungen: 12., 18., 19. und 20. Juli; Kartenvorbestellungen: 0231/54 23 47

Neue Platten: Werke von Carl Maria von Weber

Unschuld der Virtuosität

Das bevorstehende Weber-Jubiläum hat auch die Schallplattenindustrie geschäftig werden lassen. Sogar ein wenig Entdeckerfreude darf man dabei der EMI attestieren, die ältere und neuere Produktionen zu einer kleinen Edition bündelte.

17 Jahre unveröffentlicht im EMI-Archiv lag die jetzt mit Johann Nepomuk Hummels Es-Dur Messe gekoppelte Aufnahme der sogenannten „Jubiläum-Messe“, ein Werk aus frühen Dresdner Wirkungsjahren (29 0633 1). Unter Gerhard Wilhelm sind hier die Stuttgarter Hymnus-Chorknaben und das Instrumentensemble Werner Keltch zu hören. Zwar ist das Klangbild nicht ganz so präsent und transparent, wie man es bei heutigen Aufnahmen in der Regel gewohnt ist. Doch vor allem dank Elisabeth Speiers makellos geführtem „Agitato-Soprano“ gelang eine insgesamt überzeugende Aufnahme der in ihrer Diktion auffallend schlichten Messe. „Freischütz“-Wendungen sind Weber hier übrigens kaum weniger in die Feder geflossen als in der stilistisch etwas buntscheckigen, Anfang 1818 komponierten „Freischütz-Messe“, für die sich Horst Stein mit den Bamberger

Symphonikern und einem von Kristina Laki angeführten Solistenquartett stark machte (27 0365 1).

Eine wahre Tourville für Sammler von Raritäten ist die mit folkloristischen Liedbearbeitungen Beethovens gekoppelte Aufnahme von Webers Bearbeitung schottischer Volkslieder (27 0323 1). Exzellente amerikanische Kammermusik wie der Pianist Samuel Sanders, der Geiger Mark Peskanov, der Cellist Nathaniel Rosen und der Flötist Ransom Wilson taten sich hier mit dem vielseitigen Tenor Robert White zusammen.

Glanzstücke frühromantischer Orchestermusik schließlich sind zwei Produktionen aus der Weber-Stadt Dresden mit der dortigen Staatskapelle unter Herbert Blomstedt. Peter Rösel, der inzwischen auch hierzulande hinlänglich bekannte „Gewandhaus-Pianist“, hat genau jene flinken Finger, die für die funkelnde „Brillanz aus dem Unschuldsextakter der Virtuosität“ (Alfred Einstein) gefordert sind, für die beiden frühen Konzerte und das am Tag der „Freischütz“-Premiere vollendete f-Moll-Konzertstück (27 0358 1).

Das eigentliche Juwel unter den



Eskapaden, mit Spielwitz gemischt: Sabine Meyer

FOTO: SVEN SIMON

neuen Aufnahmen sind die konzertanten Klarinettenwerke (27 0539 1). Ob sich Sabine Meyer hier im langsamen Satz des f-Moll-Konzerts vom ruhig fließenden Strom der Melodie gleichsam tragen läßt, ob sie einzelne Passagen dunkel-geheimnisvoll umschattet oder virtuose Eskapaden des Soloinstrumentes mit dem rechten Spielwitz meistert - hochgespannte Erwartungen werden geradezu hundertprozentig erfüllt.

HANS CHRISTOPH WORBS

Mannheim: Die Urfassung von Schostakowitschs „Lady Macbeth von Mzensk“

Leidenschaft, die über Leichen geht

Kleinere Attacken gegen Dimitri Schostakowitschs Oper über die „Lady Macbeth von Mzensk“ gab es schon gleich nach der Uraufführung im Jahre 1932. Aber es dauerte immerhin vier Jahre, ehe die „Prawda“ zum Generalangriff blies und das Werk des 25jährigen als „musikalisches Chaos, als formalistisch und dekadent-bürgerlich“ denunzierte. Schostakowitsch sah sich genötigt, die Oper zurückzuziehen. Erst 1960 legte er eine inhaltlich zahmere und musikalisch weniger schockierende Neubearbeitung vor, die drei Jahre später in Moskau als „Katharina Ismailowa“ herauskam. Unverständlich wurde diese zweite Version, in der UdSSR ohnehin obligatorisch, auch im Westen von den meisten Bühnen bevorzugt. Mannheim wagte nun wieder die Urfassung mit jener hemmungslos eklektischen Musik der vulgären Exzesse, derben Tonmalereien, des lyrischen Zaubers und der handfesten Effekte. Im Vergleich zu diesem Koloss ist die „Katharina Ismailowa“ halt doch mit merklich dünnerer Tinte geschrieben.

Das ebenso ehrgeizige wie aufwendige Inszenierungsunternehmen hat sich ausgezahlt. Orchester und Chor schmettern die schroffen, verqueren und wilden Realismen mit Vehemenz heraus. Zu ungezügelter Klangorgie leidet, feiert, staut und hurt das Volk. Und an den Ruhepunkten des hektischen Geschehens brechen immer wieder slawische Gefühlsstöße und - besonders bei Katharina - die gefährliche russische Langeweile durch. Ronald Runnicles hatte fabelhafte Vorarbeit geleistet und die vielschichtige Partitur, ihre Polyrhythmik und die fast schon minimalistischen Strukturen vital, manchmal bei drohendem Gefühlsüberdruck, ausmisiert.

In der Regie von Friedrich Meyer-Oertel nimmt die erotische Selbstverwirklichungstour der Katharina Ismailowa, die über Leichen geht, um zu ihrem Ziel zu gelangen, Shakespearesche Ausmaße an. Brutalität, Fatalismus und triebhafter Rigorismus fordern ihre Opfer: zuerst den alten Boris, dann Katharinas Mann Snowy und schließlich die Zwangsarbeiterin Sonjeka und Katharina selbst. Im rasanten Ablauf der Szenen werden die Kontraste des Stückes mit psychologischer gesteuert

Zwangsläufigkeit ausgespielt. Hanna Jordans rotierende Bühnenräume ermöglichen passaus wechselnde Bildschnitte von ständiger Genauigkeit. Nur beim etwas simplen Schlußtableau, einer Station des langen Marsches nach Sibirien, wundert man sich über die Verkleinerung der Dimension: Wenn Katharina, nur noch ein erotisches Wrack und von Sergej verlassen, und ihrer Rivalin in einem dreckigen Tümpel und nicht (wie es der Text vorschreibt) im reißenden Strom zu Tode kommen.

Auf der Bühne dominierte Franz Mazura. Sein Boris Ismailow ist in Stimme und Darstellung fast furchterregend präsent. Deborah Polaski erreichte vor allem im Deportationsbild tragische Größe und gesangliche Souveränität, enttäuschte aber in der bisweilen spröden und rezonanzarmen Höhe. Eine hochdramatische Offenbarung ist sie einstweilen noch nicht. Mit Dieter Bunsdohr war die Partie des skrupellosen und ungetreuen Liebhabers Sergej um einige Nuancen zu lyrisch besetzt.

HEINZ LUDWIG

Weitere Aufführungen: 8. und 10. Juli; Kartenvorbestellung: 0621/16 800

Er war der Vater der nuklearen US-Kriegsmarine

FRITZ WIRTH, Washington

Sie nannten ihn arrogant und sie nannten ihn liebenswert. Sie verurteilten ihn als rücksichtslos und sie priesen ihn als eine lebende Legende. So unstritten der Mann war - in einem Punkt stimmten Freund und Feind überein: Er war einer der großen Männer der amerikanischen Kriegsmarine. Am Dienstag erlag er in Washington im Alter von 86 Jahren einem Herzschlag. Sein Name: Admiral Hyman G. Rickover.

Er gilt als der Vater der amerikanischen nuklearen Kriegsmarine. 63 Jahre lang diente er in ihr, feuerte in dieser Zeit keinen Schuß gegen einen Feind und erhielt dennoch den höchsten Verdienstorden. In diesen 63 Jahren setzte er die Idee der Nuklearenergie in die Wirklichkeit einer Nuklearflotte von 150 Schiffen um. Er setzte den Standard für eine friedliche und sichere Nutzung der Nuklearenergie, schrieb der amerikanische Marineminister John Lehman in seinem Nachruf auf Rickover, den „Schöpfer der amerikanischen nuklearen U-Boot-Flotte“.

Rickover war mit 79 Jahren der älteste dienstende Offizier der amerikanischen Marine, als er sich im Jahre 1979 in den Ruhestand zurückzog. „Admiral Rickover war ein wirklich amerikanischer Patriot“, sagte Senator John Glenn über den Mann, der am 27. Januar 1900 in Rußland geboren wurde und mit seinen jüdischen Eltern kurze Zeit später nach Chicago auswanderte, wo sein Vater bis zu seinem 33. Lebensjahr ein Schneidergeschäft betrieb. Sein Sohn Hyman Rickover besuchte mit 20 Jahren die Marine-Akademie in Annapolis, absolvierte später ein naturwissenschaftliches Studium und wurde



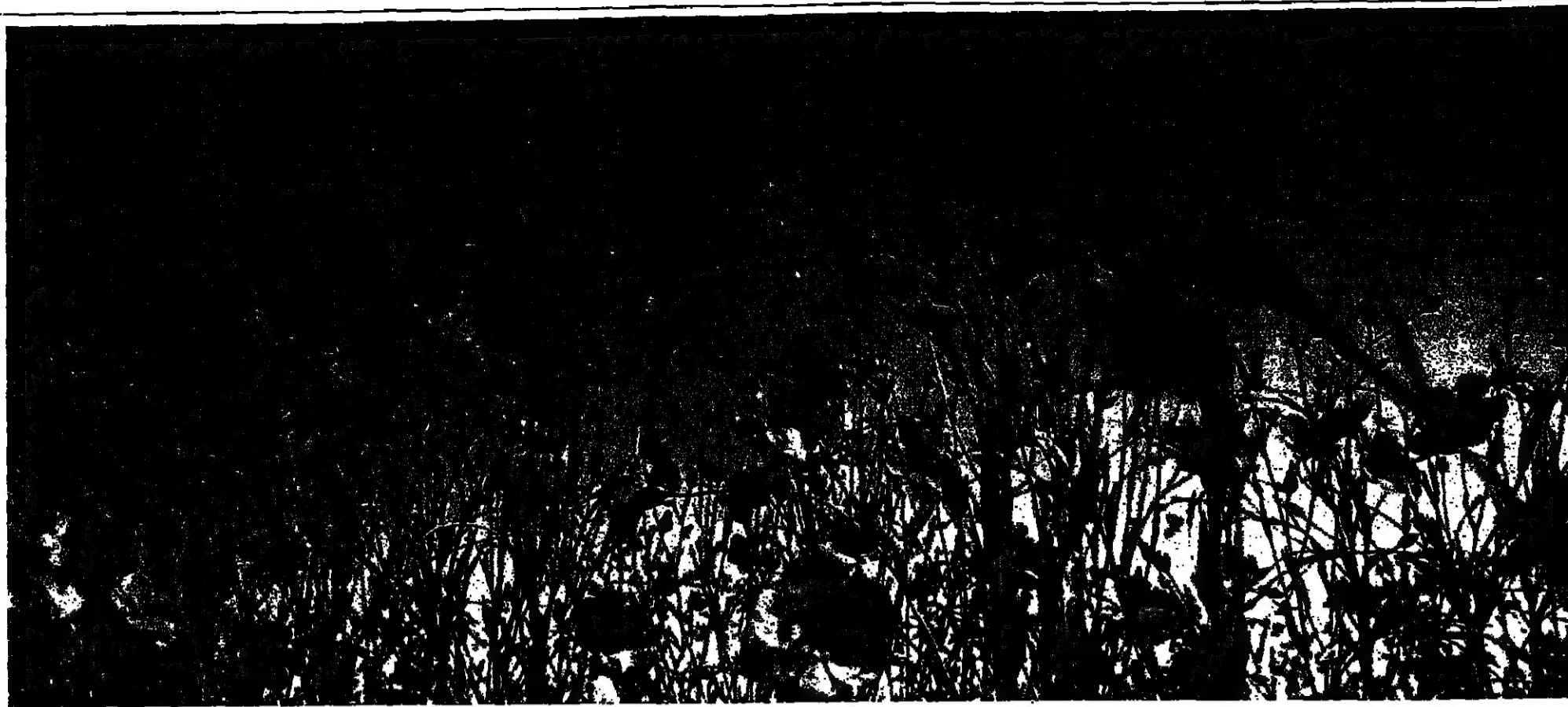
Admiral Hyman G. Rickover

FOTO: AP

dank seiner technischen Fachkenntnis ein Pionier beim Aufbau der amerikanischen Kriegsmarine. Die Roosevelt-Administration entschied deshalb im Zweiten Weltkrieg, daß er wegen dieser Fähigkeiten am Schreibtisch in Washington wichtiger war als im Fronteinsatz.

Seine letzten Jahre im Ruhestand waren überschattet von dem Vorwurf, daß er während seiner engen Zusammenarbeit mit der Firma „General Dynamics“ Geschenke und Vergünstigungen in Höhe von 87 828 Dollar angenommen haben soll.

John Warner, Marineminister unter Richard Nixon, der eng mit Rickover zusammenarbeitete, plädierte dafür, nachsichtig ein Tuch des Vergessens über diese Vorgänge zu decken und die bleibenden Verdienste dieses Mannes in Erinnerung zu behalten. „Hyman Rickover machte vor nichts halt, um Amerika zur führenden maritimen Nuklearmacht in der Welt zu machen. Ohne ihn wären andere Nationen uns heute auf diesem Gebiet überlegen.“



Linum usitatissimum, wie der Flachs mit botanischem Namen heißt, blüht hellblau bis weiß. Zur Fasergewinnung werden langstielige Sorten verwendet.

Flachs hat wieder eine blühende Zukunft

Ein knittert edel, heißt es. Die Modeschöpfer von Mailand bis Paris, von Rom bis Düsseldorf haben sich für einige ihrer schönsten Kreationen des Flachs, auch Lein genannt, besonnen. Steht eine der ältesten Kulturpflanzen der Menschheit vor einer Renaissance? Hat der Flachsanbau auch in Deutschland wieder Zukunft?

Noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts breiteten sich in der Bielefelder Gegend, um Flüssen in Oberbayern und in Schlesien riesige Felder der blühenden Pflanze aus. Doch im folgenden ließen die stark ansteigenden Baumwollimporte aus den Vereinigten Staaten und Ägypten die Leinproduktion drastisch schrumpfen. Im Jahre 1875 waren es im Kaiserreich noch 200 000 Hektar, 1933 betrug die Anbaufläche bereits weniger als ein Viertel. Die Autarkiebestrebungen des Dritten Reiches ließen den Flachsanbau zwar noch einmal auf über 100 000 Hektar anschwellen. Nach dem Zweiten Weltkrieg verdrängten dann Chemiefasern den Flachsanbau in Deutschland völlig. Wer wollte nicht das kratzige Bettelweiden gegen geschmeidige Produkte der modernen Textilindustrie tauschen?

Nur mehr 150 Hektar Ackerfläche werden in diesem Jahr in der Bundesrepublik Deutschland mit Flachs bebaut - und lediglich zu Versuchszwecken. Doch angesichts der

Überschußproduktion in den meisten Bereichen der europäischen Landwirtschaft sucht man nach Alternativen. So besann man sich des Flachs. Weltweit beträgt die Flachs-Anbaufläche etwa 1,7 Millionen Hektar. Den Löwenanteil von nahezu 90 Prozent hält die Sowjetunion, deren Flachs aber wie jener aus China und Ägypten schlechtere Qualität aufweist als der in Westeuropa angebaute. Hier steht Frankreich mit etwa 60 000 Hektar an der Spitze.

Die Bundesrepublik Deutschland

Es gehört zu den edelsten Naturprodukten: Leinen aus hochwertigem Flachs. Es ist so kostbar, daß es häufig nachgeahmt wird, in minderer Qualität, die auf den ersten Blick nicht sichtbar wird. Deshalb hat die Europäische Gemeinschaft jetzt eine Verordnung über ein Gütesiegel erlassen. Nur Produkte, die in Zukunft dieses Siegel - ein stilisiertes „L“ - tragen, sind garantiert aus bestem westeuropäischen Flachs hergestellt. Die Qualität ist Reinielen oder weist zumindest einen Leinenanteil von mehr als 50 Prozent auf.

bietet eine Reihe günstiger Standorte für den Flachs. Auf milden Lehmböden mit 120 bis 150 Millimeter Niederschlag in den wichtigsten Monaten ihres vegetativen Wachstums nach der Aussaat im März/April bringt die Pflanze gute Erträge - bei mittlerem Fasergehalt 1,5 Tonnen Rohfaser je Hektar. Bei langstieligen Pflanzen mit höherem Fasergehalt kann dieser Ertrag auf 2,2 Tonnen je Hektar gesteigert werden.

Pflege und Ernte der Flachskultur

verlangen hohen Arbeitsaufwand.

Bei der Ernte im Juli/August werden die 120 bis 180 Zentimeter hohen Halme mit speziellen Maschinen bündelweise aus dem Boden gezogen, „gerauft“. Die getrockneten Stängel werden durch „Riffeln“ von den Fruchtkapseln befreit - Flachs kann man nicht dreschen - in warmem Wasser „geröstet“ (verrottet), schließlich können durch „Brechen“ und „Schwingen“ die Fasern herausgelöst werden. Das Ergebnis sind „Handvolle“, Flachszipfel von 60 bis 90 Zentimeter Länge. Vor dem Spin-

nen muß Flachs noch „gehechelt“, das heißt ausgekämmt werden.

Um hochwertigen Flachs in Deutschland wirtschaftlich anbauen zu können, müssen diese Kostenfaktoren reduziert werden. Professor Dambroth (Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig) fordert daher, einen Flachs zu züchten, der mit dem Mährescher eingebracht werden kann. Dieser Flachs muß bei möglichst langem Halme auch noch befriedigenden Samenertrag liefern.

Darüber hinaus wird zur Zeit an einem biochemischen Aufschlußverfahren gearbeitet, das das langwierige und aufwendige „Schwingen“, also das Lösen der Flachsfasern von den Strohbestandteilen des Stängels, vereinfachen soll. Aber auch die Industrie, die den deutschen Flachs verarbeitet, stellt Forderungen. Können die deutschen Bauern gleiche Qualitäten wie westeuropäische Importware zu konkurrenzfähigen Preisen liefern - nach so vielen Jahren der Abstinenz?

Doch die deutschen Bauern sind zuversichtlich. In Schleswig-Holstein und in Bayern wurden Interessengemeinschaften von etwa 100 Landwirten gegründet, die ein Pilotprojekt starten wollen. Im Kreis Sigmaringen (Rheinland-Pfalz) unternehmen sechs Landwirte bereits in diesem Jahr einen großangelegten Anbauversuch.

HANS OTZEN



Zum „Brechen“ und „Schwingen“ des Flachs werden heute moderne Maschinen eingesetzt (im Hintergrund). Das Drehen der Flachszipfel, „Handvolle“, geschieht aber immer noch manuell.

FOTOS: LEINEN-KONTAKTBÜRO DÜSSELDORF

LEUTE HEUTE

Sportlicher Rekord

Einem kräftigsten Weltrekord stellte jetzt ein 17-jähriger Bulgare auf. In einer Stunde machte er 1380 Liegestütze, das sind 22,6 pro Minute. Borislaw Dinev ist damit die Eintragung in das Guinness Buch der Rekorde gewiss. Er schlug den bisherigen Rekord von 1203 Liegestützen, der von einem 22-jährigen Amerikaner gehalten wurde. Der junge Mann ist Student an einer technischen Schule in Stankoe Dimitrow im Südwesten Bulgariens. Sein Anfang April aufgestellter Weltrekord wurde von bulgarischen Fernsehen aufgezeichnet. Zwei weitere Landsmänner Dinevs verzeichnet inzwischen das Guinness Buch als Rekordhalter: Dobri Dinev schwamm in 24 Stunden 56

Kilometer und Georgi Jordanow hielt einen Ballon achteinhalb Stunden in der Luft.

Tänzerisches Ereignis

Zum erstenmal seit zehn Jahren sind die beiden Stanzler Rudolf Nurejew und Michail Baryschnikow am Dienstagabend in New York wieder gemeinsam aufgetreten. Anlaß war ein Gala-Abend unter Vorsitz von Nancy Reagan anläßlich der Feiern zum Geburtstag der Freiheitsstatue. Der 48 Jahre alte Nurejew, Ballett-Direktor der Pariser Oper und der zehn Jahre jüngere Baryschnikow, der das „American Ballet Theater“ leitet, tanzten zuerst gemeinsam mit Leslie Caron nach Musical-Klängen und anschließend zu Haydn-Musik.

Capris Feldzug nach Art des Cato

KLAUS RÜHLE, Rom

Capri, immer schon von Prominenten und wohlhabenden Urlaubern aus aller Welt geschätzt und seit etwa einem Jahrzehnt auch beliebtes Ziel von Wochenendtouristen, hat seit vier Monaten einen Bürgermeister, der die Trauminsel mit allen legalen Mitteln gegen Verschandelung und Vermarktung „von außen“ schützen will. Christdemokrat Costantino Federico (39) hat in dieser kurzen Zeitspanne eine - umstrittenen - Kampagne gestartet, die zwar die volle Unterstützung der Umweltschützer und vieler Inselbewohner genießt, zugleich aber auch auf erheblichen Widerstand bei Hoteliers, Gaststättenbesitzern und Geschäfteleuten stößt.

Federico läßt sich jedoch nicht

beirren. Er will den Grundsatz „Capri den Capresen“ verwirklichen und hat deshalb auch die Verwaltung des kleinen Jachthafens einer örtlichen Gesellschaft anvertraut. Dieser Vertrag soll sicherstellen, daß nicht gar so viele fremde Schiffe im malerischen Hafen von Capri dauerhaft vor Anker gehen, wie das anderswo häufig der Fall ist. So erregte denn auch kürzlich die Weigerung des Bürgermeisters, die Jacht des Fiat-Präsidenten Gianni Agnelli in den Touristenhafen einlaufen zu lassen, großes Aufsehen. Agnelli's Freunde in der liberalen Partei nahmen das Verbot des Bürgermeisters zum Anlaß einer parlamentarischen Anfrage.

Der „Cato von Capri“ verteidigt seine Insel aber auch gegen Namens-

mißbrauch. So erklärte er der multinationalen „Tobacco Company“ in den Vereinigten Staaten den Krieg, weil sie eine neue Zigarettenmarke „Capri“ taufen wollte. Jetzt sorgt ein neugegründetes Konsortium dafür, daß der Name der Insel nicht vermarktet werden kann.

Der streitbare Bürgermeister ist zudem Besitzer eines kleinen Fernsehnetzes namens „Retocapri“, das mit acht Telesatelliten in süditalienischen Städten zusammenarbeitet. Einem Kooperations-Angebot des Fernsehnetzes Silvio Berlusconi, der im italienischen Privatfernsehen beinahe eine Monopolstellung einnimmt, widerstand Federico. „Ich bin nicht käuflich“, erklärte er und bewies auch hier seine Grundsatztreue.

Urteil zu Witwenrente von Geschiedenen

dpa, Karlsruhe

Der Fortfall der Geschiedenen-Witwenrente für Frauen, die nach dem 30. Juni 1977 geschieden wurden, ist auch in den Fällen mit dem Grundgesetz vereinbar, in denen kein Versorgungsausgleich stattfand. Dies entschied der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts in einem gestern bekanntgegebenen Urteil. Danach wird nur solchen Frauen Geschiedenen-Witwenrente gewährt, deren Ehe mit dem Versicherten vor dem 1. Juli 1977 endete. Nach dem Urteil wurden weder der Allgemeine Gleichheitsatz (Art. 3 GG) noch Eigentum, Erbrecht und Enteignung (Art. 14 GG) verletzt.

Klägerin war eine Frau, deren verstorbenen Mann 1980 verstarb. Ihre Ehe war bereits im Februar 1979 geschieden worden. Ein Versorgungsausgleich hatte bei der Scheidung nicht stattgefunden, weil der Versicherte zum Zeitpunkt seiner Eheschließung bereits Altersruhegeld bezog, so daß während der Ehezeit keine Anwartschaften oder Aussichten auf eine Versorgung entstanden waren. Nach seinem Tode hatte die Frau eine Witwenrente der Seekasse und Witwenbezüge aus der Kriegsgeserversorgung bis zur Wiederverheiratung bezogen. Der Antrag der Frau auf Gewährung einer Hinterbliebenenrente war abgelehnt worden. (Az.: 1 BvL 55/83)

Seiner Majestät wird der gehörige Respekt verwehrt

HARALD GÜNTHER, Stuttgart

Da steht er nun seit Menschengedenken. Überlebensgroß, hoch zu Pferd, die Pichelhaube auf dem Charakterkopf, mit durchgedrücktem Kreuz, die rechte Hand in die Hüfte und die linke in den Steigbügel gesteckt. Aber die Standfestigkeit des ersten deutschen Kaisers trägt Wilhelm I. muß neuerdings um seinen angestammten Platz im Zentrum von Stuttgart bangen. Schuld daran sind die Grünen im Gemeinderat der Landeshauptstadt. „Der Karlsruherprinz“, so verlangen sie in einem Antrag an die Verwaltung, „soll im doppelten Sinn des Wortes erniedrigt werden.“

Seine Majestät kollidiert nicht nur mit der republikanischen Gesinnung der Antragsteller. Das Reiterstandbild, ein knappes Jahrhundert alt, steht auch einer alternativen Nutzung seiner Umgebung, des Karlsruherplatzes, im Weg. Zirkus Roncalli, der Zauberer Marvelli oder das Trau-theater Salome, sie alle hätten schon gern ihre Zelte im Schatten des Alten Schlosses aufgeschlagen. Allein der sperrige Preußel läßt das nicht zu.

Durch die respektlose Initiative der Grünen ist das Raumproblem zum Politikum geworden. Selbst Oberbürgermeister Manfred Rommel, ein Demokrat von hohem Rang, der den stillen Karlsruherplatz nicht ungern zum Festplatz umfunktionieren würde, will nun „auf keinen Fall an einer Degr-

der Meinung ist inzwischen auch die Liegenschaftsverwaltung des Landes. Und die ist Eigentümer des Karlsruherplatzes. „Wir haben die Sache im Haus besprochen“, bestätigt Albert Horn, Ministerialdirektor im Stuttgarter Finanzministerium. Ergebnis: „Der Kaiser wird nicht versetzt.“ Zumindest nicht, solange es kein klares Votum des Gemeinderats gibt. Und dort hat sich bisher selbst SPD-Fraktionschef Dieter Blessing „nicht getraut, zu fordern, den Kaiser zu entfernen.“

Lieber Männer mit Macken und Schönheitsfehlern

SAD, Los Angeles

Zu viele Frauen machen sich unglücklich, weil sie auf einen Supermann warten. Diese Warnung sprach jetzt Joyce Brothers, eine der bekanntesten Psychologinnen aus. Da der „Märchenprinz“ so gut wie nie erscheint, sind die Frauen frustriert. Besonders anfällig für die Illusion sind nach ihrer Ansicht drei Typen von Frauen: solche, die sich kramphäft bemühen, stets „perfekt“ zu erscheinen, obwohl sie sich in Wirklichkeit höchst unsicher fühlen; Frauen, die jeder Bindung aus dem Weg gehen, weil sie ihre Erwartungen an den Mann zu hoch geschraubt haben und schließlich solche, die einen Mann suchen, der ihren heißgeliebten Vater ersetzt soll. Der praktische Rat der Psychologin: „Die Frauen sollten einsehen, daß auch Männer mit Macken und Schönheitsfehlern interessant und attraktiv sind.“

Rauschgift per Post

AP, Ditzingen/Wiesbaden

Die Polizei hat ein Drogenlabor in einer Waschküche im schwäbischen Hildrizhausen ausgehoben. Ein arbeitsloser Hobbychemiker (24) und seine 29-jährige Lebensgefährtin wurden verhaftet. Wie das Bundeskriminalamt gestern in Wiesbaden mitteilte, wurde auch der Verbindungsmann der beiden in England festgenommen. Der Hobbychemiker und seine Freundin hätten seit einiger Zeit das Rauschgift Dimethoxybromamphetamin, kurz „Dob“, hergestellt, hergestellt und per Post nach England geschickt. Die Ermittlungen wurden durch einen Hinweis von Interpol in London ausgelöst.

Vater opferte Sohn

AFP, Neu-Delhi

Ein 35-jähriger Inder hat in Neu-Delhi seinen achtjährigen Sohn entsandt, um auf diese Weise „Gott zu beruhigen“ und mit dieser Opfergabe zu Reichtum zu gelangen. Er habe geglaubt, Gott werde seinem Kind das Leben wiedergeben und es mit reichen Gaben auf die Erde zurück-schicken. Dem Mann droht jetzt die Todesstrafe.

Tragödie im Altenheim

dpa, München

Ein 76-jähriger Rentner hat in der Nacht zum Mittwoch in einem Münchner Altenheim seine 73-jährige Frau erdrosselt und sich anschließend auf dem Balkon erhängt. Er telefonierte nach dem Tod seiner Ehefrau mit Angehörigen und sprach davon, sich selbst umbringen zu wollen. Das Motiv der Tat ist vermutlich eine schwere Krankheit der Frau.

10 000 evakuiert

AP, Miami/Ohio

Nach einem Zugunglück sind am Dienstag mehr als 10 000 Menschen in der Umgebung von Miami (US-Bundesstaat Ohio) evakuiert worden. Nahe einer vielbefahrenen Schnellstraße entgleisten die Wagons eines Güterzugs, darunter auch ein mit weißem Phosphor beladener Tankwagen, der in Flammen aufgeging. Dadurch wurde eine Giftgaswolke freigesetzt. Etwa 140 Personen klagten über Atembeschwerden und brennende Augen. Weißer Phosphor ist hochgiftig. Die Chemikalie wird unter anderem bei der Herstellung von Rattengift verwendet.

Anzeige

Geistige Klarheit

kann man abonnieren.

Bitte:

AN: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte liefern Sie mir vom nächstreicheren Termin an bis auf weiteres

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Vorname/Nachname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Beruf: _____

Vorname/Telefon: _____

Datum: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechzeitige Abmeldung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: _____

01-463

Sie haben das Recht, eine Abbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechzeitige Abmeldung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

ZU GUTER LETZT

„Biocips sind keine biologischen Kartoffelchips“, klärt „Agrar aktuell“, das Mitteilungsblatt der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, seine Leser auf.

WETTER: Wechselhaft und kühl

Lage: Zwischen einem umfangreichen Tief über Skandinavien und einem Hoch über dem Ostatlantik verbleibt Mitteleuropa in einer nordwestlichen Strömung. Dabei werden Tiefdruckgebiete mitgeführt und gestalten das Wetter in Deutschland unbeständig.

Vorhersage für Donnerstag: In der Mitte und im Süden bedeckt und Durchzug eines Regengebietes. Danach - wie bereits im Norden - Über-

gang zu wechselnder Bewölkung und vereinzelt noch Schauer. Temperaturen 16 bis 21 Grad, nachts um 10 Grad. Schwache bis mäßige, zeitweise böiger Wind um West.

Weitere Aussichten: Unbeständig, leichter Temperaturanstieg.

Sonnenaufgang am Freitag: 5.18 Uhr, Untergang: 21.36 Uhr, Mondanfang: 9.36 Uhr, Untergang: 23.56 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:	Paris	Florenz	23	he
Berlin	17	he	27	he
Bielefeld	17	he	27	he
Bonn	17	he	27	he
Bremen	15	he	25	he
Dortmund	17	he	27	he
Dresden	17	he	27	he
Düsseldorf	17	he	27	he
Erfurt	13	he	23	he
Frankfurt	17	he	27	he
Hamburg	17	he	27	he
Kassel	17	he	27	he
Köln	17	he	27	he
Köln-Bonn	17	he	27	he
Konstanz	18	he	28	he
Leipzig	13	he	23	he
Leipzig/Halle	13	he	23	he
Limburg	17	he	27	he
Magdeburg	17	he	27	he
Mannheim	17	he	27	he
München	17	he	27	he
Münster	17	he	27	he
Nürnberg	17	he	27	he
Oberndorf	17	he	27	he
Paderborn	17	he	27	he
Saarbrücken	17	he	27	he
Stuttgart	17	he	27	he
Trier	17	he	27	he
Zugspitze	13	he	23	he
Ausland:	Paris	Florenz	23	he
Alger	30	he	34	he
Amsterdam	17	he	27	he
Athens	29	he	33	he
Barcelona	23	he	29	he
Belgrad	21	he	27	he
Berlin	17	he	27	he
Bombay	34	he	39	he
Brüssel	18	he	23	he
Budapest	22	he	27	he
Bukarest	21	he	27	he
Cambodia	27	he	32	he
Dublin	15	he	20	he
Dubrovnik	24	he	29	he
Edinburgh	14	he	20	he

Vorhersagekarte für den 10. Juli, 8 Uhr

Hochdruckzentrum
Tiefdruckzentrum
Wolken
niedrig bedeckt
teilw. bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstärke
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Wärmestrom
Oktokan
Kontinent im Bogen
Kontinent in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

